

# ~~aktuelle berichterstattung ueber steuerrecht sozialversicherung und arbeitsrecht~~

wichtig

~~aenderungen der Lohnsteuer-durchfuehrungsver-  
ordnung und Lohnsteuer-richtlinien -- aenderung  
der gewerbesteuer-durchfuehrungsverordnung  
und -richtlinien -- die neuen freibetraege und  
freigrenzen bei der vermoegensteuer -- arbeite-  
platz und wehrdienst -- rechtsfragen der bar-  
geldlosen gehalts- und Lohnzahlung -- sozial-  
rechtliche beurteilung betrieblicher veran-  
staltungen -- ersetzt von bearbeitungskosten  
bei lohnfaendungen -- aenderung der wahlord-  
nung zum betriebsverfassungsrecht -- sozial-  
versicherung bei arbeiten in grossbritannien  
und spanien -- krankenversicherung und wehr-  
dienst -- die anrechnung eines kur- oder  
heilverfahrens auf den erholungsurlaub ---~~

# WISSEN UND TAT

„Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“

18. Jahrgang / Heft 5/6

Mai-Juni 1963

Einzelpreis 50 Pf

## INHALT Seite

Durch politische Aktivität der Arbeiterklasse zur Kursänderung in der Bundesrepublik . . . . .	2
Offene Worte an alle sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder . . . . .	5
Gegen die Kriegsachse Bonn/Paris für die nationalen Interessen und ein Europa des Friedens . . . . .	17
Der Kampf der Gewerkschaften für umfassende Mitbestimmungsrechte der Arbeiterklasse in Betrieb und Gesellschaft . . . . .	22
Im Grundsatzprogramm des DGB Standort und Forderungen der Arbeiterklasse festlegen . . . . .	29
Zu einigen Fragen des Kampfes um Demokratie . . . . .	36
<b>Dokumente der Arbeiterbewegung</b>	
Gemeinsamer Kampf gegen den Kriegspakt Bonn—Paris — Erklärung der KPF und der KPD . . . . .	41
Für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und Demokratie — Dokumente der Beratung der kommunistischen Parteien der sechs EWG-Länder . . . . .	43
Mitteilung über Sendungen des Deutschlandsenders zur Vorbereitung des Parteitages der KPD . . . . .	47

## Durch politische Aktivität der Arbeiterklasse zur Kursänderung in der Bundesrepublik

von MAX REIMANN

Mit unserer Programmatischen Erklärung, die die Grundlage für die ideologisch-politische Vorbereitung unseres Parteitages ist, treten wir in einem höchst bedeutsamen politischen Augenblick vor die westdeutsche Öffentlichkeit. Seit der Regierungskrise vom Herbst des vergangenen Jahres geraten die regierenden Kreise in Bonn und ihre Parteien von einer Führungskrise in die andere. Das ist ganz natürlich, denn dieser Dauerzustand ist ein Ausdruck für den Bankrott der „Politik der Stärke“, wie sie von der derzeit herrschenden Gruppe des Monopolkapitals und ihrer Regierung betrieben wird.

In breiten Bevölkerungskreisen greift die Erkenntnis Platz, daß es so wie bisher nicht mehr weitergehen könnte und dürfe und eine andere, eine neue Politik erforderlich sei. Von der Strauß-Affäre über die Nacht- und Nebelaktion gegen den „Spiegel“, den Abschluß des Kriegspaktes Adenauer—de Gaulle, den EWG-Krach in Brüssel bis zum Embargo-Skandal im Bonner Bundestag wurde die Forderung immer lauter: Adenauer muß weg! Es geht heute in der Bundesrepublik nicht nur um eine einfache Ablösung Dr. Adenauers durch einen anderen Bundeskanzler. Es geht um die Nutzung der großen Chance, durch die Aktionen der Arbeiterklasse und die Aktivität des Volkes den Abtritt Adenauers und eine politische Kursänderung zu erzwingen. Das aber ist härtester Klassenkampf, denn es ist offensichtlich, daß die bankrotten Politiker der Stärke nicht eine einzige ihrer Positionen freiwillig aufgeben. Den wachsenden Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstehen, wollen sie mit einer „Flucht nach vorn“ begegnen, wie das einerseits in ihrem Verlangen nach Atomwaffen und andererseits in ihren Notstandsplänen und der Knebelung der Mehrheit des Parlaments sichtbar wird.

Die Alternative zur bankroten Adenauer-Politik wird in unserer Programmatischen Erklärung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses gegeben. Westdeutschland braucht eine Politik, die gerichtet ist auf die Erhaltung des Friedens gegen die NATO-Atomkriegspolitik, auf einen eigenen Beitrag zur Abrüstung, Entspannung, Verständigung und friedlicher Koexistenz, einen deutschen Friedensvertrag, einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages. Sie muß gerichtet sein auf die Rettung der verfassungsmäßigen Rechte

und Volksfreiheiten, gegen die Notstandsdiktatur, auf die Hebung des Lebenststandes, gegen Rüstungslasten und für Erhöhung der Löhne. In der Bundesrepublik muß eine nationale Politik durchgesetzt werden, die sich von der Bevormundung durch die aggressiven amerikanischen Monopolverbände befreit und verhindert, daß deutsches Blut für die Interessen des amerikanischen Finanzkapitals fließt. Die Bundesrepublik muß ein souveräner Friedensstaat werden, in dem der Wille des Volkes und die Interessen der deutschen Nation oberstes Gesetz sind. Dem Adenauer—de Gaulle-Pakt, dem Kriegsbündnis der großen Westdeutschen und französischen Monopole, stellen wir das in der Beratung mit unserer französischen Bruderpartei erarbeitete Programm\*) des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volkskräfte beider Länder für wahre Freundschaft, für die Sicherung des Friedens in Europa und die Zusammenarbeit mit allen Völkern entgegen.

Die Kraft, die in der Lage ist, im Kampf gegen die Fortsetzung der Adenauer-Politik und gegen die Ratifizierung des Kriegspaktes Adenauer—de Gaulle eine andere Politik durchzusetzen, ist die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen friedliebenden, demokratischen Volkskräften. Diese Kraft wird wirksam, wenn wir der Arbeiterklasse ihre Verantwortung bewußt machen, die sie im Kampf für Frieden und Demokratie, für die Interessen der ganzen deutschen Nation hat. Der Weg, den die westdeutsche Arbeiterklasse beschreiten muß, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden, wird von der kämpfenden französischen Arbeiterklasse gewiesen. Das ist der Weg der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, der Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen in der Aktion, im außenparlamentarischen Kampf bis zur Durchsetzung des Willens der Arbeiter und des Volkes.

Die Hauptlehre aus der ganzen westdeutschen Nachkriegsentwicklung und den jüngsten Ereignissen in der Bundesrepublik besteht darin, daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, Kommunisten und Sozialdemokraten in enger Zusammenarbeit, so wie in Frankreich, Einfluß auf die gesamte politische, staatliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nehmen müssen. Wenn es den herrschenden Kreisen des Monopolkapitals und ihrer Adenauer-Regierung immer wieder gelungen ist,

ihren aggressiven Kurs nach außen und den reaktionären Druck nach innen fortzusetzen und zu verschärfen, dann deshalb, weil die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften vom Einfluß auf das politische und staatliche Leben ausgeschaltet sind. Es ist für die friedliche und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik zu einer Lebensfrage geworden, daß sich die Arbeiterklasse und ihre gewerkschaftlichen Organisationen auf allen Ebenen in die zeitigen und künftigen Auseinandersetzungen aktiv einschalten. Das ist die Hauptfrage. Ihre Lösung verlangt von unserer Partei eine umfassende Aufklärung der Arbeiterklasse über ihre Zukunft, erfordert ihre Erziehung zur politischen Aktivität. Sie gebietet den ständigen Kampf gegen den Antikommunismus, das Hauptmittel der imperialistischen Machthaber zur Lähmung der Kraft der Arbeiterklasse und der Werktätigen im Kampf für die Verwirklichung ihrer eigenen Forderungen. Da die konkrete Form des Antikommunismus in der Bundesrepublik die Hetze gegen die DDR ist, ist es vor allem erforderlich, der Arbeiterklasse bewußt zu machen, welche Bedeutung die DDR für ihren eigenen Kampf hat und daß die Feinde der DDR zugleich die Feinde der westdeutschen Arbeiter sind.

Die westdeutschen Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Organisationen, Kommunisten und Sozialdemokraten haben in den vergangenen Jahren — wenn es um die Verteidigung oder Durchsetzung von Forderungen ging — durch gemeinsame Aktionen in- und außerhalb der Betriebe auf die sozialpolitische Entwicklung Einfluß genommen. In zahlreichen Kämpfen — im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Streiktage um das achtfache im Vergleich zum Jahre 1961 — konnten die Arbeiter beachtliche Lohnerhöhungen durchsetzen und die Monopolherren in ihrem Angriff auf sozialpolitischem Gebiet, auf die betrieblichen Vereinbarungen, auf die Krankenversicherung, die Urlaubsregelung immer wieder in die Schranken verweisen. Was sich im Kampf der Arbeiterklasse für ihre sozialen Forderungen als möglich und erfolgreich erwies, ist auch möglich und notwendig im Kampf für die Durchsetzung der politischen und demokratischen Forderungen. Die Verbindung des sozialen Kampfes mit dem Kampf um mehr politischen Einfluß auf die gesamte Entwicklung der Bundesrepublik ist der Schlüssel zum Erfolg, zur Durchsetzung des von den Gewerkschaften geforderten Mitbestimmungsrechtes in allen Sphären des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens, ist der Weg zur Verwirklichung der Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses und zur Herbeiführung einer Änderung der Politik in der Bundesrepublik.

\*) Siehe: Dokumente der Arbeiterbewegung in der vorliegenden Nummer, Seite 41—43.

Das weiß die herrschende Gruppe des westdeutschen Monopolkapitals. Daher bieten sie alles auf, um mit Hilfe der Wehner-Brandt-Erler-Gruppe in der SPD-Führung und der Leber-Leute im Vorstand des DGB einen noch tieferen Einbruch in die Arbeiterklasse zu erreichen, die Gewerkschaften fest an die Politik der imperialistischen Machthaber zu ketten, mindestens aber ihre Kampfkraft zu paralysern. Deshalb sollen auf Geheiß von Wehner sogenannte „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaften“ innerhalb der Gewerkschaften gebildet werden. Damit will sich Wehner ein Mittel zur Diversation gegen die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Beschlüsse und das Auftreten sozialdemokratischer Gewerkschafter, die sich seinem Kapitulationskurs nicht unterordnen, schaffen. Deshalb wurde das berüchtigte Lohnabkommen zwischen der IG Bau, Steine und Erdem und den Unternehmern geschlossen, künftige Lohnkämpfe sollen verhindert und eine soziale Windstille erreicht werden, deren Sinn darin besteht, daß die Arbeiter stillhalten, während alle Belastungen, die sich aus der Aufrüstungspolitik ergeben, verstärkt weiterlaufen. Und deshalb sollen sich auch die Gewerkschaften — wie Leber und Lübke in der Frankfurter Paulskirche erklärten — in einen „Ordnungsfaktor“ im Staat verwandeln, sollen sie sich freimachen vom Klassendenken und vom Klassenkampf. Die Arbeiterschaft soll gemeinsam mit den Monopolverherren in ein Boot steigen. Dieses Boot aber ist nichts anderes als eine Galeere, in der die Arbeiter an die Ruder gekettet wären, während die Monopolverherren steuern.

Das alles geschieht mit einer hektischen Eile. Diese Eile erklärt sich aus der Furcht der herrschenden Kreise davor, das Beispiel von Frankreich könnte auch in der Bundesrepublik Schule machen, die 8 Millionen vor einer Tarifkündigung stehenden Arbeiter könnten für die Durchsetzung ihrer Lohnforderungen und gegen das „Sozialpaket“ in Bewegung geraten. Sie ist zu verstehen, denn einige Gewerkschaftsorganisationen, wie in Duisburg und Mannheim, beginnen, den Beschlüssen gegen die Notstandsgesetze und die Atomrüstung durch konkrete Aktionen, durch die Unterstützung des Ostermarschbewegung, durch die Vorbereitung des 1. Mai Nachdruck zu verleihen. Und nicht zuletzt erklärt sich ihre Eile aus der Tatsache, daß die Existenz, die Entwicklung und die konsequente Friedenspolitik der DDR immer mehr auf die westdeutsche Arbeiterklasse einwirkt und der Einfluß von uns Kommunisten vor allem in den Betrieben zunimmt.

Die Frage stellt sich so: Gelingt es den herrschenden Kreisen des Monopolkapitals die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften auch weiterhin aus dem politischen Leben auszuschalten — oder gelingt es uns unter Aufbietung aller Kräfte in enger Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften Schritt für Schritt an den Kampf um mehr Einfluß auf das politische und staatliche Leben heranzuführen? Diese Fragestellung läßt die ganze Verantwortung deutlich werden, die unserer Partei und jedem einzelnen Kommunisten in der Bundesrepublik aufgegeben ist. Mit der großen Aussprache über den Entwurf unserer Programmatischen Erklärung, die Dokumente des VI. Parteitages der SED und die Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der Leipziger Arbeiterkonferenz wollen wir bei all unseren Genossen dieses Verantwortungsbewußtsein noch stärker wecken und gleichzeitig die Initiative zur Entwicklung von Aktionen der verschiedensten Art fördern.

Die Basis für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten ist breiter geworden. Die Praxis an manchen Orten zeigt, daß sie möglich ist, wenn wir stets von dem ausgehen, was uns verbindet und wenn wir gleichzeitig die notwendige Auseinandersetzung über die Grundfragen einer richtigen Arbeiterpolitik führen. Die Schaffung der Aktionsgemeinschaft von Kommunisten und Sozialdemokraten erfordert den verstärkten Kampf, um die Lösung der Arbeiter von dem politischen Einfluß der Brandt-Wehner-Erler-Gruppe. Sie verlangt von uns die entschiedene Überwindung des Sektierertums in unseren eigenen Reihen und die Orientierung aller Kommunisten auf die Schaffung eines kameradschaftlichen, vertrauensvollen, persönlichen Verhältnisses zu der Masse der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre.

So verwirklichen wir das, was wir in unserer Programmatischen Erklärung sagen: Die Kommunisten müssen sich für die Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei, in den Gewerkschaften für die Entwicklung in der Bundesrepublik verantwortlich fühlen und entsprechend handeln. Auf diesem Wege wollen wir in Vorbereitung unseres Parteitages und darüber hinaus voranschreiten. Das soll unsere Verpflichtung sein, die wir eingehen im gemeinsamen Kampf der ganzen deutschen Arbeiterklasse gegen die aggressiven Kräfte des Monopolkapitals für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. (Siehe auch: „Neues Deutschland“ vom 31. 3. 1963.)

# Offene Worte an alle sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder

Aus der Rede Walter Ulbrichts auf der XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz  
in Leipzig

Wir sind hier in Leipzig zur gemeinsamen Beratung zusammengekommen. Hier sind Arbeiter, Angestellte, Werktätige aus beiden deutschen Staaten. Hier sind Mitglieder verschiedener Parteien und Organisationen, Parteilose, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, christliche Werktätige aus der westdeutschen Bundesrepublik. Hier sind Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, der SED und Werktätige aus anderen Parteien und Parteilose aus der DDR.

Außerdem können wir hier Gewerkschafter aus Westberlin begrüßen. Keine Staatsgrenze und keine Mauer hat dieses Zusammenkommen verhindern können. Für friedliebende Menschen gibt es alle Möglichkeiten des Zusammenkommens. Daß wir nicht viel Wert darauf legen, mit Ihren Hitlergeneralen und Leuten des Gehlen-Geheimdienstes zusammenzukommen, werden Sie verstehen.

Der Verfassungsschutz der Bonner Regierung verbietet und verfolgt unter Verletzung des Grundgesetzes den gegenseitigen Besuch von Gewerkschaftsdelegationen, behindert den Sportverkehr und die gleichberechtigte Teilnahme an internationalen Wettkämpfen und am regulären Kulturaustausch.

Was ist die Ursache dieses widernatürlichen Zustandes, daß zwar Gewerkschafter aus der Bundesrepublik nach Leipzig kommen, aber die Gewerkschafter aus Leipzig keine Delegationen ins Ruhrgebiet schicken können? Die Ursache ist sehr einfach zu erklären. Ihr habt das in der Diskussion selbst schon gesagt. Die Ursache ist, daß in Westdeutschland nicht das Volk bestimmt, sondern die militaristischen und revanchistischen Kräfte den entscheidenden Einfluß haben. Sie streben nach hohem Profit und nach Ausdehnung ihrer Macht nach West und nach Ost. Wer an Stelle eines deutschen Friedensvertrages einen Militärpakt Bonn—Paris abschließt, wer an Stelle von Abrüstung das Wettrüsten betreibt, wie das im Vertrag Bonn—Paris festgelegt ist, der handelt gegen die nationalen Interessen unseres deutschen Volkes. Nicht die Grenze an Elbe und Werra und in Berlin ist schuld an der deutschen Zwietracht. Die grenzenlosen aggressiven Pläne der deutschen Militaristen und des Rüstungskapitals sind schuld, denn diese Kräfte wollen ihre Macht nach Osten ausdehnen. Wir mußten im Interesse der Erhaltung des Friedens diesem Bestreben einen Riegel vorschieben. Wir haben einen ganz massiven Riegel vorgeschnitten. Das ist überhaupt so: Wenn wir etwas machen, dann machen wir es gründlich, damit es keine Mißverständnisse gibt. (Beifall)

Das Geschrei gewisser Bonner Politiker gegen die Mauer beweist doch nur ihren Ärger darüber, daß ihnen der Weg versperrt ist, daß ihre Revanchepläne zum Scheitern verurteilt sind. Die Sicherung der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik dient also der Sicherung des Friedens und der Bändigung des deutschen Militarismus. Damit hilft sie auch, die westdeutsche Bevölkerung vor den Kriegsabenteuern ihrer Militaristen zu bewahren. Sie zwingt eure herrschenden Kreise, darüber nachzudenken, welches Risiko sie eingingen, würden sie ein Kriegsabenteuer beginnen. Solche Denkhilfen sind für die herrschende Klasse in Westdeutschland notwendig, um sie vor verrückten Abenteuern zu bewahren.

Nun gibt es viele Leute, die werden mit dem Problem der getrennten Familien noch nicht fertig. Jeder von uns weiß: Die Entwicklung in Deutschland und die Entstehung zweier deutscher Staaten hat auch zur Folge, daß in manchen Familien einige Angehörige Bürger der DDR, die anderen aber Bürger Westdeutschlands sind. Und es ist nicht möglich, nach Belieben von einem deutschen Staat in den anderen zu wechseln. Das mag manchmal unbequem und in Einzelfällen sicherlich sogar hart sein.

Wir gehen davon aus, daß wir Millionen deutscher Familien davor bewahren wollen und bewahren müssen, durch die abenteuerliche Rüstungs- und Revanbspolitik der westdeutschen Militaristen und anderer Ultras für immer und ewig zerrissen und vernichtet zu werden. Das überwiegt die zeitweiligen Unbequemlichkeiten bei weitem. Die Erhaltung des Friedens ist tausendmal wichtiger als alle Unbequemlichkeiten, die der oder jener infolge der Existenz und infolge der Sicherung unserer Grenzen in Kauf nehmen muß. (Beifall)

Dieselben Kräfte des Militarismus, die heute Krokodilstränen über getrennte Familien vergießen, haben in zwei Weltkriegen in Millionen und aber Millionen Fällen deutsche Familien für immer und für alle Ewigkeit zerrissen. Das ist die Wahrheit! (Beifall)

Sie haben den Mann von der Ehefrau, den Vater von den Kindern, den Sohn von den Eltern gerissen und schließlich ganze Familien brutal getrennt, denn die Massengräber der beiden Weltkriege geben ihre Opfer nie wieder her. Das ist die ganze Wahrheit. Und diesmal wollen wir, daß nicht wieder von deutschem Boden aus ein Krieg geführt werden kann. (Beifall)

Im übrigen kann die Ordnung an einer Grenze und also auch an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten und gegenüber Westberlin sehr streng oder sehr großzügig sein. Dazwischen gibt es eine große Skala von Möglichkeiten. Es sind auch an dieser Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten und gegenüber Westberlin unter bestimmten Voraussetzungen Regelungen denkbar, die den ordentlichen Verkehr kaum behindern. Aber solange die herrschenden Kreise in Bonn gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik eine auf Unterminierung und Aggression gerichtete Politik betreiben, sind wir natürlich genötigt, an der Grenze eine solche Ordnung aufrechtzuerhalten, die das friedliche Leben und die Interessen der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hinreichend schützt.

Die Frage der Beziehungen der Familien hüben und drüber hängt also davon ab, was die westdeutschen Bürger tun, damit endlich in Westdeutschland friedliche, demokratische Verhältnisse herrschen. Davon hängt alles ab! (Beifall)

### Wie soll es in Deutschland weitergehen?

Worum geht es denn? Es geht darum, daß die Nachkriegskonjunktur in Westdeutschland zu Ende geht und der Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten sich verschärft. Durch Kampf um Absatzgebiete und verschärfte Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter wollen sich die Monopolherren ihre hohen Profite sichern. Das Märchen der Herren Erhard, Deist und Ollenhauer vom westdeutschen Wirtschaftswunder, das Märchen von der Harmonie und Eintracht der sogenannten Sozialpartner, dem Verschwinden der Klassengegensätze, dem Verschwinden der Gegensätze zwischen den kapitalistischen und imperialistischen Staaten ist genauso eine verlogene Zaubерformel wie sie früher Hitler und Goebbels hatten. Die haben auch die Klassen weggezaubert, damit das Monopolkapital allein die Herrschaft hat. Aber diese Märchen sind doch offenkundig geplatzt.

Der Krach von Brüssel um die EWG hat die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den kapitalistischen Partnern der sogenannten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft offen hervortreten lassen.

Wie es mit der Harmonie in der sogenannten westlichen Welt in Wirklichkeit aussieht, enthielt kürzlich der neue westdeutsche Kriegsminister, Herr von Hassel, vor CDU-Funktionären in Schleswig-Holstein. Er hatte eigentlich nur das, was Adenauer in kleinem Kreis über seine Politik gesagt hatte, aufgezeichnet und dann seinen Parteifreunden erzählt, die es in einem „vertraulichen“ Informationsdienst schwarz auf weiß festhielten. Daß es damit Ärger gab, ist verständlich.

Aus dieser Darstellung des westdeutschen Kriegsministers ergibt sich eine denk würdige „Gemeinschaft“ der kapitalistischen Länder, nämlich die Karikatur einer Gemeinschaft. Ihr Hauptmerkmal sind unversöhnliche Gegensätze. EWG gegen EFTA, Westdeutschland gegen Großbritannien, Frankreich gegen Großbritannien, Westdeutschland gegen Dänemark und andere skandinavische Länder usw. usw. Industrielle Interessen, Agrarinteressen, Handelsinteressen wirken rücksichtslos gegeneinander.

Dazu kommen schwere politische Gegensätze. Die Achse Bonn—Paris richtet sich auch gegen die Länder, in denen die Sozialdemokratie stärkeren Einfluß hat. Durch eine engere Verbindung mit sozialdemokratisch regierten und Kriegsprovokationen abgeneigten Ländern fürchtet Adenauer eine Veränderung des reaktionären und aggressiven Charakters der zur Zeit von der Achse Bonn—Paris beherrschten EWG. Allein der Gedanke, daß in England die Labour Party zur Macht kommen könnte, die eine positivere Einstellung zur friedlichen Koexistenz und Abrüstung vertritt als die gegenwärtige Londoner Regierung, verursacht Adenauer und seinem Kriegsminister heftigste Magenschmerzen.

Ich möchte sagen, es ist schändlich, daß einige führende Funktionäre des SPD-Parteivorstandes sich schon so sehr in ihre Rolle als Verteidiger und Fortsetzer der Adenauer-Politik hineingefunden haben, daß sie in dasselbe Horn stoßen und den neuen britischen Oppositionsführer, Herrn Wilson, wegen einiger verständigungsfreundlicher Äußerungen in unglaublicher Weise angreifen und praktisch der konservativen britischen Regierung Schützenhilfe im Kampf gegen die Labour Party in England leisten. Hier merkt man doch fast keinen Unterschied mehr zur Adenauer-CDU. Ich habe manchmal den Eindruck, daß Herr Adenauer entscheidenden Einfluß auf die Politik der SPD-Parteiführung hat. Was soll man aber auch erwarten, wenn Herr Wehner sich in einem Interview mit der katholischen Zeitung „Christ und Welt“

öffentlicht anbietet, „... das, was an Adenauers Politik über die Gegensätze hinaus für Deutschland wesentlich ist, zu erhalten und zu retten.“ Was will Herr Wehner, was wollen die rechten sozialdemokratischen Führer von der Adenauer-Politik erhalten und retten? Fragt sie bitte in den sozialdemokratischen Versammlungen danach! Das ist doch eine merkwürdige Opposition, die es bei euch in Westdeutschland gibt. Eine merkwürdige „Vertretung der Interessen der Sozialdemokraten und Gewerkschafter“.

Daß die rechten sozialdemokratischen Führer trotz dieser Anbiederung noch nicht in die Regierung genommen wurden, hat doch einen einfachen Grund. Wenn sie das Wesentliche in der Politik der Adenauer-Regierung unterstützen, wozu braucht sie dann Herr Adenauer in der Regierung? Dann sind sie für ihn doch außerhalb der Regierung viel nützlicher. (Beifall)

Entschuldigt, liebe sozialdemokratische Genossen, wenn ich eine Reihe Wahrheiten bis zu Ende ausspreche. Es ist zweifellos, das muß man sehen, der größte Erfolg in der ganzen politischen Laufbahn Adenauers, daß es ihm gelungen ist, die Mehrheit der Führung der SPD mit Haut und Haar für die Innen- und Außenpolitik der imperialistischen Beherrschung Westdeutschlands zu gewinnen.

Für die Führung der SPD ist es doch beschämend, daß außer ihr keine einzige sozialdemokratische Partei Europas den aggressiven Militärpakt Bonn—Paris unterstützt. Sogar der französische sozialdemokratische Politiker Mollet, der geholfen hat, de Gaulle in den Sattel zu heben, sah sich genötigt, aus nationalen Gründen gegen die Achse Bonn—Paris Stellung zu nehmen. Er lehnt es ab, sich für diesen Vertrag zu erklären.

Es ist soweit gekommen, daß in den wichtigsten Krieg und Frieden betreffenden Fragen zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einerseits und der Labour Party und anderen sozialdemokratischen Parteien West- und Nordeuropas andererseits mehr Übereinstimmung besteht als mit der Führung der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland. Das betrifft solche wichtigen Fragen wie:

Anerkennung der Realitäten in Deutschland und Europa einschließlich der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten;

Anerkennung der bestehenden Grenzen;

Abstützung sowie Ablehnung der atomaren Aufrüstung, Ablehnung jeglicher Verfügungsgewalt der westdeutschen Militaristen über atomare Sprengköpfe;

Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa unter Einschluß beider deutscher Staaten;

Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO.

Durch ihre die westdeutschen Militaristen begünstigende Einstellung zu diesen Fragen ist die sozialdemokratische Führung in Westdeutschland dabei, sich mehr und mehr von den anderen sozialdemokratischen Parteien zu isolieren.

### Was kommt nach Adenauer?

Nun haben hier in der Aussprache sozialdemokratische Genossen folgendes gesagt: „Die Adenauer-Ära geht zu Ende“, und danach erfolgte eine Liberalisierung. Daß die Adenauer-Ära zu Ende geht, das ist nicht nur eine Frage des Alters des Herrn Adenauer. Sondern seine Revanchepolitik, sein Ziel, unter der Lösung der Integration nach Osten vorzudringen, ist gescheitert oder offenkundig aussichtslos. Deshalb hat Herr Adenauer die Achse Bonn—Paris geschaffen, um noch vor seinem politischen Ende die politische und ökonomische Macht der deutschen Monopole und des Rüstungskapitals in Westeuropa zu sichern. Damit hat er aber zugleich die Spaltung Deutschlands weiter zementiert. Die Vorbereitungen des Herrn Adenauer und der westdeutschen Bourgeoisie zum Übergang auf eine Regierung mit einem anderen Bundeskanzler richten sich aber auch unmittelbar gegen die Friedenskräfte in Westdeutschland.

Es ist doch kein Zufall, daß gleichzeitig mit der Proklamierung des Atomwettbewerbs, wie es im Vertrag zwischen Bonn und Paris, zwischen Adenauer und de Gaulle zum Ausdruck kommt, versucht wird, die Notstandsgesetze, diese Antigewerkschaftsgesetze usw. durchzupeitschen, die gewerkschaftlichen Rechte durch Zwangsschließung einzuschränken und faschistische Organisationen zu aktivieren.

Wenn also sozialdemokratische Mitglieder wünschen, daß im Zusammenhang mit dem zweifellos kommenden Rücktritt des Herrn Adenauer eine Liberalisierung eintritt, dann müßten sie doch jetzt — ich sage: jetzt — alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Anstrengungen unternehmen, um zu verhindern, daß die alte Politik unter neuen Personennamen weitergeführt werden kann.

Wir glauben nicht, daß die sozialdemokratischen Mitglieder so naiv sind, anzunehmen, daß sie mit einem Stimmzettel den Kriegspakt Bonn—Paris, die Notstandsgesetze, die Belastungen durch das Sozialpaket usw. beseitigen können. Wenn also das Monopolkapital und die Bonner Regierung gerade deshalb, weil die Adenauer-Ara zu Ende geht, vollendete Tatsachen schaffen wollen, und zwar reaktionäre Tatsachen, dann ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um das zu verhindern, und nicht erst 1965! (Beifall)

Die Lage, in der sich das werktätige Volk Westdeutschlands befindet, unterscheidet sich doch nicht wesentlich von der Lage des französischen Volkes unter der Diktatur de Gaulles. Wenn die französischen Arbeiter gegen die dortige Notstandsdiktatur Demonstrationen und Streiks durchführen, ist es dann nicht notwendig, darüber nachzudenken, was die westdeutsche Arbeiterschaft tun müßte, um gegen die bevorstehende Notstandsdiktatur zu kämpfen und sie zu verhindern?

Die Hoffnung vieler sozialdemokratischer Genossen auf die Wahlen im Jahre 1965 in allen Ehren; aber wir fragen euch: Wollt ihr wirklich bis dahin die ungeheuren Lasten des Wettrüstens tragen? Wollt ihr wirklich jährlich 18 Milliarden für die Atomrüstung aufbringen? Wollt ihr wirklich zulassen, daß bis dahin Westdeutschland atomar aufgerüstet wird? Wollt ihr wirklich das Durchpeitschen der Notstandsgesetze zulassen?

Hier in der Diskussion sagte ein sozialdemokratischer Genosse aus dem Ruhrgebiet wörtlich: „Ich habe die Hoffnung, daß die SPD, wenn sie an die Regierung kommt, ihre Politik ändern muß und ändert.“ Nun, wer das glaubt, der wird vielleicht selig. Das ist möglich. (Heiterkeit)

Aber, liebe Genossen, die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk haben doch Jahrzehntelange Erfahrungen. Wir sind doch nicht erst gestern geboren. Wir haben doch schon in zwei Weltkriegen und in der Vorbereitung von zwei Weltkriegen gegen den deutschen Militarismus gekämpft. Wir haben doch schon vor dem ersten Weltkrieg als junge Arbeiter unter der Führung Liebknechts gegen den deutschen Militarismus gekämpft. Wir haben doch genügend Niederlagen und Erfolge erlebt und kennen das Grauen des Krieges. Wie viele sind denn unter euch, die ein oder zwei Weltkriege mitgemacht haben? Und wenn die Lage so ist, daß sich in Westdeutschland die Hitlergenerale die Verfügungsgewalt über die atomaren Sprengköpfe sichern wollen, dann ist es doch höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Kräfte auf den Plan treten. Daß sich das westdeutsche Monopolkapital so ohne weiteres durch Stimmzettel beiseite schieben läßt, kann man kaum annehmen. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß eine Regierungsbildung nur vom Stimmzettel im Jahre 1965 abhängt.

Ich sage Ihnen ganz offen: Die Regierungsumbildung in diesem Jahre oder auch 1965 hängt davon ab, wie die Friedenskräfte in Westdeutschland heute, morgen und übermorgen gegen die Atomrüstung und gegen die Notstandsgesetze kämpfen.

### Einen neuen Kurs muß man festlegen!

Nachdem sozialdemokratische Genossen so intensiv die Frage der künftigen Regierung in Westdeutschland aufgerollt haben, bin ich gezwungen, doch einige Bemerkungen dazu zu machen. Ich kann mir vorstellen, daß eine Regierung aus Sozialdemokraten, Gewerkschaftsfunktionären und bürgerlichen Politikern zustande kommen kann, eine Regierung mit solchen Politikern, die sich auf Entspannung, Abrüstung und eine Verständigungspolitik zwischen beiden deutschen Staaten festlegen. Eine solche Regierungspolitik würde den Beschlüssen des DGB-Kongresses und einer Vielzahl von Beschlüssen der Mehrheit der sozialdemokratischen Organisationen entsprechen.

Aber auch eine solche Regierung kann nur etwas tun, wenn die Arbeiterklasse im Bunde mit den Bauern, der Intelligenz und anderen friedliebenden, demokratischen Kräften aktiv auf die politische Bühne tritt und das Geschehen in der westdeutschen Bundesrepublik nach ihrem Willen, nach dem Willen des Volkes gestaltet.

Wir wissen doch aus der deutschen Geschichte, daß es schon oft sozialdemokratische Regierungen und sozialdemokratische Koalitionsregierungen gab, in denen die Minister repräsentierten und die konservativen Staatssekretäre die Politik machten. Das ist heute auch so. In Bonn macht die Adenauer-Regierung die Politik, und wenn Polizeimaßnahmen gegen die „Spiegel“-Redaktion durchgeführt werden, dann gibt sie entsprechende Weisung an den sozialdemokratischen Innensenator in Hamburg. Der steht stramm, mobilisiert seine Polizei, und die sozialdemokratischen Polizeibeamten von Hamburg müssen die „Spiegel“-Redaktion schließen.

Das ist die Ordnung bei Ihnen in Westdeutschland. Daß das sehr demokratisch ist und daß es von sehr großem Oppositionsmut der Sozialdemokraten im Hamburger Senat zeugt, kann man nicht sagen.

Oder wenn z. B. Herr Erler Kriegsminister würde, und die Hitlergenerale haben die westdeutsche Armee in der Hand, dann würde sich doch an der Lage gar nichts ändern. Denn Herr Erler hat doch erklärt, daß er für die Atomrüstung ist, daß für die Atomrüstung nach oben keine Grenze gesetzt sei. Es würde sich auch nichts ändern, wenn sozialdemokratische Millionäre und vielfache Mitglieder von Aufsichtsräten in großen Konzernen, wie zum Beispiel Herr Deist, Minister würden. Denn Herr Deist würde als Vorstandsmitglied des Krupp-Konzerns eher die Interessen der „freien“ Wirtschaft des Herrn Krupp vertreten als die Interessen des Volkes. Also, liebe sozialdemokratische Genossen, es genügt nicht, einfach zu sagen: Man muß eine andere Regierung bilden. Es kommt vielmehr darauf an, den Kurs festzulegen, einen anderen Kurs zu gehen und solche Menschen auszuwählen, die den Willen des Volkes verwirklichen. (Beifall)

Bei uns ist das im übrigen mit dem Entsenden der Abgeordneten ins Parlament etwas anders als bei Ihnen. Bei uns müssen sich die Kandidaten in Wählerversammlungen vorstellen, und die Wähler prüfen sie auf Herz und Nieren. Es ist manchem passiert, daß er seinen ganzen Lebenslauf darlegen mußte und ihm die Frage gestellt wurde: „Was hast du zu der und der Zeit gemacht?“ Und dann erst wird die Kandidatenliste aufgestellt.

Wenn in Westdeutschland etwas mehr Demokratie wäre, dann könnte ihr auch sicher sein, daß der Bundestag demokratischer zusammengesetzt würde.

Aber ich möchte ausdrücklich sagen: Gegenwärtig geht es in Westdeutschland weder um Stimmzettel noch um das, was nach den künftigen Wahlen geschieht. Es geht um die notwendige Kursänderung und nicht nur um einen Personenwechsel in Bonn. Sie wissen doch, wie Kriegsminister Strauß gestürzt wurde. Herr Strauß hat sich beklagt und erklärt: „Das haben diese Kommunisten in der DDR fertiggebracht.“ Vielleicht hat er recht! Etwas geholfen haben wir schon dabei, das stimmt. (Beifall)

Aber das Unglück ist doch, daß sein Nachfolger, der konservative CDU-Politiker von Hassel, auch keinen anderen Kurs einschlägt als Herr Strauß. Der Kurs muß also geändert werden. Das Auswechseln bestimmter Personen allein macht es nicht. Jeder gute Deutsche möge also mithelfen, im eigenen Haus, im deutschen Haus, eine friedliche Ordnung zu schaffen. Dann wird in Westdeutschland im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Herrn Adenauer der Kurs für Frieden und Demokratie genommen werden.

Wir haben auf unserem VI. Parteitag sieben Punkte für eine Politik der Vernunft und des guten Willens begründet. Selbstverständlich sind wir bereit, auch Vorschläge von westdeutscher Seite zu prüfen und darüber zu sprechen.

Einige sozialdemokratischen Genossen sagten hier auch, die SPD werde ihre Vorschläge für eine Verständigung haben, wenn sie in der Regierung ist. — Besser wäre es, sie hätte ihre Vorschläge über Verständigung mit der Sowjetunion und mit der DDR schon jetzt. Das würde helfen, den Frieden zu erhalten. Das würde mit zur Verminderung der Spannungen in Deutschland beitragen.

Aber ich frage: Weshalb habt ihr, sozialdemokratische Mitglieder, bis heute noch nicht solche Vorschläge für Verständigung und Abrüstung in eurer eigenen Partei durchgesetzt?

Wir wissen, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder für Verhandlungen und für eine Verständigungspolitik, für eine Politik der friedlichen Koexistenz, ist.

Aber es genügt doch nicht, zu Hause vor dem Fernsehapparat oder vor dem Radioapparat zum Beispiel den Vorschlägen des Genossen Chruschtschow zur Sicherung der friedlichen Koexistenz zuzustimmen. Durch das Nicken vor dem Rundfunk- oder Fernsehgerät ändert man doch nicht die Lage! Die Lage kann man nur ändern mit organisierten Kräften der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Mitglieder und anderer Organisationen in Westdeutschland.

### **Was heißt das, Arbeiterpolitik für ein neues Deutschland?**

Ihr habt hier gesagt, es sei im neuen Deutschland eine Arbeiterpolitik notwendig.

Jawohl! Wir müssen uns aber eben über diese gemeinsame deutsche Arbeiterpolitik verständigen, damit es zum neuen Deutschland kommt. Es ist überhaupt eine deutsche Politik notwendig, eine deutsche Friedenspolitik, die das Gegenteil von dem ist, was im Pakt Paris-Bonn enthalten ist. Die Achse Paris-Bonn hat ebenso wenig mit einer deutschen Politik zu tun wie Hitlers Achse Berlin-Rom.

Einer der sozialdemokratischen Genossen zitierte hier den Aufruf von Rudolf Breitscheid, Heinrich Mann und Vertretern der KPD vom Jahre 1936, in dem gesagt wurde: „Das neue Deutschland muß ein Staat des Friedens sein.“

Und im Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes von 1936 hieß es: Es gilt, den „Militaristen für immer die Macht zu entziehen“. Das ist es ja gerade, worauf es jetzt ankommt. Das wollt ihr und das wollen wir. Aber dieselben sozialdemokratischen Führer, die 1936 dafür waren, daß den Militaristen für immer die Macht entzogen wird, sind jetzt für die Atomrüstung in Bonn!

Was ist also notwendig? Notwendig ist die Verständigung über eine gemeinsame deutsche Arbeiterpolitik und den Zusammenschluß aller friedliebenden Kräfte in Deutschland!

Ich frage als altes Gewerkschaftsmitglied die Gewerkschaftsfunktionäre, die hier anwesend sind und die schon längere Erfahrungen haben: Wann war die deutsche Arbeiterklasse stark? Die deutsche Arbeiterklasse war stark, als sie einmütig im Kapp-Putsch die Putschisten niederwarf. Da war sie stark. (Beifall)

Die Arbeiterklasse und das Volk waren stark, als sie durch Generalstreik und Massendemonstrationen den Reichskanzler Cuno gestürzt haben. Da waren sie stark.

Warum wachsen denn in Frankreich die friedliebenden und demokratischen Kräfte? Weil sich alle, von der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei bis zu den bürgerlichen Parteien geeinigt haben gegen die Notstandsdiktatur von de Gaulle. Liebe Freunde, das ist ein großes geschichtliches Ereignis. Aber ist denn das nicht für euch in Westdeutschland das Beispiel für das Zusammenstehen von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Kommunisten und friedliebenden demokratischen Kräften auch der CDU und FDP?

Ich sage schon, daß die Adenauer-Führung in der Bonner Regierung den Übergang vorbereitet, um gegen den Willen der Mehrheit des Volkes die Herrschaft der CDU noch länger aufrechtzuerhalten. Herr Adenauer weiß so gut wie ihr, daß die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands für eine Politik des Friedens und der Verständigung ist und für Verhandlungen mit der Sowjetunion und mit der Regierung der DDR. Deshalb ist jetzt die Zeit, daß die friedliebenden Kräfte, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunisten, alle Gegner der Atomrüstung in der FDP und CDU, sich zu einer breiten Bewegung zusammenschließen für die Verteidigung des Friedens und für die Verteidigung der Demokratie, für einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten als erstem Schritt zu ihrer Annäherung zur Vorbereitung einer Konföderation und später für die Einigung Deutschlands.

Ich bin völlig mit den sozialdemokratischen Genossen einverstanden, die hier gesagt haben, daß die Arbeiterorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik und in der westdeutschen Bundesrepublik eine gemeinsame deutsche Arbeiterpolitik entwickeln müßten.

Das erfordert den aktiven Kampf gegen den Antikommunismus. Ein sozialdemokratischer Genosse fragte: Ist denn die Friedenspolitik der Sowjetunion und der Regierung der DDR auch ehrlich? Darauf gibt es eine einfache Antwort. Möge doch die Bevölkerung Westdeutschlands ihre Regierung in Bonn dazu bringen, daß die Regierungen von Bonn und Berlin miteinander verhandeln. Dann wird sich doch bald zeigen, wer für eine Verständigung, wer für eine Minderung der Spannungen, wer für einen Rüstungsstop, für Abrüstung und Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ist. Das kann man doch ganz einfach feststellen. Sowohl die Regierung der Sowjetunion als auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben solche Verhandlungen vorgeschlagen.

Liebe Freunde! Die westdeutschen Militaristen versuchen, diese Politik der Verständigung mit der antikommunistischen Hetze zu torpedieren. Möge doch einmal jeder westdeutsche Arbeiter gründlich darüber nachdenken, wem der Antikommunismus nützt und wem er schadet.

Viele können sich noch entsinnen, daß auch Hitler und Goebbels mit derselben Methode des Antikommunismus gearbeitet haben, um die Bevölkerung vor ihren Kriegswagen zu spannen. Und was ist heute? Es wird gegen den Kommunismus gehetzt, damit man aus euch die 18 Milliarden Rüstungskosten herauspressen kann. Es wird gegen den Kommunismus gehetzt, damit ihr euch der Notstandsdiktatur beugt. Es wird gegen den Kommunismus gehetzt, um den Handel mit der Sowjetunion und der DDR zu stören, wie sich das bei dem Embargo gegen die Röhrenlieferungen und bei anderen Anlässen zeigte. Aber die Embargopolitik, diese Schädigung des Handels, schädigt die westdeutsche Arbeiterschaft. Sie schädigt die Arbeiter von Rhein und Ruhr, die diesen Antikommunismus schon jetzt mit Kurzarbeit und Massenentlassungen bezahlen müssen. (Zuruf: Sehr richtig — Beifall)

Aus dem Ruhrgebiet waren Gewerkschaftsfunktionäre in der DDR, um Befreiungen darüber zu führen, ob die DDR bereit sei, mehr Rohre und Walzwerkszeugnisse zu kaufen. Wir haben gesagt: Bitte, an uns liegt das nicht. Die normalen Beziehungen werden systematisch von gewissen Kreisen in Bonn gestört. Es ist

notwendig, daß Sie sich zunächst an diese Kreise wenden, die aus politischen Gründen die Wirtschaftsbeziehungen stören möchten.

Das heißt, der Antikommunismus ist nichts anderes als eine Barriere gegen den Frieden und gegen soziale Sicherheit. Und diese Barriere ist für euch tausendmal unangenehmer als die Mauer in Berlin. Deshalb ist es richtig, anstatt sich die Mauer in Berlin anzusehen, nach Bonn zu fahren und sich dort die Minister anzusehen, die die Spaltung Deutschlands zementieren, die atomare Aufrüstung betreiben und die Notstandsgesetze durchpeitschen wollen. (**Starker Beifall**)

Ein sozialdemokratischer Genosse hat uns erzählt, daß auf der kommunalpolitischen Konferenz der Sozialdemokratie einige Bürgermeister erklärt haben: „Wir können unsere Aufgaben der Sozialpolitik nicht mehr erfüllen, weil größere Summen von der Regierung in Bonn in Anspruch genommen werden.“

Das heißt, weil in Bonn mehr Geld für die Rüstung gebraucht wird, deswegen können die sozialdemokratischen Stadträte und Bürgermeister nicht mehr die sozialen Ausgaben bestreiten, die sie für notwendig halten. Aber was hat darauf der Bürgermeister von Westberlin, Herr Brandt, geantwortet? Er sagte: „Was nützt euch die beste Sozialpolitik, wenn wir keine Wehr haben, die unsere Gemeinden verteidigt?“ Glaubt ihr wirklich, daß es in der Deutschen Demokratischen Republik, in der Sowjetunion oder irgendwo im sozialistischen Lager einen Menschen gibt, der eure westdeutschen Gemeinden überfallen will? Wir stellen keine territorialen Forderungen an Westdeutschland, aber die Bundesregierung stellt Revancheforderungen auf Gebiete bis weit nach dem Osten. Die Antwort von Brandt ist doch einfach Betrug. An diesem Beispiel seht ihr, wie der Antikommunismus sich bis zum Abbau der sozialen Errungenschaften in den Städten und Gemeinden auswirkt.

Außerdem haben wir eine Nationale Volksarmee und gute Generale. Das brauchen wir aber nur solange, wie es bei euch Militaristen gibt, und solange, wie es bei euch Revanchepolitiker gibt, die den Ritt nach dem Osten riskieren wollen. Solange brauchen wir eine Nationale Volksarmee. (**Beifall**)

Aber ich möchte ganz offen sagen: Wenn sich die deutsche Arbeiterklasse einig wäre, wenn alle gemeinsam kämpfen, wenn die Friedenskräfte in Westdeutschland sich durchsetzen würden, wenn ein Friedensvertrag zustande käme, dann würde sich eine solche Lage entwickeln, daß man abrüsten kann. Das deutsche Volk braucht keine Rüstung. „Wir brauchen die hohe Qualität der deutschen Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler. Das brauchen wir, damit wird Deutschland auf dem Weltmarkt eine führende Stellung einnehmen. (**Beifall**)

Einige sozialdemokratische Genossen haben mir weitere Fragen gestellt. Ich möchte gleich antworten: „Es gibt bei uns in der Sozialdemokratie“, so schreibt ein Kollege aus dem Ruhrgebiet, „doch maßgebliche Funktionäre, welche für Verständigung sind.“

Jawohl, wir wissen das, daß es bei euch auch maßgebliche Funktionäre gibt, die für Verständigung eintreten. Und er schreibt weiter: „Ich frage Genossen Ulbricht: Wären Sie bereit, mit solchen Funktionären der SPD zu sprechen, ohne dabei Bedingungen zu stellen?“ Jawohl, wir sind bereit, mit ihnen auf gleichberechtigter Basis zu sprechen, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen. (**Beifall**)

Ein anderer Genosse — aus Hessen kommt er — fragt: „Wie denken Sie darüber: Wenn Adenauer und Wehner jetzt auch Verhandlungen ablehnen, so gibt es aber doch in der SPD Kräfte, die sich auf die Position des Labourabgeordneten Wilson stellen und die Meinung vertreten, daß Gespräche notwendig sind. Sind Sie bereit, mit solchen SPD-Führern zu sprechen, oder stellen Sie dabei Bedingungen?“

Wir würden es begrüßen, wenn führende sozialdemokratische Funktionäre einen vernünftigen Standpunkt einnahmen, ähnlich wie Herr Wilson oder wie der Führer der sozialistischen Partei Frankreichs, Guy Mollet, der mit unserem Freund Thorez Besprechungen und Verhandlungen geführt und Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen getroffen hat. Selbstverständlich sind wir bereit, ohne jede Bedingung mit solchen sozialdemokratischen Genossen zu sprechen. Ich kann sogar beweisen, daß wir auch schon früher eine solche Politik vertreten haben.

Im Jahre 1932, als die sozialdemokratische preußische Regierung auf Befehl Papens von einem Oberleutnant mit drei Feldwebeln abgesetzt wurde — eine preußische Regierung, die 100 000 gut ausgebildete Polizisten hinter sich hatte —, hat unser Zentralkomitee mit Genossen Thälmann an der Spitze dem SPD-Parteivorstand vorgeschlagen, sofort Widerstand zu leisten. Wir schlugen vor, gemeinsam — Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kommunistische Partei — die Arbeiterschaft zum Generalstreik und die Polizei zum Widerstand gegen die Diktatur und gegen die Absetzung der preußischen Regierung aufzurufen. Das heißt, wir waren bereit, die preußische Regierung, eure sozialdemokratische Regierung, mit

zu verteidigen. Ich wurde beauftragt, den Brief dem Parteivorstand zu übergeben. Das habe ich gemacht. Unser Vorschlag wurde abgelehnt. Ein Oberleutnant und drei Feldwebel konnten eine ganze sozialdemokratische Regierung absetzen!

Als der Faschismus dann vom deutschen Großkapital hochgepäppelt wurde, im Jahre 1932, erkannte die Arbeiterschaft in Berlin, welche große Gefahr bestand. Ich war Bezirkssekretär in Berlin. Mein Partner — sozusagen — war der Reichstagsabgeordnete Künstler von der SPD. Er war der Vorsitzende der Sozialdemokratie in Berlin. Ich habe ihm damals vorgeschlagen: gemeinsame Durchführung von Versammlungen ohne Vorbedingungen; Verzicht auf gegenseitige Kritik; es wird nur Stellung gegen den Nazismus genommen. Künstler ging auf diesen Vorschlag ein. Wir vereinbarten das, aber ein paar Tage später ordnete der Parteivorstand mit Wels an der Spitze an, daß diese gemeinsamen Versammlungen nicht durchgeführt werden dürften. War unsere Politik richtig? Waren die Verhandlungen, die ich mit Künstler geführt habe, richtig? Jawohl! (Beifall)

Aber die Politik des Parteivorstandes der SPD, die Verhinderung der Aktions-einheit, mußte Künstler im Konzentrationslager mit seinem Leben bezahlen. .

Als dann der Faschismus an der Macht war, wurden wir von unserem Zentralkomitee beauftragt, mit dem Teil des Parteivorstandes der SPD, der sich im Ausland, in Prag, befand, über ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen Hitler zu verhandeln. Ich war von unserer Seite mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt. In Prag waren Wels, Stampfer, Herz und andere sozialdemokratische Führer. Wir haben das Protokoll über diese Besprechungen veröffentlicht. Wir haben keinerlei Bedingungen gestellt. Wir haben auch keine Kritik an der Politik der Sozialdemokratie getibt, nicht einmal daran, daß im Mai 1933 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Außenpolitik Hitlers gestimmt hat. Wir haben vorgeschlagen: Lassen wir alles Vergangene beiseite, und kämpfen wir gemeinsam gegen Hitler! Der SPD-Parteivorstand lehnte eine gemeinsame Erklärung mit der Begründung ab — das hat man mir nur persönlich gesagt, das war nicht in den offiziellen Verhandlungen —, durch das gemeinsame Vorgehen könnte eine künftige Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften erschwert werden.

Also, Genossen, wir haben schon früher viele Bemühungen um eine Verständigung unternommen. Und wir denken: Es ist die Zeit gekommen, daß in Westdeutschland die ganze Aufmerksamkeit, alle Anstrengungen der sozialdemokratischen Genossen, der Kommunisten, der Parteilosen, der Gewerkschaftsmitglieder darauf gerichtet werden, im gemeinsamen Kampf gegen den Militarismus und gegen die Notstandsdiktatur brüderlich zusammenzuarbeiten. (Beifall)

### Vorstellungen für einen gemeinsamen Standpunkt der Zusammenarbeit

Hier wurde von einem sozialdemokratischen Genossen vorgeschlagen, eine gemeinsame deutsche Arbeiterpolitik zu vereinbaren. Versuchen wir es also, solche gemeinsamen nächsten Ziele zu finden, für die eine Mehrheit der westdeutschen Arbeiter eintreten kann!

Ich weiß, daß es in Westdeutschland eine ganze Reihe sozialdemokratischer Organisationen, Gewerkschaftsorganisationen, Organisationen der Falken, Gruppen sozialistischer Studenten, Naturfreunde, Sportler usw. gibt, die sehr richtige Forderungen aufgestellt haben.

Wenn ich von solchen in Westdeutschland aufgestellten Vorschlägen ausgehe, so kann vielleicht folgende Vorstellung von einem gemeinsamen Standpunkt der Zusammenarbeit für die Sicherung des Friedens zugrunde gelegt werden:

Der NATO-Politik der Feindschaft und des Wettrüstens stellt die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten den gemeinsamen Kampf für Verständigung, Abrüstung und friedliche Zusammenarbeit entgegen.

Der Adenauer-Politik der Vertiefung des Grabens, der mitten durch Deutschland gezogen wurde, stellt die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten die Forderung nach allmäßlicher Überwindung des Grabens durch ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens entgegen.

Die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten kämpft entschlossen für ein friedliebendes Deutschland, von dem nie wieder ein Krieg ausgehen kann.

Die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten setzt sich ein für die Herstellung normaler Beziehungen mit allen Ländern auf der Basis der Gleichberechtigung und der Achtung der gegenseitigen Interessen.

Die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten verurteilt jede Form des Neokolonialismus. Sie tritt ein für die volle Gleichberechtigung der Nationalstaaten Afrikas und Asiens und Lateinamerikas, für die gleichberechtigte Zusammen-

arbeit mit ihnen. Sie verurteilt gleichzeitig jede politische Einmischung in die inneren Angelegenheiten solcher Staaten.

Ich möchte annehmen, daß auch jeder westdeutsche Arbeiter zu diesen Forderungen ja sagen kann.

Natürlich können wir auch über andere gemeinsame Fragen beraten und uns verständigen. Aber fangen wir doch erst einmal mit der nächstliegenden Aufgabe, der Sicherung des Friedens, an.

Das kann ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Friedens in Deutschland und für die Zukunft Deutschlands sein.

### Was ist das eigentlich: unsere nationale Frage?

Was ist der Inhalt unserer nationalen Frage? Wir müssen hierüber Klarheit und Übereinstimmung gewinnen, damit wir nicht über ganz verschiedene Dinge reden, nicht aneinander vorbeireden und uns mißverstehen, damit wir wissen, worum es geht.

Ist unsere nationale Frage gleichbedeutend mit der Wiedervereinigung oder besser gesagt mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten?

Der Form nach scheint das so zu sein. Es kommt aber auf den Inhalt, auf den Kern unserer nationalen Frage an. Es geht darum, welche politischen Kräfte sich vereinigen und was dabei herauskommen soll. Nach unserer Meinung geht es um die Errichtung eines friedliebenden Deutschland, um einen gesicherten Frieden, um Freiheit, soziale Sicherheit und sozialen Fortschritt für das Volk.

Diejenigen, die Deutschland erst wirtschaftlich und dann politisch gespalten, die dann die Spaltung durch die Einbeziehung Westdeutschlands in den NATO-Pakt und jetzt weiter durch die Achse Bonn-Paris zementiert haben, diese Leute schwätzen gern und oft von der Einheit. Offenbar verstehen sie unter Einheit etwas ganz anderes als wir und alle wahren Friedensfeunde.

Die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker tarnen mit dem Begriff „Einheit“ ihr Bestreben, ihre Macht und die Herrschaft des Monopolkapitals nach Osten auszudehnen. Deshalb auch sprechen sie von allgemeinen Wahlen, weil sie der Meinung sind: Da die DDR weniger Einwohner hat als Westdeutschland, würden sie eine Mehrheit bekommen. Und dann würden sie mit ihren Panzern zunächst bis zur Oder kommen. Das andere werde sich dann schon finden. Das ist ihre Konzeption.

Wir aber verstehen unter Einheit Deutschland das Ergebnis einer Verständigung beider deutscher Staaten und ihrer immer enger werdenden Zusammenarbeit auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Das ist natürlich nur schrittweise erreichbar und bedarf als **Grundvoraussetzung der Sicherung des Friedens und der Abrüstung**. Ohne Abrüstung gibt es keinen ernsthaften Schritt auf dem Wege zur Vereinigung.

**Unsere nationale Frage ist also nicht vollständig gleichbedeutend mit der Einheit Deutschlands. Die nationale Frage ist in Deutschland zutiefst eine soziale Frage, eine Klassenfrage.** Die Frage, wer in Deutschland die führende Rolle, wer die Macht haben soll — das arbeitende Volk oder die Monopolkapitalisten —, das ist die Frage, um die es geht.

Die Geschichte hat uns diese schmerzliche Lehre eingehäutet. Die Älteren, die hier anwesend sind, können sich erinnern: Zur Zeit des Deutschen Kaiserreiches gab es doch ein einheitliches Deutschland. Und das einheitliche Deutschland schickte mit Hurra seine Bevölkerung in den Krieg und in den Tod. Aber auch dieses einheitliche Deutsche Kaiserreich war innerlich zerissen. Die deutschen Monopole herrschten über die Arbeitersklasse, beuteten sie erbarmungslos aus und mißachteten die nationalen Interessen. Eine kleine Gruppe von Monopolherren und Feudalen bestimmte über Krieg und Frieden, über Leben und Tod von Millionen Angehörigen der Arbeitersklasse, der Bauernschaft, der Intelligenz. Trotz der Einheit Deutschlands wurde unser Volk in den ersten Weltkrieg, in einen Eroberungskrieg um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt gestürzt. Und dafür hat das Volk bitter zahlen müssen.

Hitlerdeutschland war ebenfalls ein einheitliches Deutschland. Aber seine Arbeitersklasse und seine fortschrittlichen Menschen wurden unterdrückt, betrogen und grausamem Terror unterworfen. Und wieder bestimmte — entgegen den nationalen Interessen — eine kleine Gruppe von Monopolherren, Militaristen und Revanchepolitikern über Krieg und Frieden, über Leben und Tod des Volkes. Und das deutsche Volk hatte dann mit Blut und Tränen, mit Hab und Gut die Rechnung zu zahlen. Das Volk mußte die Suppe auslöpfeln, die seine Monopolherren, Hitlergenerale, Revanchepolitiker und Wehrwirtschaftsführer eingebrockt hatten.

**Welche Lehre müssen wir daraus ziehen? Gibt es unter uns jemanden, der noch eine dritte geschichtliche Lektion braucht, um die nationale Frage in Deutschland zu verstehen?**

Die Einheit Deutschlands hat unser Volk nicht davor bewahrt, in zwei Weltkriegskatastrophen gestürzt zu werden. Die Herausforderung einer dritten geschichtlichen Lektion würde Deutschland nicht überleben.

Jeder westdeutsche Bürger möge selbst nachprüfen, wie durch die antinationale Politik der herrschenden Klasse, der Konzernherren und Großagrarier, Deutschland nach jedem Weltkrieg kleiner wurde, bis die Westmächte im Einvernehmen mit den Vertretern des westdeutschen Finanzkapitals unser Vaterland 1948/49 gespalten haben.

Unsere nationale Frage kann also nicht einfach in dem Wort Einheit erfaßt werden. Es geht vielmehr darum, wer in diesem Deutschland herrschen, wer die Staatsmacht in den Händen haben soll.

Und ich sage es ganz offen: **Ein einheitliches Deutschland unter der Herrschaft der Monopole, des Militarismus und der Revanchepolitiker, das wäre das größte Unglück für unser deutsches Volk, denn das würde Krieg bedeuten. (Beifall)**

Einer der sozialdemokratischen Genossen hat mir auf einem Zettel die Frage gestellt: „Wie ist denn das? Ihr sagt, die Deutsche Demokratische Republik sei das wahre Deutschland. Aber Westdeutschland ist doch auch ein Deutschland!“ Jawohl, Westdeutschland ist auch ein Teil Deutschlands. Aber das Deutschland, das die Zukunft verkörpert, das Friedensdeutschland, das ist die Deutsche Demokratische Republik. (Beifall)

Auch Westdeutschland wird einmal den Ehrentitel „wahres Deutschland“ bekommen, wenn dort die Friedenskräfte herrschen und die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten herbeigeführt wird. (Beifall)

Um zur deutschen Einheit zu kommen, müssen also bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden. Es kommt darauf an, daß in Deutschland das Volk herrscht, daß die Friedenskräfte bestimmen. Es kommt darauf an, daß die deutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und der Intelligenz und allen anderen friedliebenden und demokratischen Kräften die Staatsmacht in den Händen hat. Es kommt darauf an, daß die Imperialisten, Militaristen und Revanchepolitiker von den Hebeln der Macht entfernt sind, daß ihnen ein für allemal die Möglichkeit genommen ist, das deutsche Volk in ein neues Kriegsunglück zu stürzen. Das ist der Kern unserer nationalen Politik. (Beifall)

Schon während es zweiten Weltkrieges haben die deutschen Kommunisten, haben viele sozialdemokratische Genossen und Gewerkschafter und die im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zusammengeschlossenen friedliebenden und demokratischen Kräfte aus allen Schichten der Bevölkerung die notwendigen und richtigen Schlüssefolgerungen gezogen. Die wichtigste Schlüssefolgerung aber war und ist: **Der deutsche Militarismus und das Rüstungskapital müssen mit der Wurzel beseitigt werden.** In dieser Erkenntnis der nationalen Frage haben sich nach 1945 auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik Kommunisten und Sozialdemokratien, Gewerkschafter und andere friedliebende demokratische Kräfte zum gemeinsamen Handeln zusammengefunden.

Auch im Westen Deutschlands hatten seinerzeit Angehörige der deutschen Arbeiterklasse, der Gewerkschaften, der SPD und andere fortschrittlische Menschen den Inhalt der nationalen Frage erkannt. Sie haben damals genau gewußt, was notwendig ist, um dem deutschen Volk Frieden und eine glückliche Zukunft zu sichern.

### **Vernünftige Programmvorstellungen sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre und was daraus wurde**

So haben zum Beispiel im Frühjahr 1945 deutsche Gewerkschaftsfunktionäre Programmvorstellungen für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund ausgearbeitet. Sie trugen unter anderen die Unterschriften von Sozialdemokraten wie Ludwig Rosenberg, Erwin Schöttle, Willi Eichler, Wilhelm Heidorn und anderer. Hier wurde unter anderem festgestellt, daß beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands rücksichtslos die Folgerungen aus der Vergangenheit gezogen werden müßten. Die unerbittliche Bestrafung der Kriegsverbrecher, die endgültige Ausschaltung der nationalistischen und militaristischen Elemente aus dem öffentlichen Leben Deutschlands wurden als unumgänglich notwendig bezeichnet. Den Gewerkschaften wurde die Aufgabe zugewiesen, die restlose und dauernde Ausschaltung aller nazistischen, militaristischen und imperialistischen Tendenzen und Kräfte aus dem deutschen Wirtschaftsleben zu sichern und eine wirklich demokratische Wirtschaft aufzubauen.

Zur Erreichung dieser Ziele wurden tiefgreifende Änderungen der sozialen Struktur gefordert. Jene politischen und sozialen Kräfte, die immer wieder zum Krieg drängten, sollten restlos zerstört werden. In der Landwirtschaft sollte das private Großgrundbesitz im Zuge einer großzügigen Agrarreform enteignet und in Industrie und Handel die Willkürherrschaft des Privatmonopole gebrochen werden. Die Schlüsselindustrien waren nach diesem Programm deutscher Gewerkschafter der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen, der Bergbau, einschließlich der Nebenbetriebe, die Schweresen-industrie und die Metallgewinnung, die Großchemie sowie alle Bodenschätze in öffentliches Eigentum zu überführen. Ebenso die Energie- und Verkehrswirtschaft sowie die Versorgungsbetriebe. — Diese Notwendigkeit hatte sogar Ludwig Rosenberg anerkannt. Fragt ihn doch mal, wie er seine damaligen Erkenntnisse verwirklicht hat oder wie er sie jetzt als Vorsitzender des DGB zu verwirklichen gedenkt!

Auch führende SPD-Funktionäre Westdeutschlands wie Ollenhauer und andere hatten Forderungen aufgestellt, aus denen ersichtlich ist, daß sie sich des wahren Inhalts der nationalen Frage des deutschen Volkes bewußt waren, Ollenhauer erklärte zum Beispiel noch im Jahre 1948, daß die Frage einer Neuordnung der Besitzverhältnisse, besonders in den Schlüsselindustrien, für die deutsche Demokratie eine Frage auf Leben und Tod sei. Auch er forderte in diesem Zusammenhang die schnelle und endgültige Überführung der Schlüsselindustrien aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz.

Damals waren wir uns also über die nationale Frage und den Weg zu ihrer Lösung weitgehend einig. Damals gingen auch führende westdeutsche Gewerkschafter und Sozialdemokraten vom Standpunkt der Interessen der deutschen Arbeiterklasse an die nationale Frage heran.

Der Klassenstandpunkt in der nationalen Frage Deutschlands war und ist also zugleich der nationale Standpunkt. Er erfordert die Beseitigung des Militarismus und Imperialismus mit der Wurzel.

Ihr mögt über die nationale Frage denken wie ihr wollt. Eines muß doch klar sein: Von den Militaristen und Revanchepolitikern, die Deutschland gespalten haben und jetzt die Achse Bonn—Paris vereinbarten, könnt ihr keine Initiative für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erwarten. Möge jeder Arbeiter in Westdeutschland erkennen, daß die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands die Gemeinsamkeit des Handels, die Aktionsgemeinschaft der Arbeiter und ihrer Organisationen in Ost und West ist. Nachdem die Mehrheit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sich für die Achse Bonn—Paris und damit für die Unterstützung des Paktes der deutschen und französischen Monopole und Reaktionäre entschieden hat, hat sie sich erneut für die Zementierung der Spaltung Deutschlands und gegen die Wiedervereinigung zu einem friedlichen Deutschland entschieden. Nicht die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten ist das Hindernis unseres Zusammenlebens, sondern die antideutsche Politik des westdeutschen Finanzkapitals, dem die Verbrüderung mit den französischen und spanischen Militaristen und die gemeinsame Atomkriegsrüstung wichtiger ist als die Zukunft Deutschlands.

**Mit wem wollt ihr es halten, liebe sozialdemokratische Genossen?**

**Wohin wollt ihr?**

**Was für ein Deutschland wollt ihr?**

Wollt ihr ein Deutschland, in dem die ausländischen und westdeutschen Monopole, Militaristen und Revanchepolitiker herrschen?

Oder wollt ihr ein Deutschland, in dem das Volk herrscht, ein Deutschland, in dem die Arbeiter und Bauern im Bündnis mit allen anderen ehrlich arbeitenden Menschen, im Bündnis mit allen friedliebenden und demokratischen Kräften die Macht ausüben?

**Welcher Weg führt zur Sicherung des Friedens?**

Kommen wir jetzt zur Hauptfrage. Die Hauptfrage ist: Welcher Weg führt zur Sicherung des Friedens?

Wir sehen die Sache so an: Das Wichtigste für die Arbeiterschaft in beiden deutschen Staaten und für alle ihre Bürger ist die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Hier stimmen wir auch mit dem Kollegen Kummernuß völlig überein, dem Vorsitzenden der westdeutschen Gewerkschaft ÖTV, der im „ÖTV-Magazin“ Nr. 1/63 die Sicherung des Friedens als die Aufgabe Nr. 1 bezeichnet hat. Denn ein nuklearer Krieg — und jeder Krieg in Europa droht zu einem nuklearen Weltkrieg zu werden — könnte das Ende unserer Nation sein.

Bei der internationalen Lage, wie sie nun einmal ist, würde jeder Versuch eines der beiden deutschen Staaten, den anderen Staat zu überrollen, den Krieg auslösen. Dieser Weg ist also nicht gangbar. Er würde in den Untergang führen.

Soweit also einverstanden, werden manche sagen, aber was weiter?

Die Politik der Bonner Regierung setzt auf permanenten kalten Krieg in Deutschland. Da aber aus manchen von Bonn praktizierten Provokationen des kalten Krieges leicht etwas Schlimmeres werden kann, ist auch diese Politik für die westdeutsche Bevölkerung lebensgefährlich. Dieser von Bonn mit allen Mitteln geführte kalte Krieg hat das Ziel, der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Bürgern Schaden zuzufügen, wo immer sich nur eine Möglichkeit zu bieten scheint, und die Spannungen aufrechtzuhalten.

Aber das Interesse der friedlichen Bürger Westdeutschlands ist umgekehrt. Sie sind daran interessiert, daß die Bürger der DDR in Frieden den sozialistischen Aufbau durchführen können und daß normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bestehen. (**Belfall**)

Ich bin der Meinung, daß jeder Deutsche an der friedlichen Koexistenz, am friedlichen Zusammen- und Miteinanderleben interessiert sein müßte. Wer die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten, ihr friedliches Neben- und Miteinanderleben ablehnt, fördert ihren permanenten Konflikt und Streit, in der Konsequenz letzten Endes also den Krieg.

Jawohl! Die Alternative zur friedlichen Koexistenz ist der Krieg. Darüber muß sich jeder klar sein, der die friedliche Koexistenz ablehnt.

Wir haben auf unserem Parteitag die Forderung erhoben: „**Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern!**“ Dann wird es leichter sein, bestehende Probleme auf den verschiedensten Gebieten zu lösen. Das wird es einfacher machen, nach dem Abschluß des deutschen Friedensvertrages und einer vereinbarten Lösung der Westberlinfrage über die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in einer deutschen Konföderation zu verhandeln.“

Fangen wir also mit der Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten an. Wir sind bereit, sachlich zu prüfen, was gut und schlecht ist in Westdeutschland. Wir wissen, es gibt in Westdeutschland auf vielen Gebieten manche gute Leistungen. Es gibt tüchtige Menschen, deren Leistungen wir anerkennen. Aber die militaristisch-klerikale Herrschaft und die geistige Vergiftung von Millionen sind eine schlechte Sache und eines großen und fähigen Volkes unwürdig.

Es ist bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten viel Gestrüpp aus dem Weg zu räumen. Wir werden nur schrittweise vorgehen können. Auf dem VI. Parteitag haben wir als ersten Schritt ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens vorgeschlagen, das von der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausgeht und sieben Punkte umfaßt. Sie kennen sicherlich diesen **Sieben-Punkte-Vorschlag**. Dieser Vorschlag hat einen großen Widerhall gefunden.

Die westdeutsche Regierung und die Führung der SPD haben unser Streben nach einem solchen Abkommen der Vernunft und des guten Willens mit einer Verschärfung des kalten Krieges beantwortet. In Westdeutschland wurde der Inhalt unseres Vorschlags systematisch unterdrückt. Ich bin aber nach wie vor der Ansicht, daß er von allen westdeutschen Arbeitern, von allen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern und darüber hinaus von allen friedliebenden westdeutschen Bürgern angenommen werden könnte, weil er auch ihre Interessen berücksichtigt.

Was wollen wir denn eigentlich?

Wir wollen im Grunde genommen nur ein normales, korrektes und anständiges Verhalten in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander.

Wenn die Vertreter Westdeutschlands bei entsprechenden Verhandlungen eigene Vorschläge machen, so sind wir selbstverständlich bereit, auch über diese Vorschläge zu sprechen, sofern sie nur dem Ziel der Verständigung und dem Frieden dienen.

Wir sind, das wissen Sie, für die völlige Abrüstung beider deutscher Staaten, für ihre Einbeziehung in eine atomwaffenfreie Zone, für die Schaffung einer Zone der beschränkten Rüstung. Wir sind für eine friedliche Regelung der Deutschlandfrage und die Umwandlung Westberlins in eine friedliche, neutrale Freie Stadt.

Wir unterstützen von ganzem Herzen den Vorschlag der Sowjetregierung auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages. Wir unterstützen den Vorschlag der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, daß alle ausländischen Stützpunkte für Kernwaffenträger aufgelöst werden.

Wir sind auch für die vollständige und allgemeine Abrüstung aller Staaten der Welt. Wenn eine westdeutsche Regierung bereit ist, mit uns zusammen eine solche Friedenspolitik zu betreiben, werden wir sehr froh sein. Aber machen wir zunächst einmal einen Anfang, und dazu scheint uns unser Vorschlag geeignet.

Liebe Genossen! Die Sicherung des Friedens für unser deutsches Volk, die Lösung unserer nationalen Frage und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sind in höchstem Maße abhängig von der Kraft und der Entschlossenheit, von dem Bewußtsein, der Einsatzbereitschaft und der vertrauensvollen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten. Unsere gemeinsamen Gegner, die deutschen Imperialisten, Militaristen und sonstigen Ultras, versuchen, uns voneinander zu trennen und so, wie sie Deutschland gespalten haben, auch Mißtrauen und Feindschaft zwischen uns zu säen.

Die deutschen Arbeiterkonferenzen durchbrechen diese Mauer des Mißtrauens. Sie schließen die Werktätigen in Ost und West im Kampf um unsere gemeinsamen sozialen und nationalen Interessen zusammen. Handelt nach dem alten bewährten Leitspruch der deutschen Arbeiterbewegung: „Einigkeit macht stark.“ (Beifall)

## Gegen die Kriegsachse Bonn/Paris — für die nationalen Interessen und ein Europa des Friedens

von OSKAR NEUMANN

Im Entwurf der Programmatischen Erklärung der KPD wird festgestellt, daß die deutschen Militaristen die alte imperialistische Gewaltpolitik wieder aufgenommen haben, wobei sie ihre Kriegsziele unter den veränderten Bedingungen der Gegenwart mit zum Teil neuen Methoden verfolgen. Damit ist auch der am 22. Januar 1963 von Adenauer und de Gaulle unterzeichnete Pakt in seinem Wesen gekennzeichnet. „Das Abkommen Adenauer — de Gaulle ist Ausdruck der Klasseninteressen der westdeutschen und französischen Rüstungsmonopole. Es ist bestimmt von ihren gemeinsamen aggressiven Absichten gegen die Länder des Sozialismus, vor allem gegen die DDR, Polen und die CSSR.“ (Erklärung des ZK der KPD vom 25. Januar 1963.)

In der Tat ist es für den gesamten Charakter des Vertragswerkes bezeichnend, daß in seinem Mittelpunkt die militärische „Gemeinschaftsarbeit“ steht — und das ohne jegliche Erwähnung der vertraglichen Beschränkungen, die dem deutschen Imperialismus Herstellung und Besitz von Atom- und Raketenwaffen verbieten. Im Gegenteil: Unmittelbar vor der Unterzeichnung des Pakts unterstützte de Gaulle ausdrücklich die Forderung Adenauers und seiner Hitler-Generale nach unbeschränkter waffentechnischer Entwicklung für die Wehrmacht und für die Rüstungsmonopole der Bundesrepublik.

Nun sagen manche Gegner der westdeutschen Atomrüstung, sie würden eine militärische Gemeinschaft mit Frankreich gegenüber einer Atomachse Bonn—Washington als kleineres Übel ansehen. Eine solche Auffassung ist falsch

und gefährlich. Kann doch die Kriegsachse Bonn—Paris den westdeutschen Rüstungsmonopolen den Zugang zur Atomwaffenproduktion erleichtern und den militärischen Machthabern die Ergebnisse der französischen Atomrüstung zuspiesen. Zugleich erhält damit der deutsche Imperialismus ein erpresserisches Druckmittel, um innerhalb der NATO und insbesondere gegenüber den USA seinen Anspruch auf entscheidende Positionen am SchaltHEEL einer multilateralen Atomstreitmacht durchzusetzen. Den Ultras in Bonn geht es nicht um die eine oder andere Form, sondern schlechthin um die Tatsache der atomaren Verfügungsgewalt. So ist die Achse mit Paris für sie der Schlüssel, um heute bereits ihre Politik der Sabotage gegen die Verhandlungen über einen Stopp der Kernwaffenversuche, über jegliche friedliche Lösung der Westberlinfrage und über eine deutsche Friedensregelung zu verschärfen und schließlich zu gegebener Zeit ihre westlichen Verbündeten in revisionistische Kriegsabenteuer hineinzuziehen.

Atomwaffen zur Verfügung des deutschen Imperialismus — davon träumten bereits Hitler und seine Generale bis 5 nach 12 und danach gieren Adenauer und dieselben Generale, um das Ergebnis des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und in einem Revanchekrieg die Grenzen des Hitlerreichs wiederherzustellen. Das ist der Sinn der „Vorwärtsstrategie“, die nach den Darlegungen Hassels Grundlage der „Gemeinschaftsarbeit“ der westdeutschen und französischen Generalstäbe und Militärakademien, der Rüstungsforscher und

Kriegsproduzenten bilden soll. Welche Folgen diese auf Kriegsabenteuer eingeschworene Politik und Strategie am Ende haben müßten, hat die Sowjetunion in ihrer Note an die Bundesregierung unmissverständlich erklärt: „Im Feuer des Atomkriegs wird der verbrennen, der es zu entfachen sich anschickt.“

Die beiden Achsenpartner sind sich durchaus der Tatsache bewußt, daß sie diesen mörderischen Inhalt ihres Komplotts den Völkern verheimlichen müssen. Darum tarnen sie ihr imperialistisches Kriegs- und Rüstungsprogramm hinter einem Schwall von Phrasen über „Aussöhnung“, „Völkerfreundschaft“ und „Verbrüderung der Jugend“. Zumindest in der Bundesrepublik ist es ihnen in gefährlichem Maße gelungen, die Bevölkerung damit irrezuführen. Dabei spielt die von Brandt und Wehner betriebene Politik der Gemeinsamkeit mit Adenauer eine unheilvolle Rolle.

Zwar mußten Ollenhauer und Wehner, wollten sie sich nicht international hoffnungslos isolieren, der Entschließung der sozialdemokratischen Parteien der EWG-Länder zustimmen, in der das Vertragswerk „in der vorliegenden Form“ abgelehnt wird. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die maßgebenden Führer der SPD von Anfang an alles darauf anlegen, auch in der Frage der Achse Bonn-Paris die Position der Bonner Ultras zu stützen. Als infolge des Brüsseler EWG-Fiaskos offene Differenzen in der westdeutschen Großbourgeoisie und bis in die Spitzen der Bonner Koalition hinein ausbrachen, war es Wehner, der in der SPD-Fraktion die Chance eines Mißtrauensvotums gegen Adenauer torpedierte. Dann wurden die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesrats auf Vordermann gebracht, um selbst jede Verzögerung der Ratifizierung der Kriegsachse auszuräumen. Jetzt erklärt man, die SPD werde „Sicherungen“ verlangen und Sorge tragen, daß der Vertrag „nicht gegen die NATO und die EWG verstößt“. Das liegt durchaus auf einer Linie mit der Entschließung des von Brentano und anderen CDU-Führern beherrschten Hauptausschusses der westdeutschen „Europaunion“. Also: die Kriegsachse Bonn-Paris soll möglichst reibungslos und störungsfrei in die militärische und ökonomische Gesamtmaschinerie der aggressiven imperialistischen Blocksysteme eingepaßt werden — das ist die Sorge der Wehner und Brandt! Damit wollen sie der Adenauergruppe eine gewisse Entlastung gegenüber der inneren Opposition und dem wachsenden Mißtrauen der EWG- und NATO-Partner verschaffen, die sich durch das Komplott Aden-

auer — de Gaulle überspielt und bedroht fühlen.

In der Tat zielen die Festlegungen des Paktes darauf ab, den westdeutschen und französischen Monopolen eine Sonderstellung zu sichern und ihren ökonomischen, politischen und militärischen Führungsanspruch in Westeuropa durch Beherrschung der übrigen EWG-Partner durchzusetzen. Hinzu kommt das Bedürfnis Adenauers wie de Gaulles, ihr wankendes autoritäres Regime gegenseitig zu stützen und es mit der Einbeziehung Francos zu einem militaristisch-klerikalalen Block auszuweiten, in dessen Bereich die Arbeitersklasse und alle demokratischen Kräfte mit zunehmend terroristischen und faschistischen Methoden niedergehalten werden sollen, um so das Gewicht der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte im westlichen Bündnissystem zu stärken. Diese Absichten treten jetzt bereits in aller Schärfe zutage. In einer aufeinander abgestimmten Offensive werden die Errungenschaften der Arbeitersklasse, die Rechte der Arbeiterorganisationen und insbesondere das Streikrecht angegriffen. In Frankreich dekretiert de Gaulle die militärische Zwangsverpflichtung streikender Arbeiter. In der Bundesrepublik drängen die Ultras nach Notstandsgesetzen; ihre Praktiken des „außergesetzlichen Notstands“ signalisieren die Gefahr, daß die reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Finanzkapitals bereits daran sind, schrittweise ein System brutaler Diktatur zu errichten.

Die gemeinsamen Interessen der beiden Achsenpartner dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Beziehungen untereinander alles andere als harmonisch sind. Vielmehr erstrebt sowohl das westdeutsche wie das französische Finanzkapital eine Ausweitung seiner Einflussphäre und schließlich die Hegemonie. Dieser Kampf muß sich zwischen den Achsenpartnern, innerhalb der EWG und, wie das Auffliegen der Brüsseler Konferenz zeigt, im Verhältnis zu den übrigen NATO-Verbündeten in dem Maße verschärfen, wie die Periode der Nachkriegskonjunktur zu Ende geht und sich der Konkurrenzkampf aller gegen alle auf den kapitalistischen Märkten zusetzt.

Es ist klar, daß diese Auseinandersetzungen nicht dadurch entschieden werden, ob Adenauer oder de Gaulle raffinierter blufft. Die Illusion, ihre westdeutschen Partner binden und den westdeutschen Imperialismus und Militarismus an die Kandare legen zu können, verbreiteten auch die Väter der NATO, der EWG und anderer überstaatlicher Ein-

richtungen, die sich inzwischen allesamt als Hebel zur Wiederherstellung, Festigung und Erweiterung der Machtpositionen des westdeutschen Finanzkapitals und seiner Expansionspolitik erwiesen haben. Eben in dieser Richtung muß angesichts der überlegenen ökonomischen und militärischen Potenzen des westdeutschen Imperialismus auch die Achse

Bonn—Paris wirken. Gerade darin liegt ihre besondere Gefährlichkeit für die nationalen Interessen des französischen wie des deutschen Volkes, für die sozialen und demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in Frankreich und in der Bundesrepublik, für die friedliche Zukunft aller Völker des europäischen Kontinents.

### **Europa-Propaganda als Deckmantel des nationalen Verrats**

Im Entwurf der Programmatischen Erklärung wird bereits auf den Zusammenhang zwischen der Politik des nationalen Verrats und der verlogenen Europapropaganda hingewiesen. Er tritt mit der Achse Bonn—Paris besonders deutlich zutage. Unter dem Deckmantel der Integration mit Frankreich wird in der Bundesrepublik die Position gerade der imperialistischen und militaristischen Kräfte gestärkt, die Deutschland gespalten haben und die mit der Achse Bonn—Paris den Graben, der die beiden deutschen Staaten voneinander trennt, weiter vertiefen. Wer aber alle auf Entspannung und Verständigung gerichteten Bemühungen sabotiert, wer die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten ablehnt und die Elbe zur Frontlinie des kalten Krieges und schließlich des heißen Krieges erklärt, der erweist sich damit zugleich als Todfeind der deutschen wie der europäischen Interessen. In der Tat geht es dem deutschen Imperialismus jetzt darum, die nationalen Gefühle der Bevölkerung unter der Losung, man müsse gegen die „Mauer“ angehen, für seine Revanchepolitik zu missbrauchen, obwohl klar ist, daß diese spätestens am 13. August 1961 offensichtlich bankrott gemacht hat und der Bevölkerung der Bundesrepublik nur unerhörte Lasten und Leiden bringen kann. Und genauso betrügerisch ist es, wenn das Finanzkapital und seine Lobredner „Europa“ sagen, während sie in Wirklichkeit die Vereinigung der reaktionären Kräfte im kleineren Teil Europas gegen den größeren Teil, gegen das fortschrittliche, sozialistische Europa meinen: „In Wahrheit sind die imperialistischen Beherrscher der EWG-Länder die Spalter Europas, die Feinde des europäischen Friedens und der Zusammenarbeit aller europäischen Völker.“ (Entwurf der Programmatischen Erklärung der KPD, S. 15.)

Aus all dem ergibt sich: Die Arbeiterklasse und alle Kräfte der Demokratie und des Friedens in der Bundesrepublik können zu der Achse Bonn—Paris, wenn sie von ihren eigenen Interessen ausgehen, nur eine Haltung einnehmen: **Widerstand gegen die Ratifizierung, Kampf gegen die Verwirklichung dieser**

Kriegsachse!

Sie können dabei der Solidarität der französischen Arbeiterklasse und der breitesten Kreise der großen französischen Nation gewiß sein. Das verbürgt die von der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Kommunistischen Partei Deutschlands in den gemeinsamen Beratungen vom 20. und 21. März 1963 erarbeitete Erklärung. Ja, noch mehr: Der hier gewiesene Weg zur Freundschaft unserer Völker wird bereits beschritten, indem die französischen Bergarbeiter und andere Teile der französischen Arbeiterklasse den Angriffen der Reaktion in einem heroisch geführten Streikkampf und mit mächtvollen Demonstrationen begegnen, wobei ihnen aus der Bundesrepublik eine Welle der Solidarität entgegenschlägt. Sie zeigt sich in der geschlossenen Teilnahme am Streik aller in französischen Gruben beschäftigten saarländischen Bergarbeiter, in der Entwicklung der Wachsamkeit von Bergarbeitern und Eisenbahnhern, Hafenarbeitern und Seeleuten gegen Kohlentransporte nach Frankreich, wie auch in der materiellen Unterstützung der Betriebschaften und Gewerkschaften für den Streikfonds der französischen Kollegen. Diese Solidarität wird ihre schönsten Früchte tragen, indem die westdeutsche Arbeiterklasse, allen voran die jetzt im Lohnkampf stehenden 3 Millionen Metallarbeiter, aus den Erfahrungen ihrer französischen Kollegen die Lehre ziehen, wie man erfolgreich gegen die „Maßhaltepolitik“ der Machthaber in Wirtschaft und Staat, gegen die verschärzte Ausbeutung zugunsten der Profite des Monopolkapitals und der Rüstungskassen, gegen die Entrechtung der Arbeiterorganisationen und den Raub der demokratischen Freiheiten kämpft.

Hervorragender Ausdruck der echten Gemeinsamkeit unserer Interessen mit denen des französischen Volkes ist auch die Erklärung der Organisationen der antifaschistischen Widerstandskämpfer gegen die Kriegsachse Bonn—Paris. Ausgehend von den gemeinsamen Kampftraditionen wird hier gezeigt, daß eine „Versöhnung“ sich niemals gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen andere Völker richten darf, sondern nur mit dem ganzen deutschen Volk und auf der Grundlage der Entspannung

und des Friedens möglich ist. Zu recht widersetzen sich die Widerstandskämpfer der Aussöhnung mit einem Regime, an dessen Spitze die treuesten Diener des Naziregimes, wie Globke und

Foertsch, stehen, das solche Ungeheuer wie Oberg, den „Schlächter von Paris“, schützt und die Verbände der Waffen-SS protegiert, während es die VVN mit dem Verbot bedroht.

## **Statt Komplott der Rüstungs- und Krieginteressenten — wirksame Politik der friedlichen Koexistenz**

Wie kann unsere Partei solche Erkenntnisse, wie kann sie die in der westdeutschen Bevölkerung zunehmenden Besorgnisse nutzen, um die Arbeiterklasse und die Massen zu wirksamem Widerstand gegen das Komplott der Rüstungs- und Kriegsinteressenten, für ihre friedlichen Interessen zu führen? Voraussetzung dafür ist, daß wir den Menschen die Perspektive zeigen und erläutern, die ihnen unsere Politik der friedlichen Koexistenz eröffnet, eine Politik, die ihren ureigenen Interessen entspricht, die in der Deutschen Demokratischen Republik die Haltung der Regierung zur Bundesrepublik bestimmt und auf dem VI. Parteitag der SED ihren hervorragendsten Ausdruck in den Vorschlägen des Genossen Walter Ulbricht für eine Politik der Vernunft und des guten Willens in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gefunden hat.

Die Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland hat als nächstes Ziel die Zurückdrängung und Überwindung des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland als der Hauptgefahr für den Frieden, den Aufbau des Sozialismus in der DDR und damit die größtmögliche Stärkung ihrer Friedensmacht, die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und damit die Eröffnung des einzigen noch verbliebenen Wegs, der über die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten uns dem Ziel der Wiedervereinigung näherbringen kann. Wem die nationalen Interessen am Herzen liegen, der muß zu der Erkenntnis kommen, daß jetzt alles an uns liegt, im Kampf der Arbeiterklasse und der Massen das Kräfteverhältnis in Westdeutschland zugunsten der Verständigung und des Friedens zu verändern. Die Bedingungen dafür verbessern sich dank der zunehmenden Kraft der Sowjetunion und der steigenden Autorität die sie sich mit ihrer friedliebenden Außenpolitik verschafft. Sie werden günstiger dank den immer wirksameren Impulsen, die von der DDR und von der nationalen Politik der SED ausstrahlen. Gerade darum aber ist auch die Verantwortung der Kommunisten gewachsen, die ja der Arbeiterklasse und den Massen die Überzeugung vermitteln müssen, daß sie nun auch in der Bundesrepublik

das Ihre zu tun haben, um der von den Bonner Ultras betriebenen Sabotage an der Politik der friedlichen Koexistenz ein Ende zu setzen, im Klassenkampf gegen die imperialistischen Ultras diesen Stoßtrupp gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht auf deutschem Boden und gegen die anderen sozialistischen Länder niederzuringen.

Wenn also Arbeiter, junge Menschen, national und friedlich denkende Bürger der Bundesrepublik fragen, was sie gegen die Kriegsachse Bonn—Paris tun können, so antworten wir ihnen: Diese Verschwörung der Rüstungsmonopole und ihrer Exponenten Adenauer und de Gaulle vereiteln, heißt, alles unterstützen, was einer Politik der friedlichen Koexistenz in der Bundesrepublik dient. Dazu gehört der Kampf, den die Arbeiter um Lohnerhöhung, gegen das Sozialpaket und die Notstandsdrohung führen. Dazu gehört der Entschluß der Gewerkschafter, den 1. Mai als Kampftag für die sozialen und demokratischen Rechte, gegen Atomrüstung und Notstandsgesetze zu gestalten. Dazu gehört die Massenbeteiligung an den Ostermarschen, die sich gegen die Raketenbasen richten und unter der richtigen Lösung stehen: „Für deutsch-französische Freundschaft — aber gegen gemeinsame Produktion von Atomwaffen.“ Dazu gehört die Entwicklung einer breiten Front, von der Arbeiterklasse bis hinein in vernünftige Kreise der Großbourgeoisie, gegen das Röhrenembargo der Bonner Regierung, die hier besonders krass demonstriert, wie sehr ihre Hörigkeit gegenüber den USA und ihre Politik der Todfeindschaft gegen das sozialistische Lager den elementarsten Interessen der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit in der Bundesrepublik höhn spricht.

Haben in einer dieser Fragen etwa kommunistische und sozialdemokratische, christliche und parteilose Werktätige widersprechende Interessen? Offensichtlich nicht. Dann können sie aber daraus nur den Schluß ziehen, daß die antikommunistische Hetze, mit der man sie bislang von breiteren und aktiveren einheitlichen Aktionen abgehalten hat, nur dazu dient, die Bevölkerung an der Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen zu hindern. Und genau das beabsichtigen auch jetzt die Einpeitscher der Kriegs-

achse Bonn—Paris, wenn sie für das Abkommen zwischen Adenauer und de Gaulle mit denselben Phrasen Stimmung zu machen suchen, mit denen auch Hitler seine „Antikomintern“ begründete. Was ist eigentlich Neues an den antikommunistischen Europa-Thesen, nachdem bereits Himmler erklärt hat: „Die Geschichte der Deutschen ist wesentlich abendländische Geschichte und umgekehrt, die Geschichte Europas eine solche seines Herzvolkes . . . Wieder, wie so oft in der Geschichte, steht das Reich für das ganze Abendland ein gegen die antieuropäischen Mächte . . .“ Bei Dönitz wurde das in seiner Abschiedsbotschaft an das faschistische Offizierskorps bereits in einer Weise weiterentwickelt, die völlig der „christlich-abendländischen“ Linie der Adenauer-Politik und den Revanchezielen der geschlagenen Hitler-Generale entspricht: „Es ist klar, daß wir mit den Westmächten zusammengehen müssen; denn nur durch Zusammenarbeit mit ihnen können wir hoffen, später unser Land von den Russen wiederzuerlangen.“ Die Geschichte hat bewiesen, wohin das deutsche Volk und die Völker Europas mit solchen Machthabern und mit einer solchen Politik gekommen sind. Auch aus historischer Sicht kann also kein Zweifel daran bestehen, daß die Adenauer-Politik von heute nur all das fortsetzt, was schon in der Vergangenheit gegen die Lebensinteressen der Nation und gegen den Frieden Europas gerichtet war.

Eine neue Politik, eine Politik der Zukunft muß darum mit diesen Traditionen und mit diesen Machthabern, sie muß mit der Gewaltpolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus wie mit dem Antikommunismus und Revanchismus brechen. Sie kann, wie es in der Erklärung der Kommunistischen Parteien der sechs EWG-Länder vom 6. März 1963 heißt, nur „eine Politik der Abrüstung, des Friedens und der Sicherheit für die Völker Europas und der ganzen Welt“ sein. Eine solche Politik kann in der Bundesrepublik niemals mit einem gegen die DDR gerichteten Militärpakt, sondern nur mit dem Kurs auf friedliches Nebeneinander- und Miteinanderleben zwischen den beiden deutschen Staaten beginnen. Sie kann niemals von einem Atomwaffenkomplott ausgehen, sondern muß sich orientieren auf solche Vorschläge des Verzichts auf atomare Bewaffnung, wie sie in den sieben Punkten des Genossen Walter Ulrichs und im Rapacki-Plan enthalten sind. Sie darf nicht abzielen auf eine Zuspitzung der Lage in Westberlin und damit zwangsläufig zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Pakts, sondern sie muß Vereinbarungen über die Schaf-

fung einer Freien neutralen Stadt Westberlin ebenso anstreben wie über einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Warschauer Vertragsstaaten.

Solche Erkenntnisse sind keineswegs auf die Mitglieder und Freunde unserer Partei beschränkt. Sie entwickeln sich bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, wie das die Ausführungen von Helmut Lindemann zeigen, der einen „modus vivendi“, also — wie er richtig übersetzt — „eine Art zu leben“ mit der Deutschen Demokratischen Republik und von dort her „den Weg zu einer konstruktiven, europäisch orientierten Ostpolitik“ fordert. (Gewerkschaftliche Monatshefte, März 1963, „Inventur auf einem Scherbenhaufen“, S. 146, ft.) Ähnliche Überlegungen finden sich auch bei bürgerlichen Politikern, wie dem FDP-Abgeordneten Dehler und dem Mitglied des Direktoriums der DFU, Prof. Renate Riemeck.

Eine neue Politik kann auch ökonomisch nicht auf dem Isolationismus der von den Monopolen beherrschten EWG, auf Absperrung durch Zollmauern und Embargoschranken, auf der Diskriminierung des Handels mit dem sozialistischen Weltystem gegründet sein. Sie erfordert vielmehr, wie es auch im Entwurf der Programmativen Erklärung heißt, „den freien Handel mit allen Ländern auf der Grundlage des beiderseitigen Vorteils, einen wirklichen Welt- handel“. Damit können die Beziehungen zu den jungen Staaten Asiens und Afrikas, die gegenwärtig von der Atmosphäre des Neokolonialismus vergiftet werden, auf wirklich entwicklungsfähige Grundlagen gestellt und neu gestaltet werden. Damit muß die einseitige, die Krisenerscheinungen stimulierende Orientierung auf die EWG-Partner fallen und so auch für die westdeutsche Wirtschaft der Zugang zu den riesigen Märkten zwischen der Elbe und dem Pazifik eröffnet werden.

Erst eine solche Politik verdient sowohl den Namen **national** wie **europäisch**. Als Kommunisten in der Bundesrepublik teilen wir vollauf die Überzeugung, die Genosse Walter Ulbricht auf der 17. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig ausgesprochen hat, „daß eine echte europäische Gemeinschaft kommen wird: eine Gemeinschaft aller Völker und Staaten Europas, die vertrauenvoll zum Wohle aller in gesichertem Frieden miteinanderarbeiten und zusammenleben werden.“ Seien wir uns der Verantwortung bewußt, die auf uns, auf der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, auf allen Volkskräften liegt, um diese Hoffnung im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus Wirklichkeit werden zu lassen!

# Der Kampf der Gewerkschaften für umfassende Mitbestimmungsrechte der Arbeiterklasse in Betrieb und Gesellschaft

von JOSEF LEDWOHN

In dem Entwurf der Programmatischen Erklärung der KPD wird dargelegt, daß die Arbeiterklasse die stärkste und konsequente Kraft der Demokratie und des Friedens in der Bundesrepublik ist. Gerade deshalb unterstreichen wir die große Verantwortung, die auf den Schultern der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ruht.

Wir Kommunisten übersehen dabei nicht, daß Ablehnung und Widerstand der Arbeiterklasse gegenüber der antinationalen Politik der Monopolherren und ihrer Regierung bis jetzt zu wenig entwickelt waren, um den Kurs der reaktionären Politik abzustoppen und einen neuen politischen Weg in der Bundesrepublik zu erzwingen. Wir Kommunisten erklären darum mit Nachdruck, daß die Verantwortung der Arbeiterklasse für eine friedliche und demokratische Zukunft der Bundesrepublik der KPD besondere Pflichten auferlegt. Es ist in erster Linie ihre Aufgabe, als Teil und organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse die Werktätigen in der Bundesrepublik zu befähigen, ihre Aufgaben zur Rettung des Friedens und der Sicherung der Demokratie lösen zu können.

„Die Verantwortung der Arbeiterklasse erfordert, die Einheit ihres Handelns, die Geschlossenheit ihrer Reihen herzustellen und mit allen Volkskräften zusammenzuwirken, um den Scharfmachern der atomaren Aufrüstung und der Notstandsdiktatur Halt zu gebieten, die demokratischen Rechte und Volksfreiheiten auf der Grundlage der Verfassung zu verteidigen, eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und der Verständigung mit der Deutschen Demokratischen Republik durchzusetzen.“<sup>1)</sup>

Indem die KPD die historischen Aufgaben der Arbeiterklasse und des Volkes entwickelt, den Weg zeigt, wie sie zu lösen sind und entschlossen die Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten organisiert und für den Kampf mobilisiert, erfüllt die KPD ihre Rolle als die führende Partei der Werktätigen in der Bundesrepublik. Gerade weil „auch in der Bundesrepublik... die Entwicklung der Produktivkräfte, die ökonomischen Bedingungen reif für den Sozialismus“ sind, ist es so dringend nötig,

<sup>1)</sup> Entwurf der Programmatischen Erklärung der KPD, S. 4

den jetzt möglichen realen Schritt im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts genau zu umreißen und zu tun.

Der Kampf um Frieden und Demokratie in der Bundesrepublik ist jener historisch notwendige Schritt, der getan werden muß. Oft wird die Frage gestellt, wo die realen Kräfte sind, die jetzt für die Lösung der demokratischen Aufgaben wirksam werden könnten. Die wichtigsten organisierten Kräfte sind die Gewerkschaften. In den Gewerkschaften ist ein erheblicher Teil der Arbeiterklasse, ihr bester Teil organisiert. Die Mehrheit der Gewerkschafter und ganze Industriegewerkschaften stehen grundsätzlich, wenn auch mit Unklarheiten und Schwankungen, auf dem Boden der Klasseninteressen der Arbeiter und führen, oft zögernd, den notwendigen Kampf gegen die Monopole zur Durchsetzung der sozialen und demokratischen Interessen der Arbeiter.

Die KPD unterstreicht die Rolle der Gewerkschaften als antimonopolistische, demokratische Kraft, die berufen ist, die sozialen und politischen Forderungen des Volkes durchzukämpfen. In diesem Kampf werden die Gewerkschaften immer stärker dem Einfluß der Arbeiterklasse im politischen und wirtschaftlichen Leben wirksam machen. Der Anspruch und die Pflicht der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik mitzubestimmen, den Gang der Ereignisse im Staat, in der Wirtschaft, der Kultur, der Innen- und Außenpolitik nicht den Monopolherren, den Revanchisten und Militaristen zu überlassen, sondern den Einfluß dieser Verderber Deutschlands zurückzudrängen und selbst die Schaltstelle der Politik in die Hand zu nehmen, bestimmt heute maßgeblich den Kurs der Arbeiterbewegung.

Das ist eine demokratische Aufgabe erster Ordnung. Das wird auch in den Gewerkschaften mehr und mehr erkannt. Otto Brenner schrieb in der Zeitschrift der Hans-Böckler-Gesellschaft „Das Mitbestimmungsgespräch“, Heft Nr. 11/12 1962 (S. 157) dazu:

„Unsere gewerkschaftliche Forderung nach einer gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen in allen Bereichen des Gesellschaftslebens wird getragen von der Überzeugung, daß eine wahrhaft demokratische Ordnung überhaupt erst

möglich ist, wenn die arbeitenden Menschen nicht nur als Staatsbürger über Parlament, Regierung und Verwaltung mitbestimmen, sondern darüber hinaus unmittelbar in der Wirtschaft einen mitbestimmenden Einfluß haben.“

Heute aber ist die Arbeiterschaft noch weit davon entfernt, „über Parlament, Regierung und Verwaltung“ mitzubestimmen. Diese Tatsache ist gerade eine Quelle der wachsenden Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften. Darum wächst die Kritik an der Allein- und Willkürherrschaft der Monopole, gerade darum ist in den Gewerkschaften eine große Diskussion über das Mitbestimmungsrecht entstanden.

Die KPD unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften nach Mitbestimmungsrecht und erklärt, daß der Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ein Hebel ist, um die Vorherrschaft der Millionäre und Militäristen zurückzudrängen und die demokra-

tischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung der Bundesrepublik durchzusetzen und zu erweitern.

Die Notwendigkeit für eine größere Aktivität in den Gewerkschaften im Kampfe um demokratische Rechte liegt darin, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus, der Imperialismus, die Monopole in der Bundesrepublik ihren Druck auf die Volksmassen verstärken, auf der ganzen Linie die Demokratie abbauen und zunehmenden Widerstand in allen Schichten der Bevölkerung hervorrufen. Die Aktionen der Arbeiter für ihre sozialen und demokratischen Interessen, die Kampfmaßnahmen der Bauern gegen die Auswirkungen der EWG, die Aktivität demokratischer Bürger gegen die Verletzung der „Rechtsstaatlichkeit“ durch die Bundesregierung sind dafür ein lebendiges Zeugnis. Das zeigt, daß zwangsläufig ein immer größerer Teil der Bevölkerung mit der antidemokratischen Politik der Monopole in Konflikt gerät. Dieser Konflikt findet auch in den Forderungen der Gewerkschaften nach Mitbestimmung einen positiven Ausdruck.

### Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung

Unter den Industriegewerkschaften des DGB ist die IG Metall mit ihren Forderungen nach Mitbestimmung am deutlichsten. Worum geht es dabei? Die Gewerkschaften wollen eine „wahrhaft demokratische, soziale Gesellschaftsordnung“. Darum fordern sie „Gleichberechtigung und Mitbestimmung für alle arbeitenden Menschen“. Man gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die „Mitbestimmung in der Wirtschaft eine unerlässliche Bedingung für die Demokratie überhaupt ist“. Gleichzeitig wird unterstrichen, daß die nach 1945 angestrebte „Neuordnung der Wirtschaft nicht Wirklichkeit“ geworden ist. Es geht darum, die „einseitigen Entscheidungen der Unternehmer und Manager einzuschränken“, man will „nach und nach in dem Maße, wie die Mitbestimmung ausgebaut werden kann, den Arbeitnehmern Einfluß auf den Lauf des Wirtschaftsprozesses“ verschaffen.<sup>2)</sup>

Die Gewerkschaften, z. B. die IG Metall, sind keineswegs mit der jetzt bestehenden Form der scheinbaren Mitbestimmung völlig einverstanden. Besonders scharf ist die Kritik an der Tatsache, daß die Arbeiterschaft keinerlei Einfluß hat auf die in der Bundesrepublik betriebene Wirtschaftspolitik. Wichtig ist die Erkenntnis, daß die Mitbestimmung nichts

mit „sogenannter Sozialpartnerschaft zu tun hat. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit kann und soll durch sie nicht aufgehoben werden“. Otto Brenner warnt ausdrücklich davor, zu glauben, die Mitbestimmung der Gewerkschaften könnte kampflos erreicht werden. Darum sagt er deutlich:

„Wir müssen Bundesgenossen suchen und für diese Idee werben. Das gilt sowohl für unsere Mitglieder wie für die breite Öffentlichkeit, die Parteien und andere gewerkschaftliche Organisationen.“<sup>3)</sup>

Diese Gedanken hat Otto Brenner in seinem Grundsatzreferat auf dem 7. Gewerkschaftstag der IG Metall dargelegt. Das sind ohne Zweifel richtige demokratische Forderungen der Arbeiterschaft, die gegen die Monopolherrschaft gerichtet sind.

Für die Weiterentwicklung des Kampfes der Gewerkschaften um das Mitbestimmungsrecht ist ein Artikel von Otto Brenner in dem bereits erwähnten Heft „Das Mitbestimmungsgespräch“ Nr. 11/12 1962 besonders für die Debatte zum Außerordentlichen DGB-Kongress im November dieses Jahres bemerkenswert, auf dem es bekanntlich um ein Grundsatzzprogramm des DGB geht. Die im Artikel entwickelten Gedanken haben für die Gewerkschaften programmativen Charakter. Dort wird das Betriebsverfassungsgesetz kritisiert und als antigewerkschaftlich entlarvt. Alle Gewerk-

<sup>2)</sup> So Otto Brenner in seinem Grundsatzreferat, aus: „Das Mitbestimmungsgespräch“, Nr. 9/1962, S. 128

<sup>3)</sup> Ebenda. S. 128

schafter sollten diesen Artikel kennen. Mit Recht wird darauf verwiesen, daß „die Auslegung des Betriebsverfassungsgesetzes, die wir seit Jahren mit größter Sorge verfolgen... zu einer Gefährdung verschiedener Grundrechte, wie der Meinungsfreiheit, Rede- und Koalitionsfreiheit im Betrieb geführt...“ (S. 128/29) hat. Die Klassenwirklichkeit in den Betrieben wird so dargestellt: „Alles Gerede über Partnerschaft, Betriebsgemeinschaft, alle Mitarbeit-Ideologien können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Arbeitnehmer im Regelfall Objekt eines hierarchischen Systems ist. Er ist das letzte Glied einer langen Kette, deren Sinn er oft nur schwer einzusehen vermag“ (S. 125). Also „... von der Demokratisierung der Arbeitswelt wird in hohem Maße die Festigung unserer Demokratie abhängen“ und „niemand kann und darf sich mit dem bestehenden Zustand absfinden“ (S. 158). Wir meinen, daß diese Gedanken Otto Brenners für den Kampf der Arbeiter um demokratische Rechte in Betrieb und Wirtschaft von großer Bedeutung sind.

### Gegen Illusionen — für eine selbständige Klassenpolitik

Wir würden als Marxisten einen schweren Fehler begehen, wenn wir übersehen würden, daß in den Gewerkschaften die Vorstellungen von der Mitbestimmung auch mit Illusionen und direkt falschen Auffassungen verbunden sind. Die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik kann ihre Interessen nur endgültig durchsetzen in der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist. Erst durch eine sozialistische Umwälzung entsteht eine Wirt-

) In der Weimarer Republik haben solche Reformisten wie Tarnow, Nahtali und Hilferding Theorien über „Wirtschaftsdemokratie“, „organisierten Kapitalismus“ u. a. in Umlauf gebracht. Diese Theorien waren falsch und beruhnten auf der Meinung, daß der moderne Kapitalismus sich in einen „organisierten Kapitalismus“ verwandle, seine Widersprüche selbst überwinde und allmählich in den Sozialismus hineinwachse. In Wirklichkeit aber, und das beweist die ganze Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung, haben sich die Widersprüche verschärft und spalten sich weiter zu. Die grundlegende Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus ist und bleibt die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und die Überführung der entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum.

) „Das Mitbestimmungsgespräch“, Nr. 11/12 1962, S. 158/59

Der grundlegende Standpunkt des Autors des Artikels kommt im folgenden klar zum Ausdruck:

„Mitbestimmung im Betrieb! Mitbestimmung in den Organen der Unternehmen! Mitbestimmung in der Gesamtwirtschaft! Das sind Stufen einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie<sup>4)</sup>, für deren Verwirklichung wir uns einsetzen. Sie bilden ein unteilbares Ganze zusammen mit den Vorstellungen von einer sinnvollen geplanten Wirtschaft in der sich bestimmte Industriezweige in Gemeineigentum befinden. Sie runden das Bild von einer Wirtschaftsordnung, die der Würde freier Menschen entspricht.“

Jeder kann sehen, daß das nicht das Bild einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ist. Aber daß solche soziale Reformen demokratische Züge tragen. Daß auf einem solchen Weg die Macht der Monopole zurückgedrängt werden könnte ist wohl einleuchtend. Darin liegt die Bedeutung dieser Forderungen im Kampfe für das Mitbestimmungsrecht.

### schaftsordnung „... die der Würde freier Menschen entspricht“. Hier ist ein weiterer Punkt, wo man mit Otto Brenner nicht übereinstimmen kann.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Bundesrepublik wird unbedingt eine revolutionäre Umwälzung sein, auch wenn diese, wie wir anstreben, auf friedlichem Wege vor sich geht. Das Wesen dieser Umwälzung ist die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten.

Im demokratischen Massenkampf der Arbeiterklasse gegen die Monopole entstehen günstige Voraussetzungen für die Erkämpfung des sozialistischen Endziels. In diesem Kampfe wird sich die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten entwickeln, werden günstige Voraussetzungen entstehen im gemeinsamen Ringen um den Sozialismus. Es ist notwendig, daß die Kommunisten im Kampf für die Mitbestimmung sachlich und geduldig erörtern und erklären, warum der Kampf für eine demokratische Mitbestimmung eimüinden und hineinwachsen muß in den Kampf für den Sozialismus. Die Auffassung ist noch weit verbreitet, daß die Mitbestimmung einfach die Wahrnehmung der Funktionen ist, die auf Grund von Gesetzen eingerichtet sind. Das betrifft hauptsächlich die Funktion von Gewerkschaftsmitgliedern in Aufsichtsräten und die Tätigkeit von Gewerkschaftern als Arbeitsdirektoren. Natürlich verfolgen die Monopolherren das Ziel, die Gewerkschaftsver-

treter in den Organen der Unternehmungen ihrer kapitalistischen Politik unterzuordnen, sie der Arbeiterschaft zu entfremden und direkt zu korrumpieren. Darum hat Otto Brenner unbedingt recht, wenn er schreibt:

„Die Mitbestimmung kann nur dann funktionieren, wenn ein möglichst großer Kreis der in den Betrieben Beschäftigen an der Willensbildung beteiligt ist. Das müssen alle, die mit der Mitbestimmung zu tun haben, berücksichtigen. Mitbestimmung, die sich isoliert von den Arbeitnehmern — allein in abgekapselten Gremien abspielt, verliert ihren Sinn.“<sup>4)</sup>

Mitbestimmung als Mitarbeit oder Gemeinsamkeit von Interessen der Arbeiter und Monopolherren aufzufassen, wie das seitens der Konzernherren, der Regierung, auch rechter Gewerkschaftsführer wie Leber getan wird, führt natürlich zur Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse und kommt einem Überlaufen von Vertretern der Arbeiterklasse ins Lager der Monopole gleich. Die Arbeiter in der Bundesrepublik kennen dafür aus eigener Erfahrung zahlreiche Beispiele.

Darum ist das Wichtigste beim Kampf um die Mitbestimmung und die Wahrnehmung von Funktionen im Rahmen geltender „Mitbestimmungsgesetze“, daß ein eigener selbständiger Standpunkt der Arbeiterklasse vertreten wird. Die Vertreter der Gewerkschaften in den Mitbestimmungsfunktionen müssen als Funktionäre der Gewerkschaften grundsätzlich an die Beschlüsse ihrer Organisationen gebunden sein, sie müssen ihren Gewerkschaften und Belegschaften regelmäßig Rechenschaft ablegen und bei Nichterfüllung ihrer Gewerkschaftspflichten abberufen werden können. Der Kampf um Mitbestimmung hat eine große Bedeutung, wenn die Arbeiterklasse

### Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht hat bereits eine Geschichte .

Nach dem zweiten Weltkrieg, der totalen Niederlage des Hitlerfaschismus, wollten die Gewerkschafter ganz Deutschlands Schlußfolgerungen aus der Tatsache ziehen, daß die Monopolherren die Faschisten finanzierten, unterstützten und zur Macht brachten.

Auf den Interzonenkonferenzen wurden dazu gemeinsame Beschlüsse gefaßt. Solche Entschlüsse sind auch heute noch im DGB lebendig. So schreibt z. B. K. H. Sohn in den „Gewerkschaftlichen Monatsschriften“ Nr. 5/1961 (S. 258) „Mitbestimmung als Aufgabe“:

„... deutlich werden die Hintergründe der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen aus der Entschlie-

von ihren eigenen Positionen den ökonomischen und politischen Forderungen um Einfluß und Erweiterung ihres Einflusses in Wirtschaft und Staat ringt. Darum kann es auch nie einen Stillstand in den Fragen des Mitbestimmungsrechts geben. Schon die Wahrnehmung von Rechten, sei es als Betriebsrat, Vertreter der Arbeiter im Aufsichtsrat oder als Arbeitsdirektor ist nur sinnvoll, wenn diese Wahrnehmung als Kampfaufgabe genommen wird. Der Erfolg dieser Vertreter der Arbeiter wird in erster Linie von der Aktivität, der Mobilisierung der Belegschaften abhängen. Die Durchsetzung der Mitbestimmung ist darum ein stetes Kräftemessen zwischen der Arbeiterklasse, ihren Gewerkschaften und den Konzernen mit ihrem Staat. Es ist darum auch richtig, wenn ununterbrochen ein Kampf um die Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften geführt wird.

Diese Forderung findet in der Arbeiterschaft ein breites Echo. Die Erfahrungen der Arbeiter, der Gewerkschaftsfunktionäre mit der Praxis der Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb durch den Betriebsrat, im Aufsichtsrat und Vorstand der Unternehmungen zeigen die ganze Beschränktheit der bestehenden Formen der Mitbestimmung, die praktisch darauf hinauslaufen sollen, den Rahmen der Gewerkschaftsarbeit einzugehen und die Gewerkschaften zu einem „Ordnungsfaktor“ im staatsmonopolistischen System der Bundesrepublik zu degradieren. Viele Gewerkschafter erkennen bereits, daß diese Einengung durchstoßen werden muß, indem nicht nur ein echtes Mitbestimmungsrecht im Einzelbetrieb und in den Konzernen, sondern auch auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Lebens bis in die Wirtschaftspolitik der Regierung durchgesetzt werden muß.

Bung zum Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte in der Wirtschaft ersichtlich, die auf der 2. Interzonenkonferenz in Hannover verabschiedet wurde. Danach kann das Wohl der Werktätigen, die Sicherung des Friedens, die Freiheit der Persönlichkeit und die Demokratie nur dann gesichert werden, wenn der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft auf demokratischer Basis durch wirksamen, unmittelbaren Einfluß der Gewerkschaften und Betriebsräte erfolgt. Zwei Weltkriege haben den Beweis erbracht, daß die zum Kriege treibende Kraft in Deutschland in der Zusammenballung der Kapitalmächte in Monopolen, Kartellen, Konzernen und Trusts und in dem Missbrauch der wirtschaftlichen Vormachtstellung zu suchen ist.“

<sup>4)</sup> Ebenda, S. 159

Auf dieser gesamtdeutschen Gewerkschaftskonferenz wurde beschlossen, eine solche Mitbestimmung zu erkämpfen, die das einseitige Herrenrecht in den Betrieben und auch in der Wirtschaft beseitigt. In einer Entschließung wurde gefordert, 1. das paritätische Mitbestimmungsrecht in allen Zweigen der Wirtschaft; 2. die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Produktion, der Kalkulation, Kontrolle und Warenverteilung und 3. die demokratische, d. h. paritätische Mitarbeit der Gewerkschaften in allen Institutionen und Organen der Wirtschaft.

Auf der 5. Interzonenkonferenz vom 7. bis 9. August 1947 in Badenweiler wurde in „Richtlinien“ über die Rolle der Betriebsräte festgestellt:

„Die Betriebsräte als Organe der Be-

### Mitbestimmung und der Standort der

Diese Grundsätze der Interzonenkonferenzen für das Mitbestimmungsrecht sind auch heute noch voll gültig und sollten im Zusammenhang mit der Vorbereitung des außerordentlichen DGB-Kongresses in Erinnerung gerufen werden.

Wie sehr der Geist dieser demokratischen, antimonopolistischen Auffassung von dem Mitbestimmungsrecht auch heute noch lebendig ist, zeigt u. a. ein Artikel von Gerhard Leminsky zur Diskussion des Grundsatzprogramm-Entwurfs des DGB in der vorher erwähnten Zeitschrift, „Das Mitbestimmungsgespräch“, Heft 9/1962, S. 128:

„Zur Verhinderung politischer Macht- ausübung durch einzelne Unternehmen und zur sinnvollen Verwendung der Produktionsfaktoren dient die volkswirtschaftliche Planung. Zur Demokratisierung der Unternehmen ist die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer unerlässlich, die zugleich in den Unternehmen auf eine gemeinwohlgerechte Wirtschaftsführung hinwirken kann, wodurch die Planung erleichtert wird. Da jedoch gewisse Unternehmen sehr groß und damit mächtig sind, genügt es nicht, sie nur der Mitbestimmung und Planung zu unterwerfen; hier ist die Vergesellschaftung erforderlich; würde man diese unterlassen, so könnte sich ein großer Bereich der Wirtschaft der Demokratisierung entziehen und Planung und Mitbestimmung damit weitgehend unwirksam machen. Damit wird deutlich, daß alle drei Forderungen als ‚Troika‘ in einem unauflöslichen Zusammenhang gesehen werden und in ihrem Zusammenwirken die formale politische Demokratie durch eine Demokratisierung der Wirtschaft ergänzen.“

Hans Seidel unterstreicht diesen Gedanken als „gesellschaftspolitische“

legschaften sind wichtige Funktionäre der Gewerkschaften in der Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen und des sozialen und wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts der Arbeiter, Beamten und Angestellten in den Betrieben . . .“

Jetzt, mehr als 15 Jahre nach diesen Beschlüssen, müssen die Arbeiter, besonders die Gewerkschafter erkennen, daß diese richtigen Gewerkschaftsaufgaben in der DDR nicht nur voll verwirklicht wurden, sondern darüber hinaus die Arbeiter zu den Herren in den Betrieben geworden sind, aber in der Bundesrepublik bis jetzt diese Aufgaben nicht durchgesetzt werden konnten. Im Gegenteil, die Willkürherrschaft der Monopole ist unumschränkter denn je.

### Gewerkschaften in der Bundesrepublik

Zielsetzung der Gewerkschaften im gleichen Heft wie oben: . . . Wirtschaftsplana-  
nung, Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und Demo-  
kratisierung der Wirtschaft“.

Es ist offensichtlich, daß sich sowohl Leminsky wie auch Seidel auf die wirtschaftspolitischen Grundsätze des DGB von 1949 stützen, in denen es u. a. heißt:

„Grundsatzforderungen: I) eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigen Bedarfs sichert.

II) Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.

III) Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.“

Also auch hier die „Troika“: „Volkswirtschaftsplanung“, „Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum“ und „Mitbestimmung der Arbeitnehmer“. In dieser „Troika“ sind in der Tat demokratische Kampfforderungen der Arbeiter enthalten, deren Durchsetzung die Willkürherrschaft der Monopole einschränken, der Arbeiterklasse wachsenden Einfluß auf die Wirtschaft und die Politik der Bundesrepublik sichern würde.

Eine Mitbestimmung der Arbeiterschaft in diesem Sinn würde die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik nicht total

ändern, aber doch innerhalb dieser Ordnung demokratische Elemente wirksam machen. Es würden die Kräfte wachsen und Einfluß gewinnen, die auch auf wirtschaftlichem Gebiet Reformen durchsetzen können.

Diese bei vielen Gewerkschaftern lebendigen Gedanken, Vorstellungen und

Forderungen zur Mitbestimmung können den Standort der Gewerkschaften in der Wirklichkeit der Klassengesellschaft der Bundesrepublik richtig festlegen helfen, den Gewerkschaften eine klare Zukunft weisen, eine demokratische Zielsetzung geben und so die Schwung- und Tatkraft der Gewerkschaften erhöhen.

### Konkrete Kampfforderungen für das Mitbestimmungsrecht

Jeder Kampf für das Mitbestimmungsrecht beginnt mit der Erhaltung und Festigung der Gewerkschaften als selbständige Organisation der Arbeiterschaft. Darum ist die Verteidigung und Wirmsammachung der demokratischen Rechte, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, die erste Bedingung für einen weiteren Fortschritt der Mitbestimmung.

„Der Weg zu echter Mitbestimmung führt über den entschiedenen Kampf gegen das Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz, für die freie Betätigung der Gewerkschaften, für die politische Meinungsfreiheit der Arbeiter und Angestellten in Betrieben und Verwaltungen. Die Arbeiter dürfen keinerlei Einengung der Rechte ihrer gewählten betrieblichen Vertreter, der Vertrauensleute, der Betriebsräte, Personalratsmitglieder und Jugendvertreter dulden. Ihnen muß das Recht zustehen, in allen die Arbeiterinteressen betreffenden Fragen uneingeschränkt tätig zu sein, sie müssen durch einen besonderen Kündigungsschutz gegen Repressalien gesichert werden.“ (Entwurf der Programmativen Erklärung der KPD, S. 20.)

Bereits im Jahre 1952 hatte die Fraktion der KPD im Bundestag gegen das Betriebsverfassungsgesetz einen eigenen Entwurf eingebracht, in dem sie Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte forderte, die dem Standpunkt der Gewerkschaften entsprachen.

Die Mitbestimmung der Arbeiter ist keine Frage der fernen Zukunft. Die Betriebsräte als die gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten sind heute die wichtigsten Organe einer Mitbestimmung im Betrieb. Ihre Hauptaufgabe ist die Vertretung der Interessen der Arbeiter. Im Handbuch für Vertrauensleute, herausgegeben vom Vorstand der IG Metall, heißt es auf Seite 101 dazu:

„Mitbestimmung bedeutet, daß der Arbeitgeber zur Durchführung bestimmter betrieblicher Maßnahmen einer mit diesen Maßnahmen übereinstimmenden Willenserklärung des Betriebsrats bedarf. Ohne die Zustimmung des Betriebsrats kann der Arbeitgeber nicht handeln. Das Mitbestimmungsrecht beinhaltet aber auch Initiativ- oder Antragsrechte, d. h. der Betriebsrat kann

in Angelegenheiten, die der Mitbestimmung unterliegen, Maßnahmen beim Arbeitgeber beantragen. Der Arbeitgeber muß verhandeln.“

Mit Hilfe der Kraft der Gewerkschaften und durch die Aktivität der Belegschaften müssen alle schon bestehenden Möglichkeiten der Ein- und Mitwirkung der Betriebsräte ausgenutzt werden. Daraüber hinaus gilt es den Kampf zu führen, damit die Betriebsräte das Recht der Mitbestimmung in allen Fragen der Produktion, des Lohnes, der Arbeitszeit, der Sozial- und Urlaubsangelegenheiten, bei Festlegung der Investitionen, Dividenden und Abschreibungen erhalten.

In den Gewerkschaften wird zu recht die Forderung nach paritätisch besetzten Wirtschaftsausschüssen auf regionaler Ebene und im Bundesmaßstab erhoben. Dazu kommt, daß jetzt bereits die Möglichkeit besteht, in den Großbetrieben solche Wirtschaftsausschüsse zu bilden. Solche Wirtschaftsausschüsse haben dann einen Wert, wenn diese als Foren benutzt werden, um die Forderungen der Arbeiter nach einer neuen Wirtschaftspolitik zu vertreten. Im Kampf für eine Wirtschaftspolitik, die den friedlichen Interessen der Bevölkerung der Bundesrepublik dient, die nationalen Interessen ganz Deutschlands berücksichtigt und einen allseitigen internationalen Handel ohne Embargo und Diskriminierungen anstrebt können die Arbeiter aber auch die anderen werktätigen Schichten des Volkes mobilisieren und für einen demokratischen Neubeginn in der Bundesrepublik wirksam machen.

Es ist vom Standpunkt der politischen Strategie durchaus richtig, daß der Kampf um das Mitbestimmungsrecht nach Schwerpunkten geführt wird. So forderte die IG Metall bereits auf dem 8. Gewerkschaftstag zur Aktienrechtsreform und Mitbestimmung:

1. Für Mammutunternehmen mit mehr als 20 000 Arbeitnehmern — ohne Rücksicht auf die Rechtsformen in denen sie heute betrieben werden — muß zwingend vorgeschrieben werden, daß sie nur ~~ist~~ einer Unternehmensverfassung betrieben werden dürfen, in der die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Organen der Verwaltung garantiert ist. Insbesondere müssen die Ar-

teilnehmer in der Hauptversammlung vertreten sein. Diese Unternehmen bedürfen wegen ihrer gemeinwirtschaftlichen Bedeutung und ihrer Machtstellung der öffentlichen und demokratischen Kontrolle.

2. Auf Großunternehmen -- ohne Rücksicht auf den Wirtschaftszweig -- muß das qualifizierte Mitbestimmungsrecht nach dem Mitbestimmungsgesetz Eisen und Kohle angewandt werden.

3. Die Feststellung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes sowie die Gewinnverteilung darf nur unter der Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch ihre Vertretung im Aufsichtsrat erfolgen.

4. Die Bestimmung des §15. Mitbestimmungsgesetz vom 7. August 1956, nach der die Vertreter der Anteilseigner in den Aufsichtsräten von beherrschenden Holding- oder Dachgesellschaften allein über die Auflösung, Verschmelzung oder Umwandlung der abhängigen Unternehmen beschließen, ist zu beseitigen, um einer Konzentration wirtschaftlicher Macht entgegenzuwirken und weil diese Bestimmung dem Grundgedanken der Mitbestimmung widerspricht."

Das sind Forderungen, die durchaus geeignet sind, mit der Kraft der ganzen Arbeiterklasse die Macht der Monopole zurückzudrängen und einen demokratischen Einfluß der Gewerkschaften auf die Wirtschaft in der Bundesrepublik durchzusetzen. Die Gewerkschafter sollten aber immer vor Augen haben, daß

die obigen Forderungen nur dann positiv für Ihre Interessen wirksam werden können, wenn die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, der Gewerkschaften und ihrer Vertrauensleute im Betrieb durchgesetzt und entwickelt werden.

Es wäre natürlich naiv zu glauben, daß der Bundestag solchen Forderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften nachkommen würde, ohne daß die Gewerkschaft die organisierte Kampfkraft der ganzen Klasse mobilisiert. Von dem bestehenden Bundestag solche Erwartungen zu hegen, ist völlig undiskutabel. Darum haben viele Gewerkschafter bereits überlegt, wie durch Aktionen außerhalb des Parlaments die Mitbestimmung durchgesetzt und erweitert werden kann. Otto Brenner schlägt vor, diesen Kampf auch auf Tarifvertrags ebene auszutragen. Das ist ein richtiger und guter Gedanke. Im direkten Kampf der Arbeiter und Gewerkschaften mit den Monopolen um Mitbestimmung wird das Wesen der Sache noch klarer. Mitbestimmung ist kein formales Recht auf bestimmte Funktionen, obwohl auch das dazu gehört, sondern drückt die Kraft und Macht der Arbeiterklasse aus, auf das Wirtschaftsgeschehen Einfluß zu nehmen. Das Ausmaß der Mitbestimmung wird immer dem Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit und dem Kampfeinsatz der Arbeiter für ihre Forderungen entsprechen. Mitbestimmung ist nicht das Resultat von Harmonie und Gemeinsamkeit zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern kann nur das Ergebnis eines harten, entschlossenen Klassenkampfes sein.

### Demokratie, friedliche Koexistenz und demokratische Mitbestimmung der Arbeiterklasse

In den Gewerkschaften wird der Standpunkt vertreten, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ein Bestandteil des demokratischen und sozialen Rechtsstaates sein muß, wie ihn das Grundgesetz fordert. Gewerkschafter weisen nach, daß formale politische Demokratie wirkungslos bleibt, wenn auf dem Gebiet der Wirtschaft und in den Betrieben die Monopolkapitalisten uneingeschränkt herrschen, die Arbeiter ausbeuten und rechtlos machen. Andererseits ist es ebenso richtig, daß der Kampf um wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeiter zurückgeworfen wird, wenn es den herrschenden Kreisen gelingt, die demokratischen Rechte des Volkes überhaupt weiter einzuschränken und mit Hilfe der Notstandsgesetze ganz aufzuheben. Darum sind auch die Arbeiter, Bürger und Bauern gemeinsam daran interessiert, daß die Rechte für das Volk erhalten und wirksam gemacht werden müssen, wie es

richtig im Aufruf des Bundesvorstandes des DGB zu den Betriebsratswahlen heißt. Die Gewerkschafter haben viele Erfahrungen. Schon einmal — 1933 — wurden ihre Organisationen mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes zerschlagen und an ihre Stelle trat die faschistische Arbeitsfront.

Was anderes als das Hitlersche Ermächtigungsgesetz sind die Notstandsgesetze, die jetzt im Bundestag durchgesetzt werden? Es gibt nur diese richtige Schlußfolgerung aus den Erfahrungen der Geschichte: Die Gewerkschaften müssen das Banner der Demokratie festhalten, im entschlossenen Kampf die Notstandsgesetze zu Fall bringen und das bestehende Grundgesetz verteidigen. Die Gewerkschaften sind stark genug, diese wahrhaft historische Aufgabe zu lösen und einen demokratischen Entwicklungsweg in die Zukunft zu öffnen. Die demokratische Mitbestimmung der Arbeiter

in Wirtschaft und Staat ist eine Garantie gegen Diktaturgelüste und Terrorpläne der Monopolherren.

Es gibt noch einen übergeordneten Gesichtspunkt, der die demokratische Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Funktionäre zwingend notwendig macht. Das ist der Zwang zu einer Politik der friedlichen Koexistenz. Die deutschen Monopolherren haben ein Wirtschafts- und Militärpotential aufgerichtet, wie sie es nie in der Geschichte hatten. Sie wollen skrupellos und heimtückisch über EWG, NATO und Sonderbündnisse mit de Gaulle ihre Wirtschafts- und Militärmacht einsetzen, um erneut Eroberungen zu machen, Grenzen zu revidieren, ihre Macht auszudehnen und andere Völker sich dienstbar machen. Diese aggressive Politik ist eine tödliche Gefahr für die Bundesrepublik. Das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben muß gegen die Rüstungen gerichtet sein, das Mitbestimmungsrecht auf überbetrieblicher Ebene die modernen gewaltigen Produktivkräfte in friedliche Bahnen lenken. Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften im Staat könnte aber der Kriegspolitik der Militaristen endgültig einen Riegel vorschieben. Die Gewerkschaften sind ihrer ganzen Tradition nach und nach ihrer Rolle als Interessenvertreter der Arbeiter wahrhafte Friedensorganisationen. Je mehr Einfluß sie in Wirtschaft und Staat haben, umso mehr ist auch von der Bundesrepublik

aus der Frieden gesichert. Die Gewerkschaften haben, gestützt auf die ganze Arbeiterschaft, die Kraft, zu garantieren, daß nie wieder vom deutschen Boden ein Krieg ausgeht. Also auch um des Friedens willen gebührt der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften großer Einfluß auf Wirtschaft und Staat.

Die Politik der friedlichen Koexistenz und das demokratische Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sind zwei Seiten einer Sache, die sich wechselseitig bedingen. Einzig und allein die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung und besonders eine Politik der friedlichen Koexistenz zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik schaffen jene objektiven Bedingungen, die es der Arbeiterklasse ermöglichen, den demokratischen Entwicklungsweg für den gesellschaftlichen Fortschritt erfolgreich zu gehen. Es ist für jeden einleuchtend, daß unter den Bedingungen einer klerikalen Militärdiktatur, die als Gefahr in der Bundesrepublik droht, Demokratie und gesellschaftlicher Fortschritt zu Boden geworfen werden. Darum gilt der Satz: Die friedliche Koexistenz — das erste Lebensgesetz unserer Zeit — erfordert eine kräftige, lebendige Demokratie, die sich am besten entwickelt durch das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

## Zum Außerordentlichen DGB-Kongreß:

### Im Grundsatzprogramm des DGB

#### Standort und Forderungen der Arbeiterklasse festlegen

von HEIN FINK und HELMUT PETZOLD

Am 21. und 22. November 1963 tritt in Düsseldorf der Außerordentliche Kongreß des DGB zusammen. Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist die Verabschiedung eines überarbeiteten Grundsatzprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der 6. Ordentliche Kongreß des DGB, der Ende Oktober 1962 in Hannover stattfand, hatte die Annahme neuer Grundsätze vertagt, da einerseits nur die Entwürfe der wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Grundsätze vorlagen und eine notwendige Präambel fehlte und andererseits auf Grund der späten Veröffentlichung die Entwürfe nicht in der Mitgliedschaft diskutiert werden konnten.

Die Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses sind für alle Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik Grundlage und Aus-

gangspunkt für eine selbständige Politik der Arbeiterklasse, auf denen das einheitliche Handeln im Kampf für soziale Forderungen der Gewerkschaften, für die friedlichen und demokratischen Interessen des Volkes möglich ist. (Vgl. „Wissen und Tat“, Heft 1/2 1963, S. 30). Die Beschlüsse für Frieden und Abrüstung, für die Verteidigung der Demokratie, gegen die Notstandsgesetze, für die Fortsetzung der aktiven Lohnpolitik haben bei den 6,4 Millionen Mitgliedern und darüber hinaus in der Arbeiterschaft ein großes Echo gefunden. In Hunderten von Erklärungen und Resolutionen, in Forderungen nach unmittelbarer Verwirklichung dieser Beschlüsse und in ersten Aktionen kommt der Wille der Millionen Gewerkschafter zum Ausdruck, es nicht nur bei den richtigen Beschlüssen

zu belassen, sondern jetzt die Kraft für ihre Durchsetzung, besonders des Antinotstandsbeschlusses, in die Waagschale zu werfen.

Mit den Beschlüssen von Hannover hat das Monopolkapital und die Regierung Adenauer eine Niederlage erlitten. Sie wollten mit Hilfe rechter SPD- und DGB-Führer wie Wehner, Brandt und Erler, Leber und Richter, die Gewerkschaften auf den bankrotten, aber gefährlichen Kurs der atomaren Kriegsvorbereitung gleichschalten, analog dem Godesberger Programm der SPD eine Politik der Gemeinsamkeit mit den Monopolen erreichen und die Gewerkschaften zu einem "Ordnungsfaktor" des gegenwärtigen Bonner Regimes degradieren. Wenn auch die Pläne des aggressiven Monopolkapi-

tals und der militaristischen Scharfmacher in Hannover vereitelt werden konnten, so ist doch die Gefahr der Gleichschaltung der Gewerkschaften keineswegs überwunden. Verstärkte Aktivität ist erforderlich, um durch vielfältige Kampfaktionen die guten Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses zu verwirklichen. Das ist auch die beste Voraussetzung, damit in Düsseldorf kein Programm der Gleichschaltung, sondern ein gewerkschaftliches Grundsatzprogramm der Arbeiterklasse beschlossen wird. Die Beschlüsse von Hannover geben eine gute Ausgangsbasis, um im Grundsatzprogramm die Stellung der Gewerkschaften als der umfassendsten Klassenorganisation der Arbeiter zu umreißen und festzulegen.

### Bilanz und Schlussfolgerungen

Laut der Funktionärzeitschrift des DGB „Die Quelle“ Nr. 2/1963 (S. 63), soll die Präambel des Grundsatzprogrammes „die großen Aufgaben und Ziele einer grundsätzlichen Gewerkschaftspolitik unter den gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zusammenfassen“. Bevor wir dazu Stellung nehmen, scheint es uns notwendig, eine kurze Bilanz über die Erfüllung des Münchener Grundsatzprogramms des DGB zu ziehen und Lehren für ein überarbeitetes Grundsatzprogramm herauszuarbeiten.

Der gewerkschaftliche Kampf um soziale Verbesserung hat für die Arbeiterklasse Erfolge gebracht. Durch Kampfentschlossenheit, Streiks und andere Aktionen konnten höhere Löhne, verkürzte Arbeitszeit, verlängerten Urlaub, Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfall errungen und andere Forderungen verwirklicht werden. Vor allen Dingen hat die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik den Kampf zu Gunsten der Arbeiter wesentlich beeinflußt. Die langanhaltende Konjunktur und die damit verbundene Arbeitsmarktsituation hat den Kampf ebenfalls erleichtert.

Trotz dieser Erfolge hat sich die Ausbeutung der Arbeiter verschärft. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen ist ständig zurückgegangen, während sich der Profitanteil beachtlich erhöhte. Es ist jedoch nicht gelungen, das im Kampf für soziale Forderungen vorhandene gemeinsame Handeln auch in den großen politischen Grundfragen herzustellen. Solche Forderungen des Münchener Grundsatzprogramms wie die Demokratisierung der Wirtschaft, echte Mitbestimmung und die Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum sind nicht verwirklicht. Mehr noch: das Monopolkapital konnte seine Macht festigen. Heute, 14

Jahre nach der Annahme der Münchener Grundsätze des DGB, mußte der 6. DGB-Kongress feststellen:

„Die wachsende Konzentration der wirtschaftlichen Macht gefährdet im Inneren die Demokratie und nach außen den Frieden. Ihr unheilvoller Einfluß auf die Sozial-, Innen- und Außenpolitik macht sich immer stärker bemerkbar. Um diesen Bestrebungen entgegenzuwirken, ist der Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel erforderlich.“

Diese gegen das Monopolkapital, den Gegner der Arbeiterklasse gerichtete Schlussfolgerung, ist umso dringlicher, da das Machtstreben einer Handvoll Milliardäre in Deutschland schon einmal zur Liquidierung der Demokratie, zum Hitlerfaschismus und zum Weltkrieg geführt hat. Die gleichen Monopolherren und Militaristen streben heute nach der Atombombe, bereiten einen Revanchekrieg vor und wollen wie damals, mit einer Notstandsdiktatur die Demokratie vollends beseitigen und die Gewerkschaften an die Kette legen. Zieht man Bilanz, so muß man heute die Feststellung von Köping in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ 9/1962 unterstreichen, daß wir nach wie vor in einer Klassengesellschaft leben, und der Einfluß der Arbeiterklasse, die 75 Prozent der Bevölkerung ausmacht, auf die Politik in der Bundesrepublik gering ist. Und richtig stellte auch Fritz Strothmann, auf dem 7. Gewerkschaftstag der IG Metall vergangenen Jahres in Essen fest: „Der Kapitalismus mag in seinen Methoden Wandlungen durchgemacht und noch durchmachen, seine Motive bleiben immer dieselben, weil seine Zwecke unverändert sind.“

Während in der Deutschen Demokratischen Republik die vereinigte Arbeiterklasse nach 1945 den Kapitalismus be-

seitigt und die Macht in ihre Hände genommen hat, ist in der Bundesrepublik der monopolistische Kapitalismus immer stärker zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hinübergewachsen. Wenige Finanzmagnaten greifen mit Hilfe des von ihnen beherrschten Staates unmittelbar in das ganze Wirtschaftsleben ein und haben die gesamte politische und ökonomische Macht in ihren Händen.

Angesichts der in den vergangenen Jahren vollzogenen Festigung der Macht des Monopolkapitals in Staat und Wirtschaft sind die in München 1949 beschlossenen Grundsätze des DGB heute aktueller denn je. Der Beirat der IG Chemie, Papier, Keramik hat daher die richtige Schlußfolgerung gezogen, indem er im Hinblick auf den bevorstehenden Außerordentlichen Bundeskongress des DGB im März des Jahres beschloß:

„Der Beirat ist nach wie vor der Auffassung, daß keine Veranlassung vorliege, das Münchener Grundsatzprogramm des DGB — abgesehen von notwendigen Modifikationen — grundsätzlich zu verändern. Er ist der Meinung, daß es eine „unverzichtbare Aufgabe“ der Gewerkschaftsbewegung sei, die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Ordnung konstruktiv zu verändern.“ („Welt der Arbeit“, Nr. 11/1963 vom 15. 3. 1963)

Eine ähnliche Auffassung vertritt auch Dieter Schneider in der „Quelle“ 3/1963, er schreibt,

„daß die 1949 im Münchener Grundsatzprogramm aufgestellten Forderungen angesichts der Entwicklung der letzten zwölf Jahre ihre Gültigkeit be halten haben. Es geht also, wie Otto

### Den Frieden durch friedliche Koexistenz sichern

Ein grundlegendes Klasseninteresse der Arbeiterschaft und aller Volkskräfte ist die Erhaltung des Friedens und die Völkerverständigung. Dem werktätigen Volk bringt ein Krieg nur Not und Elend, Tod und Vernichtung. Diese bittere Erfahrung mußte die Arbeiterklasse und das ganze Volk in diesem Jahrhundert in zwei von den deutschen Militaristen und Imperialisten angezettelten Weltkriegen machen. Heute schicken sich das aggressive deutsche Monopolkapital und die Militaristen ein drittes Mal an, unser Volk in einen Krieg zu stürzen. Sie wollen sich nicht damit abfinden, daß die Arbeiterklasse auf einem Drittel der Erde für immer ihre Macht gebrochen und die Ausbeutung beseitigt hat. Sie wollen den von den Arbeitern und Bauern regierten ersten deutschen Friedensstaat, die DDR, mit Waffengewalt beseitigen, um dort wieder die Herrschaft der großen Monopole, Banken und Groß-

Brenner einmal formuliert hat, nicht um eine Verwässerung, sondern um eine Verbesserung der in München beschlossenen Grundsätze.“

Die geforderte „Verbesserung“ oder „Modifikation“ kann jedoch nur so verstanden werden, daß im Vergleich zu 1949 heute weit größere und unmittelbarer Gefahren für die Erhaltung des Friedens und für die Demokratie vorhanden sind. Deshalb sollten die überarbeiteten Grundsätze von einem klaren Klassenstandpunkt der Arbeiter ausgehen und Maßnahmen festlegen, die der Arbeiterklasse einen wachsenden Einfluß im gesamtstaatlichen Leben sichern.

Es gilt also auf der Basis der Münchener Grundsätze und der Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses eine von den Monopolen unabhängige, selbständige Arbeiterpolitik zu entwickeln. In den Grundsätzen muß die große Verantwortung der Gewerkschaften als der umfassendsten Organisation der Arbeiterklasse, die sie für die Erhaltung des Friedens, für die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie hat, klar herausgearbeitet werden. In Übereinstimmung mit vielen Gewerkschaftsfunktionären wird über die grundsätzliche Rolle der Gewerkschaften in der Bundesrepublik im Entwurf der Programmativen Erklärung der KPD gesagt:

„Die Gewerkschaften sind berufen, konsequent für die sozialen und politischen Rechte des werktätigen Volkes einzustehen und den Einfluß der Arbeiterklasse im gesamten wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Leben gemäß ihrer Bedeutung und ihrem Gewicht im Leben der Nation zur Geltung zu bringen.“ (Seite 18)

grundbesitzer zu errichten. Sie wollen die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren und stellen als einzige Regierung in Europa territoriale Forderungen. Deshalb ihr Streben nach Atombomben um jeden Preis; deshalb von Jahr zu Jahr größere Milliardenbeträge für die Aufrüstung auf Kosten des werktätigen Volkes; deshalb Notstandsgesetze, um jegliche Demokratie im Innern zu zerstören; deshalb ihr wütender Antikommunismus, ihr Haß gegen die DDR, die SED und den FDGB, weil dort nicht sie, sondern die Arbeiterklasse die Macht ausübt.

Entsprechend dem Friedenswillen der großen Mehrheit unserer Bevölkerung hat sich der 6. DGB-Kongress für den Kampf um die Erhaltung des Friedens ausgesprochen. Er wandte sich gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen, forderte eine Belebung der Aus-

schüsse „Kampf dem Atomtod“ und verlangte eine eigene westdeutsche Abrüstungsinitiative. Die Delegierten appellierte an alle verantwortungsbewußten Staatsmänner der Welt, „kein Mittel unversucht zu lassen, um die bestehenden Differenzen auf friedlichem Wege zu lösen“. (Siehe Erklärung des DGB-Kongresses zur Weltlage).

Das ist ein Bekenntnis zum friedlichen Nebeneinanderbestehen der Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern, zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO. Muß nicht diese Erkenntnis auch in Deutschland Anwendung finden? Den Frieden zu retten, erfordert die Verständigung, vernünftige Beziehungen, friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten. Davon ließen sich die Delegierten der Verwaltungsstelle der IG Metall Rheinhausen leiten, als sie in einem Antrag an den 7. Gewerkschaftstag der IG Metall forderten:

„Es müssen die zwischen beiden Teilen Deutschlands bestehenden Spannungen gemindert und beseitigt werden. Dazu ist erforderlich, daß zwischen den Regierungen beider Teile Deutschlands Kontakte hergestellt werden, die offizielle Verhandlungen einleiten mit dem Ziel, Vereinbarungen zu treffen, über den gemeinsamen Verzicht auf die Produktion, Beschaffung und Lagerung nuklearer Waffen, Abbau der bewaffneten Streitkräfte beider Teile Deutschlands, Ausbau des innerdeutschen Handels und dergleichen.“ (Antrag Nr. 54 an den 7. Gewerkschaftstag der IG Metall).

Auch der sozialdemokratische Publizist Lindemann hat sich in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ Nr. 3/1963, gegen „die Ausgeburt der Hallstein-Doktrin“ gewandt. Er verlangte, ähnlich wie der englische Labour-Führer Wilson, eine faktische Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik und die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten.

Diese Vorschläge stimmen überein mit den Vorschlägen der DDR, die von Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten gemacht wurden. Die im 7-Punkte-Programm enthaltenen Vorschläge für Verhandlungen über solche Fragen wie: Respektierung der Existenz beider Staaten, Anerkennung der Grenzen, Verzicht auf Atomwaffen und Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Regierungen, entsprechen auch dem Willen der Arbeiterklasse und der gesamten friedliebenden Bevölkerung der Bundesrepublik.

Eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen von Regierungsverhandlungen ist es, daß sich die Arbeiter und ihre Organisationen in beiden deutschen Staaten verständigen, daß die Verständigungsangebote der DDR und des FDGB an die Gewerkschaften der Bundesrepublik positiv beantwortet werden. Wenn auch noch viele Vorbehalte vorhanden sind, muß doch im Interesse des Friedens in dem überarbeiteten Grundsatzprogramm des DGB festgelegt werden, daß sich die Gewerkschaften für normale, korrekte und anständige Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einsetzen. Die Gespräche zwischen den Gewerkschaftern und ihren Leitungen der beiden deutschen Staaten werden auch mithelfen, den von den Monopolen geschürten und von manchen Gewerkschaftsfunktionären nachgebetenen Antikommunismus zu überwinden. Wenn die Arbeiter, die Gewerkschaften in der DDR und der Bundesrepublik zusammenstehen und gemeinsam handeln, wird es in Deutschland keinen Krieg geben.

Es ist natürlich, daß die Gewerkschaften in einem Grundsatzprogramm für die Völkerverständigung und internationale Solidarität der Werktätigen eintreten. Internationale Vereinbarungen der Monopolherren wie die EWG oder gar der Kriegspakt Adenauer-de Gaulle haben mit Völkerverständigung nichts zu tun.

In seinem Grundsatzprogramm sollte der DGB diese Art von Verschwörungen der Monopole gegen die Völker Europas und gegen den Frieden nicht nur ablehnen, sondern zum Kampf um die Verhinderung solcher Kriegspakte auffordern. Der Allianz westeuropäischer Monopole in der EWG gilt es die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder entgegenzusetzen. Die Solidarität der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften mit den kämpfenden Arbeitern in den EWG-Ländern wie z. B. während des großen französischen Bergarbeiterstreiks, der mit einem großen Erfolg endete, sind gute Ansätze auf diesem Weg. In einem Grundsatzprogramm des DGB müßte auch für die Zusammenarbeit aller europäischen Gewerkschaften, ob sie dem IBFG, dem WGB oder der christlichen Gewerkschaftsinternationale angehören, eingetreten werden.

Dem NATO-Kurs der atomaren Kriegsvorbereitung gilt es die demokratische Alternative der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte für Verständigung und friedliche Verhandlungen entgegen zu setzen. Das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften

wird auch die Regierungen der EWG-Länder zwingen, friedlichen Handel mit allen europäischen Völkern zu betreiben

und alle einschränkenden Maßnahmen, wie z. B. das Röhrenembargo in der Bundesrepublik, zu verhindern.

## Kampf um demokratische Rechte und mehr Mitbestimmung

Damit die Gewerkschaften, als die stärkste organisierte Friedenskraft, in der Bundesrepublik verhindern, daß die Rüstungsindustriellen und ewigen Revanchisten ihre Pläne verwirklichen und eine Politik des Friedens, der Entspannung und der friedlichen Koexistenz durchsetzen, ist der Schutz und die Sicherung der im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte unerlässlich. Der Kampf um den Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit bildet eine untrennbare Einheit. Völlig zu Recht stellt Lindemann in seinem schon zitierten Artikel der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ 3/1963 fest, daß die „Rüstung unsere Wirtschaft ruinieren, unsere ohnehin so schwer gefährdete Demokratie untergraben“ wird. Zur Begründung führte Lindemann an: „Ein Blick auf die Notstandsgesetze der Regierung genügt.“

Um ihre Rüstungspolitik, ihr Macht- und Profitstreben verstärkt fortzusetzen, sind die großen Monopole und die Bonner Regierung jetzt zu neuen Angriffen auf den Lebensstandard und die sozialen Lebensrechte des werktätigen Volkes übergegangen. Sie wollen mit den Notstandsgesetzen das Streik- und Koalitionsrecht beseitigen, eine Lohnpause erzwingen, das Tarifrecht einschränken und die Krankenversicherung radikal verschlechtern.

Angesichts dieses neuerlichen Angriffs des Monopolkapitals und der Bundesregierung auf die Arbeiterklasse und die Lebensinteressen des ganzen Volkes erfordert ein überarbeitetes Grundsatzprogramm des DGB nicht nur ein Bekenntnis zur Verteidigung der Demokratie, der Rechte und Freiheiten des Volkes, sondern auch Maßnahmen, daß künftig in Wirtschaft und Staat die Monopole und ihre Regierung nicht mehr unbeschränkt herrschen können.

Daher ist die auf dem 6. DGB-Kongreß erneut erhobene Forderung nach mehr Mitbestimmung so bedeutungsvoll. Mehr Mitbestimmung kann nur im Kampf gegen das dem Grundgesetz widersprechende Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz erkämpft werden. Das demokratische Recht auf freie Betätigung der Gewerkschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute in den Betrieben ist eine Voraussetzung, damit die Gewerkschaften und ihre Vertreter in allen Fragen der Produktion, der Lohn- und Arbeitszeitfragen, bei der Festlegung der Investitionen, Dividenden, Abschreibun-

gen usw. das volle Recht der Mitbestimmung wahrnehmen können. Um die Wirtschaftspolitik der Regierung, die gegenwärtig ausschließlich den Monopolen dient, zu ändern und einen immer größeren Einfluß der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft zu sichern, wären das erste Schritte. Die Gewerkschaften fordern jedoch darüber hinaus, daß die Mitbestimmung auch auf überbetrieblicher Ebene wirksam wird. Mit Recht wird in Gewerkschaftspublikationen der Entwurf der wirtschaftspolitischen Grundsätze kritisiert:

„Gerade dieser Abschnitt (über Mitbestimmung d. V.) ist im Entwurf völlig unzureichend formuliert. Politische Demokratie und Demokratie im Wirtschaftsleben gehören nach unserer Meinung zusammen... Der Arbeitnehmer muß... auch am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft mitbestimmen.“ („Die Quelle“ 2/1963, S. 64).

Wirksame Einschränkung der Macht der Monopole erfordert, wie der stellvertretende Vorsitzende des DGB Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Bundestagsabgeordneter der SPD, Michels, im März 1963 in Essen sagte, die 1949 aufgestellten Forderungen der Gewerkschaften — die auch heute noch gelten — durchzusetzen. Er erwartet vom Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB, daß „Wege aufgezeigt werden, die zur Verwirklichung der Forderungen führen, einschließlich der Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum“. („Neue Ruhr-Zeitung“, Essen, Nr. 59 vom 9. 3. 1963)

Neben der IG Bergbau und Energie hat auch die IG Chemie, Papier, Keramik, „die Überführung der Schlüsselindustrien und anderer macht- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum“ in diesen Tagen erneut gefordert. Wir teilen die Meinung vieler Gewerkschaftsfunktionäre, daß die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum in dem ersten Entwurf der wirtschaftspolitischen Grundsätze nicht als eins unter zahlreichen Mitteln der „wirtschaftlichen Kontrolle“ an letzter Stelle steht, sondern, wie im Münchener Grundsatzprogramm, wegen der besonderen Bedeutung als eine Hauptfrage des Grundsatzprogramms in einem besonderen Abschnitt hervorgehoben wird.

Zugleich müßte gefordert werden, daß die in Gemeineigentum überführten Mo-

nopolbetriebe demokratisch verwaltet und die Gewerkschaften entscheidend an der Leitung und Kontrolle dieser Betriebe beteiligt werden. Der Kampf um mehr Mitbestimmung, die Überführung

der Schlüsselindustrie sind demokratische Aufgaben, von deren Erfüllung es abhängen wird, wie es der Arbeiterklasse gelingt, die Macht der Monopole und Militaristen einzuschränken.

## Arbeitereinheit — Garant für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Grundsätze

Die hier dargelegten Klassenforderungen für ein überarbeitetes Grundsatzprogramm des DGB wären unvollkommen, wenn nicht zugleich die Kräfte aufgezeigt würden, die es verwirklichen können. Nur die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten, den Bauern, Handwerkern und der Intelligenz vermag den Monopolen Paroli zu bieten und die Forderungen zu verwirklichen. Sie muß jedoch einheitlich handeln. Die KPD sagt im Entwurf ihrer Programmatischen Erklärung:

„Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist die wichtigste Voraussetzung des Erfolges der demokratischen Kräfte, die Voraussetzung jeder ernsthaften Veränderung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu Gunsten des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts.“ (S. 16)

Das Hauptfeld der Entwicklung der Aktionseinheit, der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, Parteilosen und christlichen Arbeitern sind die Gewerkschaften, sagte Genosse Max Reimann auf der 22. ZK-Tagung.

„Die Einheitsgewerkschaft ist“ — wie Kollege Kummernuß auf dem 6. DGB-Kongress erklärte — „geboren in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Und wir waren uns darüber klar, daß das alles nicht mehr kommen darf.“

Die gewerkschaftliche Einheit ist eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse; ihre Erhaltung und Festigung sollte in dem Grundsatzprogramm gegen alle Spaltungsversuche einen hervorragenden Platz einnehmen. Heute ist die gewerkschaftliche Einheit in Gefahr. Die Monopole wollen im Interesse ihrer gefährlichen Politik die Gewerkschaften spalten und stützen sich dabei auf rechte SPD-Führer wie Wehner und Brandt und DGB-Führer wie Leber. Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, Leber sabotiert den Mehrheitsbeschuß des 6. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze, hat mit dem Tarifvertrag der IG Bau, Steine, Erden die aktive Lohnpolitik über Bord geworfen und ist dem Verlangen Adenauers und der Unternehmerverbände nachgekommen, bereits tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen auszusetzen. Leber macht mit den Monopolherren, den Repräsentanten

des Bonner Staates und Militär-Bischöfen gemeinsame Sache gegen die Arbeiter und gegen die gewerkschaftlichen Beschlüsse. Auf einer Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche am 21. März leitete er einen neuen Angriff gegen die Arbeiterklasse ein. Unter dem Deckmantel einer sogenannten Berufshilfestiftung versuchte man, die Arbeiter und die Gewerkschaften für die Gleichschaltungspläne zu ködern. Bundespräsident Lübke und Leber verkündeten übereinstimmend, daß nicht mehr Kampf gegen die Ausbeutung, Teuerung und Kriegsvorbereitung, Erhaltung der demokratischen Rechte die Aufgaben der Gewerkschaften seien. Zusammenarbeit mit den Monopolen und dem Adenauer-Staat gegen den Kommunismus — so lautet die Parole.

In Wahrheit kann es zwischen Monopolen und Arbeiterklasse, Ausbeutern und Ausgebeuteten, Hitlernägern und friedlicher Bevölkerung keine Gemeinsamkeit geben. Wie können auch die Arbeiter, die auf einem Drittel des Erdballs und auch in der DDR die Macht inne haben und die Ausbeutung beseitigten, die ein Bollwerk des Friedens darstellen, die Feinde der Arbeiter in der Bundesrepublik sein? Das Gegenteil ist der Fall: die DDR und das gesamte sozialistische Lager sind die mächtigsten Verbündeten der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte in der Bundesrepublik. Wenn es auch heute noch vielen nicht bewußt ist, die konsequente Friedenspolitik, die Rechte und Errungenschaften der DDR sind die besten Helfer der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in der Bundesrepublik.

Unter der Flagge des Antikommunismus, mit der schon einmal im Jahre 1933 die Gewerkschaften zerschlagen wurden und unser Volk in den bisher grausamsten aller Kriege gestürzt wurde, wollen die Monopole und mit ihnen Wehner und Leber erneut die Gewerkschaften in ein Anhängsel und in einen „Ordnungsfaktor“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandeln. Es ist höchste Wachsamkeit geboten, um auf dem Außerordentlichen DGB-Kongress die gewerkschaftsschädigende und die Gewerkschaftseinheit untergrabenden Machenschaften Lebers zu vereiteln. Daß die übergroße Mehrheit der Gewerkschafter die von Leber praktizierte

Gleichschaltungspolitik ablehnt, zeigen die zahlreichen Beschlüsse von Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen der IG Bau, Steine, Erden, die die Durchsetzung des Anti-Notstandsbeschlusses des DGB verlangen und damit Lebers gewerkschaftsschädigendes Verhalten mißbilligen. Auch die Vorstände der drei größten Gewerkschaften des DGB, die IG Metall, die ÖTV und die IG Chemie, Papier, Keramik, die 3,5 Millionen Mitglieder vertreten, haben sich von Lebers Gleichschaltungskurs distanziert.

Es gilt, mit allen Kräften die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik gegenüber den Absichten der CDU und auch rechter SPD-Führer zu verteidigen. Die Bildung organisierter Fraktionen unter zentraler Leitung stehen im Widerspruch zu dem richtigen Grundgedanken, daß die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik auf einheitlicher Basis unabhängig von der jeweiligen politischen und weltanschaulichen Auffassung am wirksamsten ist.

Nicht Gemeinsamkeit mit den Mono-

polherren und Hitler-Generalen, sondern die Arbeitereinheit gegen die Herren der IG Farben und Deutschen Bank, die Adenauer, Lübke und Globke, Foertsch und Heusinger, erfordern die Interessen und die historische Mission der Arbeiterklasse. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Gewerkschaften wird — so wie vor 40 Jahren der Kapp-Putsch zerschlagen wurde —, auch heute den Sieg davontragen. Wozu eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse fähig ist, zeigte der einmütige Streik der französischen Bergarbeiter, der von der gesamten Arbeiterklasse unterstützt wurde. In gleicher Weise muß jetzt der Lohnkampf der IG Metall unterstützt werden. Die Arbeitereinheit in der Bundesrepublik ist die sicherste Voraussetzung, die volksfeindlichen Kriegspläne der Monopole zu Fall zu bringen und dafür zu sorgen, daß künftig die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten den Kurs der Politik bestimmen.

### Was ist zu tun?

Der DGB hat aufgerufen, jetzt mit den Diskussionen über ein Grundsatzprogramm zu beginnen. In der „Quelle“ Nr. 2/1963 heißt es:

„Als Grundlage für unsere Diskussionen stehen uns die Vorschläge des Bundesvorstandes an den 6. Bundeskongreß, die ergänzenden Vorschläge der Antragskommission, der Gewerkschaften und der DGB-Organe zur Verfügung. (Der Entwurf der Präambel soll im Mai veröffentlicht werden d. V.) Ein neues Grundsatzprogramm wird die Arbeit des DGB auf lange Zeit bestimmen. Es ist deshalb notwendig, daß die Diskussion nicht auf einige führende Funktionäre beschränkt bleibt; es gilt eine möglichst große Zahl von Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben einzubeziehen.“

In den Diskussionen sollte eine ideologische Klärung über die Klassenposition der Gewerkschaften erfolgen und Vorschläge für eine unabhängige Arbeiterpolitik entwickelt werden. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Monopolen und sogenannte Klassenharmonien, wie sie Leber betreibt, gilt es entschieden zu verurteilen. Jede Gewerkschaftsversammlung, Schulung, Delegiertenkonferenz und besonders die bevorstehenden Gewerkschaftstage der IG Bau, Steine, Erden, IG Chemie, Papier, Keramik, IG Textil, Bekleidung, IG Bergbau und Energie und der Postgewerkschaft sollten genutzt werden, um aus der Ver-

gangenheit Lehren zu ziehen und in einer großen Aussprache dem Willen der Mitglieder kund zu tun. Es sollten antimonopolistische Forderungen für ein Gewerkschaftsprogramm entwickelt werden, das den Kampf für Frieden, Koexistenz für die Erhaltung der Demokratie und mehr Mitbestimmung, für soziale Sicherheit zum Inhalt hat. Es wird notwendig sein, den 425 Delegierten — es sind die gleichen wie zum 6. DGB-Kongreß — den Willen der Mitglieder für ein Grundsatzprogramm der Arbeiterklasse sichtbar zu machen. Die große Aussprache über eine neue Politik, die der Verantwortung der Gewerkschaften gerecht wird, müßte sich nicht nur in zahlreichen Anträgen an den Außerordentlichen Bundeskongreß, sondern auch in den Zeitungen und Zeitschriften der Arbeiterklasse widerspiegeln. Je umfassender die Diskussion, um so eher wird es möglich sein, in Düsseldorf auf dem Außerordentlichen DGB-Kongreß ein gutes Grundsatzprogramm zu schaffen, das den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses und den Grundsätzen von München entspricht.

In noch stärkerem Maße werden die notwendigen Aktionen der Gewerkschaften zur Durchsetzung der Hannoverschen Beschlüsse, besonders zur Verhinderung der Notstandsgesetze und der Krankenkassenreform, für die Fortsetzung der aktiven Lohnpolitik, den Inhalt des Grundsatzprogrammes positiv beeinflussen.

## Zu einigen Fragen des Kampfes um Demokratie

Anfang dieses Jahres führte die Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ eine theoretische Konferenz über „Kommunisten und Demokratie“ durch. Wir veröffentlichten im folgenden den Diskussionsbeitrag des Genossen Max Schäfer, Mitglied des Politischen Büros des ZK der KPD zum 1. Thema: „Der Kampf für Demokratie in den kapitalistischen Ländern.“

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Auftrage des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands möchte ich für die Einberufung und für die Einladung zu dieser theoretischen Konferenz danken. Wir erwarten von dieser Konferenz Anregungen für unseren Kampf und die Lösung unserer aktuellen Aufgaben in Westdeutschland, in deren Mittelpunkt der Kampf für die Verteidigung der Demokratie und die Sicherung des Friedens gegen die aggressive Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus steht.

Die Lage in Westdeutschland ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß einerseits die 5. Regierung Adenauer ihre aggressive Politik nach außen und innen noch verschärft, zur Durchsetzung ihrer Politik der atomaren Aufrüstung mit Hilfe sogenannter Notstandsgesetze die, noch vorhandenen demokratischen Rechte des Volkes beseitigen will und im zunehmenden Maße faschistische Regierungsmethoden anwendet andererseits sich aber eine breite Bewegung zur Verteidigung der Demokratie entwickelt.

Ausdruck dieser Bewegung in der Arbeiterklasse sind die Beschlüsse des VI. Kongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Verteidigung der demokratischen Rechte und gegen die Notstandsgesetze.

Die rechte Führung der SPD und die rechten Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes wollten, daß der VI. Bundeskongreß des DGB in ähnlicher Weise wie der Kölner Parteitag der SPD den Notstandsgesetzen prinzipiell zustimmt. Stattdessen faßte der Bundeskongreß einen Beschuß, in dem jedes Notstandsgesetz abgelehnt wird, weil diese „Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schwächen“. Treffender noch begründete der 1. Vorsitzende der IG Metall, der stärksten Gewerkschaft in Westdeutschland mit über 1,9 Millionen Mitgliedern, die Ablehnung der Notstandsgesetze mit den Worten: „Es ist die

totale Erfassung der Bevölkerung für einen totalen Krieg, auf den man sich allem Anschein nach vorbereitet.“ Gleichfalls sagte Brenner: „Unsere Ablehnung aller Notstandspläne ist der beste positive Beitrag zur Erhaltung der Demokratie.“

Ein weiterer Ausdruck dieser breiten Bewegung ist die Reaktion der Öffentlichkeit auf das Vorgehen gegen den „Spiegel“, die Protestaktionen aus allen Bevölkerungsschichten, insbesondere aber der Intelligenz, einer großen Zahl von Hochschulprofessoren, der Studenten usw. Die Entlassung eines der ärgsten Schriftsteller, des Kriegsministers Strauß, aus der Regierung, ist ein Ergebnis dieser Massenbewegung.

### I.

In Westdeutschland ist der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Militarisierung und dem Abbau der demokratischen Rechte, dem Entstehen einer neuen faschistischen Gefahr besonders deutlich. Als 1949 auf Grund der „Londoner Empfehlungen“ der imperialistischen Besatzungsmächte, der USA, Englands und Frankreichs die Bundesrepublik geschaffen und damit Deutschland staatlich gespalten wurde, war dieses der entscheidende Schritt zur Restaurierung der Macht des Monopolkapitals in Westdeutschland. Gleichzeitig aber mußten im Grundgesetz infolge der internationalen Lage, der demokratischen Umwälzung im Osten Deutschlands und ihrer Wirkung auf die Bevölkerung Westdeutschlands, eine Reihe demokratischer Bestimmungen aufgenommen werden, die den Forderungen der Menschen in Westdeutschland in einigen Punkten entgegenkamen.

Wir mußten in der damaligen Zeit dieses Grundgesetz ablehnen, denn jede andere Haltung wäre Zustimmung zur Spaltung Deutschlands und zur Wiederherstellung der Macht der Monopole in Westdeutschland gewesen. Aber gleichzeitig kämpfte die KPD für die Erhaltung und Erweiterung der im Grundgesetz enthaltenen demokratischen Rechte des Volkes.

Mit der Schaffung des separaten westdeutschen Staates, der Wiederherstellung der ökonomischen und politischen Macht des deutschen Monopolkapitals mit Hilfe des USA-Imperialismus begann ein stürmischer Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Heute ist die Kapital- und Machtzentralisation der Monopole größer als zur Zeit des Hitlerfaschismus. Gab es z. B. in Hitler-

Deutschland 1938 5518 Aktiengesellschaften, so in Westdeutschland 1962 = 2368. Das gesamte Aktienkapital betrug 1938 = 18,7 Milliarden Mark, 1962 dagegen aber 36,1 Milliarden Mark, d. h., daß das Durchschnittskapital je Gesellschaft von 3,8 Millionen Mark 1938 auf 15,3 Millionen Mark 1962 angewachsen ist. Noch stärker zeigt sich diese Konzentration und Zentralisation aber im Anwachsen der Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von über 100 Millionen Mark. Diese hatten 1938 einen Kapital-Anteil von 25,8 Prozent, 1962 dagegen einen solchen Anteil von 53 Prozent. Untersucht man die Eigentumsverhältnisse der Aktiengesellschaften Westdeutschlands, so ergibt sich, daß heute eine Gruppe von 200 Großaktionären über 85 Prozent des Aktienkapitals verfügt.

Dieses Wachstum der Macht der großen Monopole und die Wiederaufrüstung Westdeutschlands führten zur Verstärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Mit den Adenauer-Regierungen übt und übt die aggressivste Gruppe des Großkapitals unmittelbar ihre Macht aus. Sie bestimmt die Außen- und Innenpolitik. Sie benutzt die Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik zu ihrer unmittelbaren Bereicherung auf Kosten aller anderen Bevölkerungsschichten und zur Ruinierung der Bauern, der Mittelschichten und auch der Klein- und Mittelbourgeoisie. Es ist bekannt, daß der Beherrcher der Deutschen Bank und der Nachfolgegesellschaften der IG Farben-Industrie, Hermann Abs, seit Bestehen des westdeutschen Staates zu den unmittelbaren Ratgebern Adenauers gehört. Es sind gerade die an der Atom- und Raketenrüstung am stärksten interessierten Monopole der Chemie- und Elektro-Industrie und der vom Flick-Konzern und den USA-Monopolen beherrschten Fahrzeugindustrie, die den stärksten Einfluß ausüben.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verstärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Militarisierung der Bundesrepublik wurden die demokratischen Rechte des Volkes abgebaut.

Der Abbau der demokratischen Rechte und die Aushöhlung der demokratischen Institutionen genügt den aggressiven Monopolen in Westdeutschland heute nicht mehr. Um ihre Politik der Atomkriegsvorbereitung weiterführen zu können, müssen sie das Grundgesetz selbst zerreißen. Durch die Notstandsgesetze sollen alle demokratischen Rechte der Bürger aufgehoben, das Parlament durch einen Notstandsausschuß ersetzt, die Arbeiter dienstverpflichtet, Polizel und Militär gegen Streiks der Arbeiter ein-

gesetzt werden können. Das schafft eine neue Lage und zwingt die KPD, sich in die erste Reihe des Kampfes für die Verteidigung des Grundgesetzes zu stellen.

## II.

Der erste Großangriff auf die im Grundgesetz enthaltenen Grundrechte der Bürger beginnt mit den Anfängen der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. 1950 bot Adenauer den amerikanischen Imperialisten die Aufstellung deutscher Truppenkontingente als Speerspitze gegen das sozialistische Lager an. In der Bevölkerung stieß dieses auf große Ablehnung. Es entwickelte sich die „ohne uns“-Bewegung und die Bewegung für die Durchführung einer „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages“.

Zur Brechung des Volkswiderstandes gegen die Remilitarisierung wurde die politische Strafjustiz in der Bundesrepublik mit dem sogenannten Blitzgesetz 1951 geschaffen. Der „Spiegel“ schreibt über dieses Gesetz in seiner Nummer 1 vom Jahre 1963: „Unter der bis dahin unbekannten Sammelbezeichnung Staatsgefährdung statteten sie die Gerichte mit einem Katalog von Paragraphen aus, deren Dehnbarkeit und deren scharfe Strafdrohungen speziell auf die Situation des kalten Krieges zugeschnitten waren.“

Die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus aufgehobenen Hochverratsbestimmungen wurden wieder eingeführt. In dem Abschnitt Landesverrat wurden die Bestimmungen der Hitlerfaschisten aus dem Jahre 1934 übernommen. Die Bestimmungen über Staatsgefährdung erinnern in vielen Passagen an die faschistischen Heimtückegegesetze, mit dem die Hitlerfaschisten jede Äußerung, die sich gegen ihre Politik richtete, verfolgten. Gleichzeitig wurden wieder wie in der Nazizeit politische Strafkammern als Sonderkammern an den Landes-, Oberlandes- und am Bundesgerichtshof eingerichtet.

In welchem Ausmaß diese politische Gesinnungsjustiz noch vor dem Verbot der KPD zur Anwendung gebracht wurde, mag man daran ermessen, daß schon im Jahre 1953 allein nach dem Paragraphen 90 a, der die Gründung und Förderung sogenannter verfassungsverräterischer Vereinigungen unter Strafe stellt, 1336 westdeutsche Bürger verurteilt wurden. Die Bundesanwaltschaft gibt an, daß bis zum Jahre 1960 durch sie in über 14 000 Fällen Ermittlungsverfahren gegen Staatschutzdelikte eingeleitet wurden. Das zeigt aber noch nicht das ganze Ausmaß, da die Bundesanwaltschaft nur die bedeutendsten Fälle übernimmt, während die Hauptmasse der Verfolgten durch die

Staatsanwaltschaften bei den politischen Strafkammern der Landesgerichte eingeleitet werden. So erklärte z. B. der frühere nordrhein-westfälische Innenminister Duhues, daß die politische Strafjustiz in Nordrhein-Westfalen allein im Jahre 1961 gegen mehr als 1400 Personen Ermittlungs- bzw. Strafverfahren eingeleitet hat. Durch Auswertung ihrer eigenen umfangreichen Erfahrungen kommen darum die im „Initiativausschuß für Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen“ tätigen Juristen zu der Feststellung, daß seit dem Jahre 1951 bis Ende 1961 von der politischen Sonderstrafjustiz zwischen 150 000 bis 200 000 Verfahren durchgeführt worden sind.

Dieser Zusammenhang zwischen der Remilitarisierung und dem Abbau der demokratischen Rechte geht auch daraus hervor, daß das Verbot der KPD zeitlich mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland zusammenfiel.

Der Abbau der demokratischen Rechte in Westdeutschland ging unter Aufrechterhaltung formaler demokratischer Formen vor sich. Das Adenauer-Regime unternahm die größten Anstrengungen, um in den Augen der internationalen und deutschen Öffentlichkeit den Eindruck eines parlamentarischen Regimes und der bürgerlichen Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten. Und doch zeigt die Entwicklung in Westdeutschland, wie mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Militarisierung die bürgerlich-demokratischen Institutionen ausgehöhlt und beseitigt werden.

Schon das Grundgesetz der Bundesrepublik enthält Beschränkungen für eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie. Zum Beispiel ist die Möglichkeit des Parlaments, den Bundeskanzler zu stürzen, durch das sogenannte konstruktive Mißtrauensvotum eingeengt und kann das Parlament keinem Minister das Vertrauen entziehen. Mit der Verstärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus aber nahmen die Maßnahmen zu, die politische Einflußnahme der Bürger auf die Stimmabgabe bei Wahlen zu beschränken, die Rechte des Parlaments weiter einzuziehen und auch das Wahlrecht zu verschlechtern. Ich weise hier auf die 5-Prozent-Klausel hin, die das Entstehen von neuen Parteien behindern soll. Oder auf die Verhinderung der Kandidatur früherer Mitglieder der KPD durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen bei den Bundestagswahlen 1961, obwohl diese alle Bedingungen des Wahlgesetzes erfüllten; auf das Verbot von Listen zu Gemeindewahlen mit der Begründung, sie seien eine Ersatzorganisation der verbotenen KPD.

Jahrelang gelang es den herrschenden Kräften Westdeutschlands, in der Bevölkerung den Eindruck aufrechtzuerhalten, daß sich die politische Strafjustiz ausschließlich gegen Kommunisten richte. Das Vorgehen gegen den „Spiegel“ zeigte aber nun Millionen Menschen, daß die Verfolgung der Kommunisten, die Verfolgung von Anhängern der Friedensbewegung, der Gegner der Atombewaffnung oder der NATO, aller Gegner der Adenauer-Politik einleitete.

Zur Unterdrückung der Opposition dient auch die Methode des politischen Rufnords und der Diffamierung. Alle Gegner der Politik der atomaren Ausrüstung werden als „mit Kommunisten im Bund stehend“ bezeichnet. Ihnen wird vorgeworfen, kommunistische Auffassungen zu vertreten oder ihnen zu nützen.

Der Rechtsanwalt Heinrich Hannover schreibt dazu in seiner Broschüre „Politische Diffamierung der Opposition“: der Vorwurf, den Kommunisten zu nutzen, „enthält im Hinblick darauf, daß alle kommunistischen Organisationen einschließlich der KPD in der Bundesrepublik als verfassungsfeindlich verboten sind, die Verdächtigung, sich staatsfeindlichen Verhaltens schuldig gemacht zu haben“. In diesem Sinne wird auch das Verbot der Bildung von „Ersatzorganisationen“ der verbotenen Partei ausgenutzt, um strafrechtlich gegen jede unbekannte Gruppierung vorzugehen.

Natürlich kann die herrschende aggressive Gruppe des Monopolkapitals in Westdeutschland ihr terroristisches Regime nicht in der alten Form des Hitler-Faschismus wieder errichten. Das ist nicht möglich, da sich das Kräfteverhältnis in der Welt verändert hat und weil es die Deutsche Demokratische Republik gibt, die mit ihrer Existenz, mit den Erfolgen ihrer Politik und ihrem Aufbau immer stärker nach Westdeutschland ausstrahlt. Auch ist der Hitlerfaschismus zu sehr in der Bevölkerung diskreditiert.

Aber man darf nicht unterschätzen, daß die Beherrschende Westdeutschlands sich einen Polizei- und Spitzelapparat aufgebaut haben, der zahlenmäßig den Apparat der Hitlerfaschisten noch übertrifft. Jedoch — auch das zeigt die Veränderung der Lage — hat dieser Apparat nicht wie Hitler, große Massenorganisationen zur Verfügung und stößt er heute auf die Ablehnung der Bevölkerung, was den Kampf unserer Partei außerordentlich erleichtert.

Die Gefahr des Neofaschismus ist auch deshalb so groß, weil die Schergen des Hitlerregimes in allen Kommandostellen des westdeutschen Staates sitzen. Die Justiz wird von den Blutrichtern Hitlers beherrscht, Gestapoleute sitzen in den führenden Stellen der westdeutschen

Polizei und der Geheimdienste, Hitler-Offiziere in den Kommandostellen der Wehrmacht. Chauvinismus, Revanchismus, Völkerverhaß und antikommunistische Hetze sind wie bei Hitler und Goebbels Hauptmittel der ideologischen Kriegsvorbereitung. In der politischen Justiz wird immer mehr nach Nazi-Theorie und -Praxis gehandelt. Die Hitler-Juristen, wie z. B. Freisler, begründeten die „Rechtslehre“, daß nicht die Tat, sondern der Wille des Täters ausschlaggebend sei, der Mord, der „dem Führer“ dient, sei kein Mord, sondern „nationale Tat“. Danach handelt heute wieder die politische Gesinnungsjustiz. So wurde der Gewerkschaftsfunktionär Willi Gerns, Vorsitzender des gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörpers eines Betriebes in Hannover, wegen eines Streiks gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung, der von dem gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörper beschlossen wurde, zu Gefängnis verurteilt, mit der Begründung, er habe als Kommunist diesen Streik organisiert. Der Streik selbst sei zwar nicht verfassungsfeindlich, so heißt es im Urteil, aber er habe ihn mit dem Willen organisiert, dadurch den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden.

### III.

Was für die innere Entwicklung in der Bundesrepublik in der Vergangenheit der schrittweise Abbau der demokratischen Rechte bei formaler Gültigkeit des Grundgesetzes typisch, so wollen die deutschen Imperialisten und Militaristen sich jetzt mit den Notstandsgesetzen die Möglichkeit schaffen, auch das Grundgesetz selbst außer Kraft zu setzen und eine offene militaristisch-klerikale Diktatur zu errichten.

**Zusammen mit dem Wachsen der Volksbewegung für die Verteidigung der Demokratie schafft dies eine neue Lage und veranlaßt unsere Partei, die Verteidigung des Grundgesetzes und der Demokratie heute als Hebel für die Lösung auch aller anderen Fragen zu betrachten. Die neue Lage ist weitgehend in der Wirkung der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf Westdeutschland begründet.**

1. Die „Politik der Stärke“ war auf der Spekulation aufgebaut, mit dem Anschluß der Bundesrepublik an den NATO-Block, mit der maßlosen atomaren Aufrüstung das militärische Übergewicht über die sozialistischen Staaten zu erringen. Damit sollte die imperialistische Herrschaft auf die DDR ausgedehnt, die Oder-Neiße-Grenze revidiert werden.

Aber nicht der Imperialismus, sondern das sozialistische Weltsystem ist von Jahr zu Jahr stärker geworden. Spätestens der

13. August 1961 hat sichtbar gemacht, daß die Pläne, die DDR und die Sowjetunion „zur Kapitulation zu zwingen“, angesichts des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt und in Deutschland keinerlei Chance haben. Darum wächst in der Bevölkerung bis in Kreise der Großbourgeoisie hinein die Forderung nach einer Änderung der Außenpolitik der Bundesrepublik.

2. Die Ereignisse im karibischen Raum haben vielen Menschen gezeigt, wie groß die Gefahr des Atomkrieges ist und daß die Sowjetunion den Frieden will. Die Politik der friedlichen Koexistenz und damit die Ablehnung der atomaren Aufrüstung gewinnen an Boden.

3. Die Adenauer-Partei gründete ihren Masseneinfluß weitgehend auf die langanhaltende Nachkriegskonjunktur, und die damit in den werktätigen Massen mit Hilfe der rechten Führer der SPD geschaffenen Illusionen. Nun verstärkt sich aber auch in Westdeutschland die Labilität der kapitalistischen Wirtschaft. Der Konkurrenzkampf verschärft sich, die Wachstumsraten gehen zurück, die Produktionskapazitäten ganzer Industriezweige sind nicht mehr ausgenutzt.

Konnte die Arbeiterklasse die langanhaltende Konjunktur zur Erkämpfung eines höheren Lebensstandards ausnutzen, so verschärft sich nun der Angriff des Monopolkapitals auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital nimmt zu. Gleichzeitig verschärft sich damit der Kampf um die Rechte der Arbeiter in den Betrieben und um die gewerkschaftlichen Rechte.

4. Jahrelang war das deutsche Monopolkapital Nutznießer des Wettrüstens. Sein Eindringen in die Märkte seiner englischen, französischen und amerikanischen Konkurrenten wurde damit erleichtert. Heute hat die Aufrüstung Westdeutschlands ein solches Ausmaß angenommen, daß erstmalig der Haushaltsplan mit einem großen Defizit abschließt und neue Massensteuern erhoben werden sollen. Das wirkt sich auch zur Verstärkung des Kampfes gegen die Atomrüstung, für Abrüstung aus.

5. Die EWG-Politik führt zur Ruinierung des weitaus größten Teils der westdeutschen Bauern. Ein von dem westdeutschen Landwirtschaftsministerium eingesetztes Expertengremium kam zu der Schlußfolgerung, daß von den 1,3 Millionen Bauernhöfen in Westdeutschland 800 000 aufgegeben werden müssen, was in wachsendem Maße zu Protestaktionen der westdeutschen Bauern führt.

Der Widerstand in allen Volksschichten gegen die Politik des aggressivsten Teils der Monopole zeigt die Möglichkeit der Entwicklung einer breiten antimonopolistischen Front, wir sagen, einer natio-

nalen Koalition aller Volkskräfte, für die Verteidigung des Grundgesetzes und der demokratischen Rechte, für die Erhaltung des Friedens und für die ökonomischen Interessen der Volksmassen.

In dem Entwurf einer Programmati- schen Erklärung, auf dessen Grundlage wir unseren Parteitag vorbereiten, sagen wir, daß der nächste Schritt der Bewe- gung in Westdeutschland darin besteht, den Frieden zu erhalten, die demokrati- schen Volksrechte zu verteidigen, die friedliche Koexistenz und die Verständi- gung der beiden deutschen Staaten zu erkämpfen. Im Kampf um Frieden und Demokratie werden sich die Volksmassen zusammenschließen, sammeln sie Erfah- rungen, erkennen sie ihren Feind, erhöht sich ihr Bewußtsein, werden die anti- monopolistischen Kräfte ihren Einfluß auf das gesamte politische und gesell- schaftliche Leben erweitern. Das ist die Vorbereitung für jede weitergehende demokratische Zielsetzung. Der Kampf um Frieden und Demokratie ist unab- dingbarer Bestandteil, notwendige Vor- aussetzung für den erfolgreichen Kampf um die sozialistische Umwälzung in der Bundesrepublik.

#### IV.

Die Verteidigung des Grundgesetzes, der Kampf für die Erhaltung und Erwei- terung der demokratischen Rechte schafft uns neue Möglichkeiten für die Herstel- lung der Aktionseinheit der Arbeiter- klasse. Es gibt eine Gruppe sozialdemo- kratischer Führer, die wütende Antikom- munisten und Verteidiger des staats- monopolistischen Kapitalismus sind und sich zu Gehilfen der Adenauer-Politik erniedrigt haben. Diese Gruppe be- herrscht zur Zeit die Führung der SPD.

Die Masse der Sozialdemokraten aber bezieht eine reformistische Position. Zu ihnen gehört auch die Mehrheit der Ge- werkschaftsfunktionäre, die der SPD angehören und selbst Führer von Indus- triegewerkschaften, wie z. B. der IG Metall, der stärksten und einfluß- reichsten Gewerkschaft in Westdeutsch- land.

Durch der Einfluß dieser Gewerk- schafter wurden auf dem VI. DGB-Kon- grß die Beschlüsse gegen die Notstands- gesetze für die Verteidigung der demokratischen Rechte des Volkes, gegen die atomare Aufrüstung, für Abrüstung, eine Politik des Friedens und der Ent- spannung, für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse durchgesetzt.

Diese Beschlüsse sind für uns Grundlage und Ausgangspunkt des Kampfes um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, wobei wir vor allem auf Aktionen zur Verwirk- lichung dieser Beschlüsse drängen.

Über die weitere Entwicklung des Kampfes für die Verteidigung und Er- weiterung der Demokratie sagen wir: Die Volksbewegung für die Verteidigung der elementaren demokratischen Rechte und für eine Politik der friedlichen Koexi- stenz wird hinüberwachsen in den Kampf aller demokratischen Kräfte für die Zu- rückdrängung und schließlich die Ent- mächtigung des Militarismus und des Finanzkapitals, für eine vom Volke ge- tragene friedliche und demokratische Ordnung. Die Entwicklung und Stärkung der Arbeitereinheit und der nationalen Koalition der Volkskräfte, der manni- faltige, alle Klassen und Schichten, alle Gebiete des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens erfassende Volks- kampf wird auch zu einer grundlegend veränderten Zusammensetzung und Funk- tion des Parlaments und zu einer dem Volkswillen Rechnung tragenden, sich auf das Volk stützenden Regierung führen.

Auch hier haben wir weitgehende Berührungspunkte mit starken Kräften der Gewerkschaftsbewegung. Der 7. Ge- werkschaftstag der IG Metall im Septem- ber 1962 legte besonderes Gewicht auf die Forderung nach mehr Mitbestimmungs- recht für die Arbeiter und Angestellten. Konkret heißt das: die freie Betätigung der Gewerkschaften in den Betrieben, Ausdehnung des Entlassungsschutzes der Betriebsräte auch für die gewerkschaft- lichen Vertrauensleute, Mitbestimmung in allen Fragen der Investitionen und der Gewinnausschüttung. Keine Entlassung und Einstellung ohne Zustimmung des Betriebsrates usw. Weiter fordert die IG Metall die überbetriebliche Mitbe- stimmung und die Überführung der Grundstoffindustrien und der Energie- wirtschaft in Volkes Hand. Wir stimmen in all diesen Forderungen mit der IG Metall überein. Manche Genossen haben Bedenken, wir würden hiermit reformistische Auffassungen nähren.

Natürlich wird mit diesen Forderungen nicht die Ausbeutung und die kapita- listische Gesellschaftsordnung überwun- den, wie das die Führer und die Mehrheit der Funktionäre der IG Metall und anderer Gewerkschaften glauben. Wir müssen solche falschen Auffassungen richtigstellen, wie wir auch die Konzes- sionen dieser Gewerkschaftsführer an den Antikommunismus kritisieren. Diese Kritik dient der Entwicklung des gemeinsamen Kampfes um die Tagesforderungen wie auch um die weitergehenden Forde- rungen der Werktätigen. Unter den Be- dingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus kann aber jede dieser Forderungen nur im scharfen Klassen- kampf, durch die Mobilisierung der Millio- nenmassen des Volkes verwirklicht werden. Die Durchsetzung dieser Forde- rungen wird die demokratischen Rechte

des Volkes vermehren, die Macht der Monopole einschränken. Die Arbeiterklasse erweist sich in diesem Kampf als wahrhafter Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie. Sicher werden sich im Prozeß dieses Kampfes viele Fragen klären, Illusionen und antikommunistische Einflüsse schwinden. So werden die subjektiven Voraussetzungen im einheitlichen Kampf auch für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt, für den Kampf um den Sozialismus entstehen.

Hierbei ist es notwendig, die besondere Lage in Deutschland, das Bestehen zweier deutscher Staaten, eines monopolkapitalistischen Westdeutschland und der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik in Rechnung zu stellen. Wie jeder Erfolg der DDR im sozialistischen Aufbau nach Westdeutschland ausstrahlt, so wird auch der Kampf der Volksmassen in Westdeutschland um ihre Rechte diese

lehren, dem Beispiel der DDR nachzuifern. Die DDR ist der mächtigste Verbündete der Arbeiterklasse und aller Volkskräfte in Westdeutschland.

Wir betrachten die Entwicklung der Volksbewegung für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte als das entscheidende Kettenglied für die Durchsetzung einer neuen Politik in Westdeutschland. Diese Bewegung ist so bedeutsam, weil von ihren Erfolgen auch der Erfolg der Bewegung für den Frieden abhängt. Gleichzeitig schafft sie die Voraussetzung für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland, denn die Wiedervereinigung Deutschlands ist nur möglich durch die Überwindung des Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland, auf dem Wege der Konföderation zwischen einer friedlichen und demokratischen Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik.

## Dokumente der Arbeiterbewegung:

### Gemeinsamer Kampf gegen den Kriegspakt Bonn—Paris

Am 20. und 21. März 1963 trafen sich Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin zu einem Meinungsaustausch. Die im herzlichen Einvernehmen verlaufene Zusammenkunft wurde mit einer gemeinsamen Erklärung beider Parteien abgeschlossen. „Wissen und Tat“ veröffentlicht nachfolgend diese Erklärung.

#### Erklärung

##### der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Kommunistische Partei Frankreichs und die Kommunistische Partei Deutschlands wenden sich von einer gemeinsamen Beratung an das französische Volk und an die Bevölkerung der Bundesrepublik, um sie zum Kampf gegen den Militärpakt Adenauer-de Gaulle aufzurufen. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für den Frieden und das Leben ihrer Völker, verbunden durch die Ideale des proletarischen Internationalismus und die Gefühle brüderlicher Solidarität, erklären unsere beiden Parteien:

Der von Adenauer und de Gaulle abgeschlossene Vertrag dient nicht der Aussöhnung und Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Volk, sondern beschleunigt das Wettrüsten und die Kriegsvorbereitung. Er verschärft die Spannungen in Europa und erhöht die Kriegsgefahr. Er ist ein Werkzeug der aggressivsten imperialistischen Kräfte, die einen Kreuzzug gegen die sozialistischen Länder planen.

Der Vertrag Adenauer-de Gaulle richtet sich gleichermaßen gegen die friedlichen und nationalen Interessen des

französischen wie des deutschen Volkes. Er stärkt den deutschen Militarismus, der heute wieder zum gefährlichsten Feind des Friedens und der Zusammenarbeit der europäischen Völker geworden ist und der die Sperrspitze des USA-Imperialismus bildet. Der Vertrag zwischen Adenauer und de Gaulle sowie die Pläne einer NATO-Atomstreitmacht erleichtern es den Hitlergeneralen, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen.

Die Allianz Adenauer-de Gaulle verbindet Frankreich mit den Kräften, die als einzige in Europa territoriale Forderungen erheben und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig machen wollen. Sie bedeutet, daß Frankreich zur strategischen Basis der Bundeswehr gemacht wird. Der westdeutschen Bevölkerung bringt der Vertrag Adenauer-de Gaulle die Vertiefung der Spaltung und des Grabens, der die beiden deutschen Staaten voneinander trennt. Er erschwert alle auf Entspannung und Verständigung in Deutschland, auf die Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, auf eine deut-

sche Friedensregelung gerichteten Bemühungen.

Der Vertrag Adenauer-de Gaulle ist ein Bündnis der reaktionärsten Kräfte beider Länder im Kampfe gegen die Demokratie und den sozialen Fortschritt. Adenauer und de Gaulle und die von ihnen repräsentierten Monopole und Rüstungskonzerne sind die Verfechter einer Allianz mit den faschistischen Diktaturen Francos und Salazars. Mit dem Vertrag de Gaulle-Adenauer werden dem arbeitenden Volk in beiden Ländern neue ungeheure Rüstungslasten auferlegt, verschärfen die Regierungen ihre Angriffe auf die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, wird die Offensive des Monopolkapitals gegen den Lebensstandard der Arbeiter und der anderen Werktaatigen verstärkt. Dieser Vertrag und die Zusammenarbeit der westdeutschen und französischen Monopole in der EWG bringen Hundertausende Bauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden wachsende Unsicherheit und die Gefährdung ihrer Existenz.

In allen seinen Aspekten — militärisch, politisch, sozial — ist der Vertrag Adenauer-de Gaulle gegen die Lebensinteressen unserer beiden Völker gerichtet. Er ist ein Bündnis des Krieges gegen den Frieden, der Reaktion gegen den Fortschritt, der Monopole gegen die Völker.

Adenauer und de Gaulle behaupten, daß dieser Vertrag der Aussöhnung und Freundschaft unserer Völker diene. Das ist Heuchelei und Betrug. Die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem französischen Volk kann niemals auf dem Wettrüsten, auf einem Bündnis der Monopole und Militaristen, auf einem Kriegspakt gegen die sozialistischen Länder Europas aufgebaut werden. Diese Freundschaft kann und wird erstehen im gemeinsamen Ringen des französischen Volkes und der westdeutschen Bevölkerung um Frieden und Entspannung, um friedliche Koexistenz und Abrüstung in Europa und in der Welt.

Wir wollen im Interesse des Friedens, im nationalen Interesse unserer beiden Länder handeln. Deshalb widersetzen wir uns dem Pakt Bonn-Paris. Wir wissen, daß wir damit den internationalistischen Traditionen unserer beiden Parteien treu bleiben, daß wir so den Kampf Karl Liebknechts fortsetzen und in dem gleichen Geiste handeln, in dem wir nach dem ersten Weltkrieg gemeinsam gegen die Ruhrbesetzung kämpften.

Vor dreißig Jahren, angesichts der Bedrohung durch den heraufziehenden Hitlerfaschismus, riefen Ernst Thälmann in Paris und Maurice Thorez in Berlin dazu auf, die Kampferneinschaft der

Werktaatigen Frankreichs und Deutschlands zu schmieden. Im gleichen Geiste wollen wir heute, angesichts der neuen Gefahren, die Solidarität der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte unserer beiden Länder festigen.

Statt der Zusammenarbeit in der Herstellung von Raketen, Atombomben und anderen Waffen wollen wir zwischen Frankreich und Westdeutschland und darüber hinaus mit allen anderen Ländern das friedliche Zusammenwirken auf allen Gebieten des geistigen und wirtschaftlichen Lebens entwickeln.

Die Werktaatigen und alle Demokraten unserer beiden Länder verfolgen mit Bewunderung die großen Kämpfe der Bergarbeiter und anderer Teile der französischen Arbeiterklasse für ihre sozialen Forderungen und gegen die Dienstverpflichtungen des Generals de Gaulle. Wir begrüßen die Solidarität, die der kämpfenden französischen Arbeiterklasse in Westdeutschland bezeugt wurde. Wir freuen uns über die Kontakte, die zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten, zwischen Frauen- und Jugendorganisationen unserer beiden Länder angeknüpft werden. Es ist unser Wunsch, daß solche Initiativen weiter ausgebaut und vervielfacht werden. Auf diesem Wege werden die solide Grundlagen für die französisch-deutsche Freundschaft und für den Frieden geschaffen.

Die in Westdeutschland organisierten Ostermarsche gegen die Atomrüstung und der auf Initiative der französischen Friedensbewegung zum 19. Mai nach Paris einberufene Friedenkongreß für Abrüstung sind Ausdruck eines gleichen Willens. Mit ganzer Kraft werden die Kommunisten zum Erfolg dieser großen Manifestationen beitragen. Die Gemeinsamkeit dieser Bestrebungen unserer beiden Völker ist ein bedeutender Friedensfaktor in Europa. Sie muß der Verwirklichung des Paktes Bonn-Paris entgegengesetzt werden.

Die Herstellung friedlicher Verhältnisse in Europa erfordert den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt, die Anerkennung der beiden deutschen Staaten sowie der gegenwärtig bestehenden Grenzen. Der Abschluß eines Nichtangriffsvertrags zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages würde der Sache des Friedens dienen.

Wir geben unserer Überzeugung Ausdruck, daß die Deutsche Demokratische Republik einen bedeutsamen Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa darstellt. Ihre Vorschläge der Vernunft und des guten Willens, in denen der Verzicht beider deutscher Staaten auf

Atomwaffen, ein Rüstungsstop und schließlich die Verminderung ihrer Bewaffnung gefordert wird, sind darauf gerichtet, alle Fragen auf dem Wege der Verhandlungen zu lösen. Das würde die europäische Sicherheit gewährleisten und den Interessen aller Völker entsprechen.

Gemeinsame Aktionen der Werkstätten und der demokratischen Kräfte gegen den gefährlichen Pakt Adenauer-de Gaulle, für eine Zukunft des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts sind unerlässlich. Auf ihrer Beratung vom 4. bis 6. März 1963 in Brüssel haben die kommunistischen Parteien der sechs EWG-Staaten festgestellt, daß heute neue Möglichkeiten zur Erreichung dieser Ziele bestehen. Unsere beiden Parteien begrüßen das Anwachsen der Opposition gegen die friedens- und ent-

spannungsfeindliche Politik Adenauers und de Gaules in den Reihen der Sozialdemokraten und der Gewerkschafter aller Richtungen. Die Kommunisten Frankreichs und Westdeutschlands werden ihre Anstrengungen vervielfachen, um die Aktionseinheit, die allein das Komplott gegen den Frieden vereiteln kann, auf breitesten Basis zu entwickeln.

Wir appellieren an die Arbeiterklasse und an alle demokratischen Kräfte, gegen die Ratifizierung und die Durchführung des Militärpaktes Adenauer-de Gaulle zu kämpfen. Die aktive Solidarität der Arbeiterklasse unserer beiden Länder, der gemeinsame Kampf und die Freundschaft unserer beiden Völker müssen dem Krieg den Weg versperren und zur Sicherung des Friedens beitragen.

### Kommunistische Partei Frankreichs

### Kommunistische Partei Deutschlands

Berlin, 21. März 1963.

## Für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und Demokratie

### Beratung der kommunistischen Parteien der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes

„Wissen und Tat“ veröffentlicht nachstehend die Dokumente der Beratung der sechs kommunistischen Parteien aus den sechs Ländern der EWG.

### Kommuniqué

Vom 4. bis 6. März trafen sich in Brüssel Delegationen der kommunistischen Parteien der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes zu einer Beratung. Die Delegationen standen unter der Leitung der Genossen Jean Blume (Kommunistische Partei Belgiens), Josef Ledwohn (Kommunistische Partei Deutschlands), Raymond Guyot (Kommunistische Partei Frankreichs), Giuliano Pajetta (Kommunistische Partei Italiens), Jean Kill (Kommunistische Partei Luxemburgs) und T. Jager (Kommunistische Partei der Niederlande). An der Beratung nahm Genosse John Campbell als Vertreter der Kommunistischen Partei Großbritanniens teil.

Nach dem einführenden Bericht des Genossen Pierre Joye (Kommunistische Partei Belgiens) haben die Delegationen ihre jeweiligen Informationen und Standpunkte über die Lage in ihren Ländern im Gemeinsamen Markt und über die Probleme, vor denen alle demokratischen und friedliebenden Kräfte durch die Schaffung der Achse Bonn—Paris stehen, ausführlich ausgetauscht.

Die Delegationen haben die Übereinstimmung ihrer Einschätzungen über die gefährliche Lage festgestellt und beschlossen, ihre Kontakte zu vertiefen, um den gemeinsamen Kampf zu verstärken:

— gegen die Politik der Monopole, die aus Westeuropa ein Bollwerk des kalten Krieges und der Reaktion macht;

— für die Umgestaltung ihrer Länder zu einer Kraft des Fortschritts und des Friedens.

Die Delegationen gelangten einmütig zu der Auffassung, daß sich heute neue Möglichkeiten für das gemeinsame Handeln der Kräfte ergeben, die der Achse Bonn—Paris und der internationalen Spannung eine Perspektive des Fortschritts und des Friedens entgegenstellen wollen. Die Delegationen sind übereingekommen, für Initiativen — Kontakte, Aussprachen, gemeinsam vereinbarte Kämpfe usw. — einzutreten, die geeignet sind, das gemeinsame Handeln aller Arbeiter und demokra-

tischen Kräfte — aller politischen, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte — in den kapitalistischen Ländern Europas auf breitesten Grundlage zu entwickeln.

Die sechs Delegationen haben die nachstehend veröffentlichte Erklärung angenommen.

## Erklärung

Millionen Männer und Frauen stellen sich die Frage: Was wird mit Europa geschehen? Auf der Grundlage des Gemeinsamen Marktes ist eine gefährliche Lage entstanden. Die Achse Bonn—Paris verschärft die Kriegsgefahr. Sie ermuntert alle imperialistischen Kreise, die sich gegen die internationale Entspannung stellen. Sie bietet der Expansionspolitik der aggressivsten Kreise Westdeutschlands ein zusätzliches Instrument. Die Anhäufung atomarer Waffen innerhalb der NATO geht weiter. Ihre Verbreitung erhöht die Gefahren einer zuklearen Katastrophe: In einer Welt, die durch das Wettrüsten in ein Pulverfaß verwandelt worden ist, schafft die Allianz de Gaulle—Adenauer einen neuen Zündkörper.

Die Achse Bonn—Paris verstärkt in tragischer Weise die Bedrohung, die von unseren sechs kommunistischen Parteien bereits im Jahre 1959 in einer Gemeinsamen Erklärung gezeigt wurde: Der Gemeinsame Markt, sagten wir vor vier Jahren, führt zu einer Verschärfung der internationalen Spannung, weil er besonders dem deutschen Militarismus seine ganze aggressive Kraft wiedergibt. Die aggressiven und revanchistischen Kräfte des Atlantikpaktes stützen sich in Europa auf den Gemeinsamen Markt; der deutsche Militarismus fordert die Verfügungsgewalt über atomare Waffen, und man bietet ihm diese Waffen an.

„Vor unseren Augen entsteht das Europa der Trusts“, hatten wir 1959 gesagt. Heute stellen breite Kreise des Volkes und der Demokratie fest, daß die kapitalistischen Monopole im Gemeinsamen Markt immer stärker ihren Einfluß geltend machen.

Gefährliche Schritte wurden in Richtung auf die Schaffung einer autoritären Macht im Dienste der internationalen Hochfinanz und der großen Trusts getan. Die nationalen Parlamente, in denen die Souveränität des Volkes ihren Ausdruck finden muß, werden mehr und mehr ihrer Rechte beraubt.

Die Pläne, die auf die Einbeziehung des faschistischen Franco-Spaniens in das atlantische Militärbündnis und in den Gemeinsamen Markt abzielen, unterstreichen die aggressiven und autoritären Tendenzen, die die Völker Europas bedrohen.

Ein untereinander abgesprochener Angriff wird in mehreren Ländern des Gemeinsamen Marktes gegen die Rechte der Arbeiterorganisationen, besonders in den Betrieben, geführt. Eine Offensive gegen das Streikrecht ist im Gange. In Belgien werden Antistreikgesetzentwürfe ausgearbeitet. In Westdeutschland wird über die Notstandsgesetzgebung diskutiert. In Frankreich wird vom Staatsoberhaupt die militärische Dienstverpflichtung gegen die Streikenden dekretiert.

Bemüht, den Erfordernissen des technischen Fortschritts und der Entwicklung der Produktivkräfte nachzukommen, die objektiv zu einer Internationalisierung des wirtschaftlichen Lebens führen, versucht das Monopolkapital, eine vereinte Kampffront gegen die Arbeiterklasse und ein Instrument des kalten Krieges zu schaffen. Wie in den Thesen des Instituts für Weltwirtschaft der UdSSR betont wurde, versuchen die Monopole mit der Bildung des Gemeinsamen Marktes die tiefen Widersprüche des modernen Kapitalismus auf Kosten der Werktätigen zu überwinden.

Die kapitalistischen Monopole haben heute noch mehr als in der Vergangenheit die Ergebnisse der Entwicklung der Produktion, die übrigens ungleichmäßig und unregelmäßig ist, an sich gerissen. Selbst dort, wo die Werktätigen durch ihren Kampf eine Erhöhung ihres Lohnes oder andere Erfolge erreicht haben, sind die Erhöhungen stets hinter der Verschärfung der Arbeitsintensität und der Erhöhung der Produktivität zurückgeblieben. Oft sind die Lohnerhöhungen von den gestiegenen Lebenshaltungskosten mehr als verschlungen worden. Die Trusts versuchen, ihren Druck auf die Lage der Arbeiter auf allen Gebieten zu verschärfen. Millionen westeuropäischer Bauern sind von der Enteignung bedroht. Die Bauern, die natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse, tragen die Kosten der Agrarkrise, die der Gemeinsame Markt noch verschärft.

Der Ruin und die Verdrängung der Handwerker geht weiter. Die Unterordnung der kleinen und mittleren Betriebe unter die Monopole hat in den sechs Ländern zugenommen, sogar auf den Gebieten, auf denen sie sich entwickelt haben.

Alle gesunden Kräfte unserer Nationen stehen vor der Notwendigkeit, für ihre Lebensbedingungen, für ihre Freiheiten, ihre Kultur und ihre Zukunft zu kämpfen.

Der Gemeinsame Markt hat die Versprechungen nicht gehalten, die von seinen ersten Verfechtern gemacht wurden. Er bringt den Völkern weder Sicherheit noch eine Lösung der Konflikte. Ganz im Gegenteil, seine ihm innenwohnenden Gegensätze haben sich verschärft, und er hat zu neuen Widersprüchen geführt: Die Spannungen mit den sozialistischen Ländern wurden aufrechterhalten; gegenüber den neutralen und jungen unabhängigen Nationen wurde im Rahmen eines großangelegten neokolonialistischen Unternehmens Druck ausgeübt; eine erneute Uneinigkeit ist zwischen den atlantischen Mächten hervorgebrochen.

Die Verantwortung der demokratischen Kräfte unserer Länder hat sich erhöht. Die Blicke sind auf die Arbeiterklasse gerichtet, deren nationale und internationale Rolle gewachsen ist. Für die Lösung der dringendsten aktuellen Probleme sind aufeinander abgestimmte Aktionen notwendig und möglich geworden.

★ ★ ★

Die Arbeiterklasse sowie die Kräfte des Volkes und der Demokratie können einen anderen Ausweg erzwingen als die weitere Anhäufung von Massenvernichtungswaffen, mag sie in Form einer separaten atomaren Streitmacht oder in Form des Projektes der multilateralen Atomstreitmacht, die die bereits in Europa und rings um Europa vom amerikanischen Imperialismus verwendeten atlantischen Kernwaffen verstärkt, betrieben werden. Dieser Ausweg ist eine Politik der Abrüstung, des Friedens und der Sicherheit für die Völker Europas und der ganzen Welt.

Die Völker unserer sechs Länder können dazu beitragen, der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit unterschiedlichen sozialen und politischen Systemen zum Triumph zu verhelfen; sie können die Abschaffung der Kernwaffenversuche und die Unterzeichnung eines Abkommens über die allgemeine und kontrollierte Abrüstung voranbringen. Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und den Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages wäre ein großer Beitrag zur internationalen Entspannung in Europa. Er könnte günstigere Bedingungen für die Errichtung atomwaffenfreier und militärisch verdünnter Zonen schaffen.

Die Lösung der deutschen Frage, insbesondere durch ein Abkommen über Westberlin und durch die Anerkennung der Existenz der zwei deutschen Staaten und ihrer gegenwärtigen Grenzen durch alle Staaten, würde einen der gefährlichsten Konflikttherde entschärfen. Die eine vernünftige Lösung auf dieser Grundlage anstrebbenden Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik wie der Verzicht beider Staaten auf atomare Bewaffnung, die Begrenzung und anschließende Verminderung ihrer Rüstungen sind ein hervorragender Beitrag für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt.

Die Kommunisten werden zur Stärkung der Friedensbewegung, zur Unterstützung der Initiative und zum Zusammenschluß aller Friedenskräfte unserer Länder beitragen.

★ ★ ★

Die Erweiterung wirtschaftlicher Beziehungen ohne Diskriminierung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ist nicht nur ein Beitrag zum Frieden: Sie entspricht auch den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Länder. Durch die Verstümmelung des internationalen Handels verschärft der Gemeinsame Markt die wirtschaftliche Ungleichheit.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern des Gemeinsamen Marktes und den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Länder würde die Entspannung der Lage in Europa unterstützen.

Konkrete Maßnahmen für die Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Ländern würden eine gute Vorbereitung für die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf Vorschlag der Sowjetunion beschlossene Welthandelskonferenz darstellen.

Die Politik des Gemeinsamen Marktes führt zur Einschränkung und Beseitigung der demokratischen Rechte der Werktätigen wie auch gleichzeitig der Vorteile der nationalen Vertretungskörperschaften.

**Die Verteidigung der Demokratie und der nationalen Souveränität ist eine dringende Aufgabe.**

In jedem unserer sechs Länder fordert die Arbeiterklasse eine Erweiterung und eine echte Garantie ihrer Rechte. Mit Recht mißt sie der unerlässlichen Erweiterung der Aktionsmöglichkeiten der Lohnarbeiter und ihrer Organisationen im Betrieb

eine große Bedeutung bei. Die Erhaltung der gewerkschaftlichen Freiheiten und ihre Erweiterung sind ein gemeinsames Ziel der Arbeiter aller kapitalistischen Länder.

Der Kampf der Arbeiter und aller anderen Demokraten ist der entscheidende Faktor, um auf allen Ebenen ihrer Länder die Rolle der gewählten Volksvertretungen zu erhalten und zu erweitern.

Die kapitalistischen Monopole versuchen das nationale Leben zu ersticken, indem sie sich auf den Gemeinsamen Markt stützen. Die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte können dagegen alle Gegner der Macht der Banken und der Trusts zusammenschließen, um die Rechte der Volksmassen zu erweitern und, den von jedem Volk gewünschten demokratischen Entscheidungen entsprechend, Nationalisierungen und andere die Macht der Monopole einschränkende Maßnahmen zu erzwingen.

Die supranationalen Institutionen befinden sich in den Händen der Monopole. Diese Institutionen gehen aus den Exekutivgewalten der sechs Länder hervor und schließen, zentralisierend und bürokratisch in ihrer gegenwärtigen Struktur, jegliches echte Eingreifen und jedwede wirksame Kontrolle durch die Vertretungskörperschaften der Mitgliedsländer aus.

Sie sind direkt antidemokratisch. Gegenwärtig sind zahlreiche Stimmen vernehmbar, die fordern, daß die nationalen Vertretungen ein Kontroll- und Initiativrecht ausüben sollten. Diese Forderung liegt im Sinne eines breiten Zusammenschlusses der demokratischen Strömungen.

Gleichzeitig muß die parlamentarische und gewerkschaftliche Vertretung in den Körperschaften des gegenwärtigen Gemeinsamen Marktes ohne Diskriminierung vor sich gehen.

★ ★ \*

Unter den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes empfinden neue Schichten der werktätigen Bevölkerung die gebieterische Notwendigkeit, für ihre Existenzbedingungen zu kämpfen.

Die Kämpfe, die die Arbeiter führen und die sie gegenwärtig in verstärktem Maße führen, zeigen, daß die Lohnarbeiter zahlreiche gemeinsame Forderungen haben, die hauptsächlich die Löhne, den Urlaub, die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit, das Rentenalter, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die volle Gewährleistung des Streikrechts, die Errungenschaften der den Gewerkschaften im Betrieb zugestandenen Vollmachten, die gleiche Entlohnung für Mann und Frau, die Rechte der Jugend und die Lage der eingewanderten Arbeiter betreffen.

Diese Kämpfe bestätigen, daß die Arbeiter in den Ländern des Gemeinsamen Marktes gezwungen sind, sich mit großen Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, um ihr tägliches Brot zu verteidigen und ihre Lage zu verbessern.

In diesen Kämpfen wurden bedeutende Erfolge erzielt. Die erreichten Ergebnisse sind ein großes Beispiel. In Italien haben die Metallarbeiter nach achtmonatigem Kampf bedeutende Lohnerhöhungen, eine Erweiterung der gewerkschaftlichen Vollmachten im Betrieb und das Recht für die Gewerkschaftsorganisation erkämpft, in jedem Betrieb über alle Aspekte der Arbeit zu diskutieren.

In Frankreich haben die Arbeiter der Renault-Werke durch ihren vereinten Kampf die vierte Urlaubswoche durchgesetzt. Ihrem Beispiel folgend, haben Hundertausende anderer französischer Arbeiter innerhalb einiger Monate denselben bedeutenden Erfolg erzielt.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets, die Metallarbeiter Belgiens und Italiens, die Hafenarbeiter und Bauarbeiter der Niederlande führen und führen mutige Kämpfe. Die französischen Bergarbeiter haben gegenwärtig eine große und einheitliche Schlacht für die Durchsetzung ihrer Forderungen begonnen.

Die diesen Kämpfen auf nationaler und internationaler Ebene zuteil werdende Solidarität ist von großer Bedeutung.

Deshalb wünschen und begrüßen wir jedweden Fortschritt bei der Verständigung und im gemeinsamen Handeln der Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse im nationalen und internationalen Maßstab.

Mit dem Proletariat sind gleichzeitig außerordentlich verschiedenartige soziale Schichten in Bewegung. Zahlreiche Bauerndemonstrationen haben in jedem der sechs Länder stattgefunden. Arbeiter- und Bauernorganisationen handeln häufiger gemeinsam und stehen einander bei. Ingenieure, Lehrer, Kulturschaffende, Studenten, Angehörige einiger freier Berufe und viele andere Schichten der Bevölkerung schreiten zu Aktionen.

Ob diese Kämpfe von der Arbeiterklasse oder anderen sozialen Schichten geführt werden, sie sind im allgemeinen durch eine breitere und festere Einheit ge-

kennzeichnet. Immer häufiger werden dabei die Tagesforderungen mit demokratischen, nationalen und sozialen Zielen verbunden.

Folglich erhöht der Gemeinsame Markt die Sorgen, die unsere Völker berechtigterweise empfinden, gleich ob es sich um die Sorge um den Frieden, um das Streben nach Demokratie, um das Schicksal einer jeden werktätigen Familie oder um die Zukunft der Nation handelt. Doch gleichzeitig zeigen die wachsenden Kämpfe und die erreichten Erfolge, daß es in unseren Ländern Kräfte gibt, die in der Lage sind, die Offensive der Monopole zurückzuschlagen und die Verschwörungen der Kriegstreiber zunichte zu machen.

Um einer Zukunft in Frieden, Sicherheit und Demokratie den Weg zu ebnen, ist das Zusammengehen aller Kräfte der Arbeiterklasse und der Demokratie unerlässlich. Heute ergeben sich neue Möglichkeiten für den Kampf der Kräfte, die der Achse Bonn—Paris und der internationalen Spannung eine demokratische und friedliche Perspektive gegenüberstellen wollen. Die Verstärkung und die Erweiterung der gemeinsamen Aktionen von Kommunisten und Sozialisten ist von entscheidender Bedeutung. Gemeinsam sind Kommunisten und Sozialisten in der Lage, die breitesten Abteilungen der Arbeiterklasse in den Kampf einzubeziehen. Neue Möglichkeiten ergeben sich für eine breite Einheit der Volksmassen sowie für Kontakte und eine Verständigung mit den katholischen Kräften. Bedeutsame Erfolge wurden bereits bei der Aktionseinheit der großen Gewerkschaftsorganisationen erzielt.

Die Kommunisten begrüßen den wachsenden Zusammenschluß. Sie betrachten ihn als einen wesentlichen Faktor für einen großen Vorstoß der demokratischen Kräfte und verpflichten sich, alles zu tun, um ihn zu festigen und zu erweitern.

Die kommunistischen Parteien der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes werden beharrlich und mit Initiative unter Anwendung der verschiedenartigsten Mittel — Kontakte, Aussprachen, gemeinsame Kämpfe — arbeiten, um auf breiter Basis den gemeinsamen Kampf aller Kräfte der Arbeiterklasse und der Demokratie Westeuropas zu entwickeln. Es geht um den Frieden und die Demokratie, es geht um die Zukunft unserer Länder!

Brüssel, den 6. März 1963

Kommunistische Partei Belgiens

Kommunistische Partei Deutschlands

Kommunistische Partei Frankreichs

Kommunistische Partei Italiens

Kommunistische Partei Luxemburgs

Kommunistische Partei der Niederlande

## ACHTUNG!

## ACHTUNG!

### Wichtige Mitteilung an alle Genossinnen, Genossen und Freunde!

Der Deutschlandsender hat der KPD die Möglichkeit gegeben, zur Vorbereitung des Parteitages einige wissenschaftliche Vorträge und Diskussionen zu senden. Beginnend am 11. April 1963 finden die Sendungen jeweils Donnerstags um 21.00 Uhr statt. Eine Woche nach dem Vortrag werden am gleichen Tage um dieselbe Zeit Fragen zum Vortragsthema beantwortet:

#### 1. Thema:

**Zu den Fragen der friedlichen Koexistenz in der Welt und in Deutschland.**  
Vortrag am 11. 4. 1963, Diskussion (Rund-Tisch-Gespräch) am 18. 4. 1963 — 21 Uhr.

#### 2. Thema:

**Die Verantwortung der Arbeiterklasse im Kampf um die Rettung der demokratischen Rechte.**

Vortrag am 25. 4. 1963, Diskussion (Rund-Tisch-Gespräch) am 2. 5. 1963 — 21 Uhr.

#### 3. Thema:

**Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse — wichtigste Voraussetzung für den Erfolg der friedlichen Kräfte Westdeutschlands.**

Vortrag am 9. 5. 1963, Diskussion (Rund-Tisch-Gespräch) am 16. 5. 1963 — 21.00 Uhr.

#### 4. Thema:

**Die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den Bauern und das Zusammenwirken aller Volkskräfte im Kampf um Frieden und Demokratie.**

Vortrag am 23. 5. 1963, Diskussion (Rund-Tisch-Gespräch) am 30. 5. 1963 — 21.00 Uhr.

